Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg: Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Milnzstr. 8. Fernspr. für Redaktion 1704, für Druckerei 981.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk. monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 890

Nr. 114. **Magdeburg, Freitag den 18. Mai 1906.** **17. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Der Diätenknochen.

Mit dem Ungestüm der hungrigen Meute haben sich die bürgerlichen Parteien des Reichstags auf den nicht eben reichlich bemessenen Bissen geworfen, den die gut besoldeten Herren des Bundesrats ihnen zuzuschleudern endlich für gut befunden haben. Als seinerzeit Fürst Bismarck das allgemeine Wahlrecht durch die Diätenlosigkeit in seiner Weise ergänzte, war die Absicht, die Mandate möglichst Großgrundbesitzern, Großbourgeois und behäbigen Großwürdenträgern der akademischen Berufe zu reservieren, dagegen in erster Linie die Arbeiter, daneben aber auch Kleinbürger, Kleinbauern, unbemittelte Akademiker aus dem Reichstagssaale fern zu halten. Kurzum, die Diätenlosigkeit war so recht auf das Bedürfnis der dazumal herrschenden Nationalliberalen, daneben auch der konservativen Parteien zugeschnitten.

Die Zeiten haben sich geändert. Das damals hart verfolgte Zentrum ist zur Regierungspartei geworden. Die Masse der Kleinbürger ist den fortschrittlichen Pfaden untreu geworden und hat sich den reaktionären Parteien verschrieben. Die Nationalliberalen dürfen seit 1½ Jahrzehnten nicht mehr wagen, ihre zusammengeschmolzenen Mandate ausschließlich den Granden von Kohle und Eisen zuzuschanzen. Selbst die Konservativen haben die Zahl der Renommierbauern und Renommierhandwerker in ihren Reihen vermehren müssen. Und vor allem: den Zweck, die Sozialdemokraten aus dem Reichstag fern zu halten, hat man mit der Diätenlosigkeit nicht erreicht. Erreicht hat man vielmehr, daß die Beschlußunfähigkeit chronisch; der Normalzustand des deutschen Reichstags wurde, und diese Beschlußunfähigkeit verstärkte wieder die Machtstellung unsrer Fraktion, deren Mitglieder nicht das Fasanenschießen der Ausübung ihres Mandates vorziehen.

Kurzum, es ging nicht mehr. Man mußte den „Kerls" die Diäten geben. Aber man hat es in einer Weise getan, die die Unlust überall und allerorten verrät. Man gewährt eine Pauschalsumme, die siebenmal geringer ist als die, die den amerikanischen Repräsentanten gewährt wird. Man führt ein Ratenzahlungssystem ein, das Durchpeitschungen geradezu prämiiert. Man kommt mit Strafgeldern, die dem Raffinement früherer englischer Fabrikanten abgelauscht scheinen. An allen diesen Vorschlägen hat der Reichstag im Prinzip nichts geändert. Er hat nach einem Zentrumsantrage Gröber, der am Dienstag bei der dritten Lesung angenommen wurde, die Ratenzahlung anders geregelt und das jetzt so beliebte Staffelungsprinzip auch auf sie angewandt. Er hat die Strafgelder etwas herabgesetzt. Weit wichtiger als dieses ist, daß er sich geweigert hat, in die Geschäftsordnungsänderung zu willigen, die die Regierung als Gegenleistung für die Diätengewährung verlangte. Freilich wäre es töricht, deswegen diesem Reichstage einen Lorbeerkranz winden zu wollen. Wenn jemand verschmäht, sich selbst zu kastrieren, verdient er noch keine Bürgerkrone. Außerdem ist die Weigerung eine mehr formale als reale. Die Reichstagsmehrheit hat die größte Lust, die Verstümmelung der Geschäftsordnung, die sie der Regierung verweigert, demnächst aus freien Stücken vorzunehmen.

So ist die Vorlage beschaffen, die am Dienstag in dritter Lesung angenommen wurde. Es gab noch eine längere Diskussion; aber unsre Fraktion beteiligte sich nicht daran. Sie stimmte für die Vorlage, weil dieselbe nach Ablehnung der Aenderung des Artikels 28 immerhin einen Fortschritt darstellt. Aber für dieses klägliche Machwerk sich irgendwie zu erwärmen, lag kein Grund vor. Die Stellung der übrigen Parteien ist bekannt. Die Konservativen würden am liebsten die Geschäftsordnung verschlechtern und die Diätenlosigkeit beibehalten. Der Morgenstern-Schwiegersohn, Arendt, der mit dem Fürsten Bismarck den Vornamen Otto gemein hat, will nicht Reichsdiät—arier werden, und Kardorff, der Laurahüttengreis, betrachtet nur die Teilnahme an industriellen Gründungen als angemessene Entschädigung parlamentarischer Tätigkeit. Dagegen lechzen die Zentrumsbauern und Zentrumspfaffen aus Schwaben und Bayern nach dem angenehmen Monatslohn, und der Hunger der verkrachten Existenzen und kleinen Krauter der Antisemitengruppen ist vielleicht noch größer. Der Neffe des Gestaltensehers Bassermann, der im Vorgefühl der demnächst fälligen 2500 Mark sich einen hocheleganten grauen Sommeranzug angeschafft hat, scheint das visionäre Talent des Ahnen geerbt zu haben: nach ihm werden die Diäten das Wunder bewirken, die sozialdemokratische Partei aufzulösen. Schon sieht er die Millerands und Briands erscheinen und bestimmt ihnen Sitze in dem Ministerium, das er als deutscher Waldeck-Rousseau bilden wird. Was die Freisinnigen betrifft, so bekundete Müller-Sagan wieder einmal seine Zentrumsfürchtigkeit, indem er als einziger Nicht-Zentrumsmann neben seinem engeren Freunde Wiemer mit Haut und Haaren alle Abänderungsanträge verschlang, die das herrschende Zentrum einzubringen für gut befunden hat. Am besten von allen Bürgerlichen schnitt der jugendliche Freisinnige Dr. Potthoff ab, der der Katze die Schelle umhing und den eigentlichen Zweck der ganzen Diätenvorlagen richtig kennzeichnete: die Diäten werden gewährt, um während eines möglichst großen Teiles des Jahres dem Berliner Hof den Anblick des versammelten Reichstags zu sparen.

In der Vorlage wird bestimmt, daß die fälligen Monatsraten eines Abgeordneten seiner Witwe ausgezahlt werden. Die Monatsrate beträgt für November 200 Mark, für April 1000 Mark. Also wenn du ein Abgeordneter bist und deine Frau lieb hast, stirb im April. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 17. Mai 1906.

Freigesprochen und doch verurteilt.

Das Gesetz zur Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft ist gegen den entschiedenen Widerspruch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in einer Fassung zustande gekommen, die dem Geschädigten keinen unbedingten Rechtsanspruch auf Entschädigung einräumt. Der Richter hat zu entscheiden, ob Entschädigung gezahlt werden soll, und gegen seine Entscheidung gibt es kein Rechtsmittel. Sie ist endgültig.

Seitdem das Gesetz in Kraft ist, wurden schon mehrfach Fälle bekannt, die zeigen, wie berechtigt die Bedenken gegen diese Regelung der Entschädigungspflicht des Staates waren. Ihnen reiht sich jetzt ein Fall an, der sich vor kurzem in Magdeburg ereignet hat und vom Vertreter des unschuldig Verhafteten, dem Genossen Landsberg, in der neusten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung" einer Besprechung unterzogen wird. Es handelt sich dabei um folgendes: Der Zimmermann G. aus B. war des Verbrechens der Notzucht angeklagt und vor die Geschwornen gestellt worden, nachdem er einige Wochen in der Untersuchungshaft verbracht hatte. Die Geschwornen verneinten aber die Schuldfrage und das Gericht sprach G. frei. Das Urteil wurde rechtskräftig, die Staatsanwaltschaft verzichtete darauf, Revision einzulegen. Bald danach ging G. folgender Beschluß zu, der von den drei richterlichen Mitgliedern des Schwurgerichts unterzeichnet ist:

> In der Strafsache gegen den Zimmermann G. aus B. wegen Notzucht ist die Staatskasse nicht verpflichtet, dem Angeklagten (!) wegen der von ihm erlittenen Untersuchungshaft zu entschädigen, da der Angeklagte (!) zwar von den Geschwornen für nichtschuldig befunden, nach der Ueberzeugung des Gerichtes jedoch durch die Hauptverhandlung als des ihm zur Last gelegten Verbrechens der Notzucht überführt zu erachten ist.

Als G. diesen Bescheid erhielt, war er durch rechtskräftiges Urteil von der wider ihn erhobenen Anklage freigesprochen, was die Herren Richter aber nicht hinderte, ihn weiterhin als „Angeklagten" zu bezeichnen. Das ist zwar ungehörig, aber es mag zu erklären sein durch die Gewohnheit vieler Richter, alle Menschen, mit denen sie in amtliche Berührung kommen, als Angeklagte oder Verurteilte zu betrachten. Und neben den sonstigen Ungeheuerlichkeiten, die der richterliche Bescheid enthält, ist es ja auch unerheblich, wie G. von den Richtern bezeichnet wird.

G. ist unschuldig, so erklären die Geschwornen, aber die Richter behaupten frank und frei: G. ist doch schuldig! Wenn irgend ein Dritter von dem Freigesprochenen behauptet hätte, er habe das Verbrechen der Notzucht begangen, so hätten ihn die Richter verurteilen und selbst einen etwa angebotenen Wahrheitsbeweis ablehnen müssen. Sie selbst aber erheben in einem amtlichen Schriftstück einen beleidigenden Vorwurf gegen G., und was das schönste dabei ist, G. muß sich das ruhig gefallen lassen, er hat noch nicht einmal das Recht, den Beschluß anzufechten.

G. hat unschuldig im Gefängnis gesessen. Alle Welt ist sich darüber einig, daß ihm dafür eine Entschädigung gebührt, die drei Magdeburger Richter rektifizieren aber das Verdikt der Geschwornen und an Stelle einer Entschädigung erhält der Mann ein Schreiben, in dem er schwer verdächtigt wird. Die deutsche Reichsgesetzgebungskunst und die preußische Juristerei mögen sich nun darüber streiten, wem von beiden das größte Verdienst an der Möglichkeit solcher Entscheidungen zukommt, das Urteil des Volkes wird aber das Richtige treffen, wenn es beide gleichmäßig verantwortlich macht für solche Vergewaltigungen jedes Rechtsgefühls und jeder gesunden Vernunft. —

Liberale „Bundesgenossen".

In dreiundvierzig meist überfüllten Versammlungen haben, wie wir schon erwähnt haben, am letzten Dienstag abend Väter und Mütter Berlins gegen die konfessionelle Mißhandlung ihrer Kinder durch das Dreiklassenparlament protestiert. Man sollte meinen, daß eine solche machtvolle Kundgebung jubelnde Zustimmung oder wenigstens respektvolles Entgegenkommen bei dem „entschiedenen Liberalismus" finden würde, der ja auch die reaktionäre Schulgesetzgebung und das Dreiklassenwahlrecht zu bekämpfen vorgibt. Das Berliner Organ dieses „entschiedenen Liberalismus", das „Tageblatt", hat indes an dem Schlußpassus der allüberall angenommenen Resolution Anstoß genommen, der folgendermaßen lautet:

> Die Klassenherrschaft der Besitzenden ist auch die Ursache der Mängel im Schul- und Erziehungswesen. Die Versammelten fordern daher die Beseitigung aller Vorrechte des Besitzes in Staat und Gemeinde.

Diesen Angriff auf das Dreiklassenwahlrecht glossiert das „entschieden liberale" „Tageblatt" in folgender Weise:

> Weniger sozialdemokratische Phrasen hätten mehr Wirkung getan. Soweit die Resolution gegen die angebliche „Klassenherrschaft der Besitzenden" zu Felde zieht und daraus alberne Folgerungen zieht, ist sie närrisch. Und närrische Resolutionen können der Sache, der sie dienen sollen, nur schaden, selbst wenn die Sache gut ist.

So blödsinnig wagt heute nicht einmal mehr die „Post" der Scharfmacher zu lügen, daß sie das Dreiklassenwahlrecht als eine „angebliche" Klassenherrschaft der Besitzenden bezeichnete. Das Organ des „entschiedenen Liberalismus" tut es aus jämmerlicher Feigheit, bloß damit man von ihm nicht sagen könne, es sei in irgend einer Sache der Welt mit der Sozialdemokratie einig gewesen. Darum muß geschulmeistert werden um jeden Preis, muß jede „Gemeinschaft mit dem Umsturz" in der dümmsten Weise verleugnet werden!

Und da nehmen es uns die zwei, drei Dutzend ehrlicher bürgerlicher Demokraten, die in Deutschland noch herumlaufen, obendrein noch übel, wenn wir mit solchem Pack, in dessen Gefolgschaft sie sich befinden, nichts zu tun haben wollen! —

Gegen die geheime Wahl.

Im Abgeordnetenhaus wird jetzt mit Automobilgeschwindigkeit gearbeitet. Am Mittwoch wurde der Gesetzentwurf über die Neureglung der Vorbildung für die höheren Verwaltungsbeamten nach den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen. Die Vorlage hat den Landtag schon vor drei Jahren beschäftigt, scheiterte aber damals daran, daß die aus Nationalliberalen, Zentrum, Freisinnigen und einem Teil der Freikonservativen bestehende Mehrheit verlangte, daß die Annahme der „Regierungs-Referendare" durch den Minister und nicht durch den Regierungspräsidenten zu erfolgen habe. Die Mehrheit ging damals von der Ansicht aus, daß die Regierungspräsidenten mit den vornehmen Herren, die ihre Lehrzeit bei der Verwaltung absolvieren, zu stark verschwistert und verschwägert seien, um bei der Annahme mit der nötigen Objektivität zu verfahren. Diesmal waren die Nationalliberalen und Freikonservativen umgefallen, und die Freisinnigen unterlagen mit ihrem Antrag, die Forderung von 1903 wieder in die Vorlage aufzunehmen.

Dann wurde die Vorlage, welche den staatlichen Ankauf des Kaliwerks „Hercynia" für einen Preis von 31 Millionen Mark vorsieht, in zweiter und dritter Lesung erledigt. In der Debatte sprach sich die Mehrheit dagegen aus, daß diese eine Verstaatlichung etwa den Anfang eines staatlichen Kalimonopols bilde, worauf die extremen Agrarier deshalb hinarbeiten, weil sie dann für den Kalibezug, auf den sie zu Düngerzwecken angewiesen sind, günstigere Bedingungen erhoffen, als sie ihnen jetzt von dem Kalisyndikat gewährt werden.

Schließlich wurde die Berggesetznovelle, welche das Knappschaftskassenwesen neu regelt, in zweiter Lesung angenommen. Die Vorlage, die den Mitgliedern innerhalb der einzelnen Knappschaftskassen Freizügigkeit gewährt, enthält auch die weitere Verbesserung der geheimen Wahl bei den Wahlen der Knappschaftsältesten. Die Kommission hat die Regierungsvorlage in ganz reaktionärer Weise durch die Aufhebung der Bestimmung über die geheime Wahl und durch die weitere Bestimmung, daß invalide Bergleute nicht zu Knappschaftsältesten gewählt werden dürfen, verschlechtert, und die Regierung hat dieser Verschlechterung nicht den geringsten Widerstand entgegengesetzt. Die Anträge des Zentrums und der Frei-

sinnigen auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wurden glatt abgelehnt.

Für die dritte Lesung, die in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses am Montag stattfindet, ist namentliche Abstimmung vorgesehen. Doch wird auch diese an der Ablehnung der geheimen Wahl nichts ändern. —

Die unschuldige Polizei.

Der preußische Polizeiminister Bethmann-Hollweg stürzt sich bei dem Versuch, seinen Schöne zu retten, selber in die Tinte. Er schmückt am Mittwoch abend die Spitze der „Nordd. Allgem. Ztg." mit einer Erklärung, durch die er seine neulichen Ausführungen gegen die wahrheitsgemäßen Feststellungen des Genossen Dr. Karl Liebknecht zu schützen versucht.

Liebknecht hat in dem gestern besprochenen Rundschreiben, das er an die Presse richtete, im Namen seines Klienten, jenes vielgenannten russischen Kaufmanns, gegen die Behauptung des Ministers protestiert, daß sein Klient ursprünglich bereit gewesen, Spionagedienste zu leisten, später aber andern Sinnes geworden sei. Jetzt, nach den zwingenden Feststellungen Liebknechts, hust auch der Minister zurück, indem er erklärt, es handle sich „um innere Vorgänge", die sich „naturgemäß der absoluten Feststellung entziehen". Das ist bloß eine Verlegenheitsausrede; denn da jener Kaufmann sofort, nachdem ihm das schimpfliche Angebot gemacht worden war, sich mit vertrauenswürdigen Personen in Verbindung setzte und die Verhandlungen nur zum Schein so lange, fortsetzte, bis Polizist und Polizeiagent in der Falle saßen, läßt sich sehr wohl „absolut feststellen", daß er nie ernstlich daran gedacht hat, sich zu Spionagediensten pressen zu lassen.

Dafür versteift sich der Minister auf die Behauptung, sein Beamter, Kommissar Schöne, habe den Kaufmann in keiner Weise zu Spionagediensten verleitet. Er stützt sich dabei auf die allgemein zugegebene Tatsache, daß die erste Anregung zu dem saubern Handel von Herrn v. Brockhusen ausging, er verschweigt aber, daß der von dem Agenten ausgesponnene Faden von dem Polizeibeamten begierig aufgegriffen und fortgesponnen wurde. Daß Herr Schöne dem Russen die Erlaubnis zu dauerndem Aufenthalt in Preußen versprochen habe, falls er sich bereit erkläre, Vaterlandsverrat zu begehen, daß er ihn zu diesem Zwecke mit genauen Instruktionen ausgestattet und das russische Generalkonsulat durch Ausstellung gefälschter Urkunden an den vermeintlichen Spion hintergangen habe, leugnet Herr v. Bethmann-Hollweg nicht.

Sein krampfhaftes Bestreben, den Kommissar vom Verdacht der Verleitung zur Spionage reinzuwaschen, wird auf diese Weise nur noch verdächtiger. In welchem Maße sich Herr v. Bethmann mit den Schöne und Brockhusen solidarisch fühlt, geht auch aus seiner Aeußerung hervor, „nach den Erklärungen der beteiligten Personen" habe er annehmen müssen, daß bei dem russischen Kaufmann, als er die beiden Helden entlarvte, wirklich eine Sinnesänderung vorgekommen sei. Herr v. Bethmann beruft sich also auf die Informationen, die er von jenen Leuten erhalten hat, die mit den Strafgesetzen in bedenklichster Weise in Konflikt geraten sind. Diese Leute, die vor den Untersuchungsrichter gehören, sind seine Vertrauensmänner, auf ihre Erklärungen verläßt er sich.

So wird der preußische Polizeiminister, je mehr er sich bemüht, seine Untergebenen zu decken, um so mehr mit zur „beteiligten Person" dieses ungeheuren Skandals. —

Konservative Quertreibereien.

Die Konservativen, die das Diätengesetz im Reichstage nicht zu Fall bringen konnten, versuchen es jetzt mit dem Abgeordnetenhause. Im Dreiklassenparlament, das ihnen einen andern Resonanzboden liefert wie das Parlament des allgemeinen Wahlrechts, sollen der Bundesrat und eine gewisse andre Stelle von der Zustimmung zum Diätengesetz abgeschreckt werden und als Mittel, diese Reichsangelegenheit im preußischen Landtage zur Sprache zu bringen, soll ein Antrag dienen, der die Regierung auffordert, „im Bundesrate dahin zu wirken, daß Eingriffe in die Verfassungen der Einzelstaaten, insbesondere Preußens, im Wege der Reichsgesetzgebung vermieden, jedenfalls nicht ohne Einvernehmen mit den Einzellandtagen vorgenommen werden".

Die Konservativen haben schon im Reichstage behauptet, die Bestimmung des Diätengesetzes, wonach die Inhaber von Doppelmandaten ihre Diäten für die Landtage von den Reichstagsgeldern in Abzug zu bringen haben, sei ein Eingriff in die preußische Verfassung. Das ist zwar schon im Reichstage zurückgewiesen worden, aber die prinzipiellen Diätenfeinde haben ja weniger den Schutz der preußischen Verfassung als die Abneigung gegen die Diäten, die ohne Wahlrechtsverschlechterung eingeführt wurden, im Auge. Es wird bei der Besprechung des Antrags sicher nicht an Angriffen gegen das Reichstagswahlrecht fehlen, und das ist erfreulich für die Freunde des Wahlrechts; zugleich wird es aber auch der einzige Erfolg sein, denn im Reiche ist Zentrum Trumpf, und das braucht die Diäten. Wonach sich der Bundesrat richten wird. —

Ein gefangener Rebell.

Aus Kapstadt kommt die Nachricht, daß Morenga, einer der Führer der Bondelzwarts, der der deutschen Schutztruppe recht viel zu schaffen gemacht hat, gefangengenommen worden ist. Aber — die „National-Zeitung", die nach dem Blute der Rebellen durstet, sagt leider — nicht von deutschen Soldaten, sondern von der Kappolizei. Morengas Leute waren kürzlich auf britischem Gebiet von einer Abteilung deutscher Soldaten geschlagen und zersprengt worden, der verwundete Rebellenführer vermochte sich aber zu retten und ist nun in die Hände der Engländer gefallen, was für ihn die Rettung seines Lebens bedeutet. Die Regierung von Kapland wird Morenga nämlich nicht ausliefern. Sie beabsichtigt ihn in Upington im Oranjestaat zu internieren.

Die kolonialbegeisterte Presse begrüßt die Nachricht von Morengas Gefangennahme mit einem nassen und einem trocknen Auge. Sie freut sich, daß der gefährliche Gegner unschädlich gemacht ist, aber sie bedauert auch, daß sie ihn nicht ans Leben kann. —

Und noch ein Sieg.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volksstimme" geschrieben:

In Guayana, der französischen Kolonie in Südamerika, wo der „Pfeffer wächst", ist, wie nunmehr durch das französische Kolonialministerium bekannt gegeben wird, Genosse Franconie mit 1744 gegen 1349 Stimmen, die auf den seitherigen radikalen Abgeordneten entfielen, gewählt worden. Das Resultat von drei Gemeinden, das an dem Ergebnis jedoch nichts mehr ändern kann, steht noch aus. Damit erhöht sich die Zahl der im ersten Wahlgang gewählten Parteikandidaten auf 33. —

Die russische Revolution.

Die Adreßdebatte.

In der Duma hat die Debatte über die Adresse, richtiger über das Ultimatum, das sie an den Zarismus richtet, den ganzen Mittwoch in Anspruch genommen, ohne zu Ende geführt worden zu sein. Es haben sich 72 Redner einzeichnen lassen, von denen noch nicht die Hälfte zu Worte gekommen ist.

Gleichwohl darf angenommen werden, daß am Donnerstag die Beratung zu Ende gebracht und der mitgeteilte Entwurf angenommen wird, und zwar ohne Abänderungen. Die Duma hat Eile, denn der Reichsrat, das „Oberhaus", heftet sich an ihre Fersen. Auch im Reichsrat ist eine Kommission eingesetzt worden, die eine Adresse an den Zaren entwerfen soll. Verschiedene Dumaredner haben am Mittwoch nun auf die Gefahr hingewiesen, daß der Reichsrat mit seiner Adresse, in der eine bedingte Amnestie gewünscht werden wird, früher als die Duma mit der ihren fertig werden könnte und daß der Zarismus darin einen Vorwand finden könnte, um den Duma-Forderungen durch halbes Entgegenkommen ihre Stachel zu nehmen.

Ueber den Lauf der Debatte in der Duma liegen Telegramme nur in bürgerlichen Blättern vor. Die Berichterstatter gehen in ihren Sammeldepeschen sämtlich darauf aus, jedes gemäßigte oder rückschrittliche Wort dreifach zu unterstreichen und jede radikale Wendung zu verwässern. Trotz dieses „entschieden liberalen" Bemühens müssen sie widerwillig zugestehen, daß die wenigen rückschrittlichen oder gemäßigten Redner, die sich überhaupt vorwagen, mit eisigem Schweigen gestraft, in einem besonders hervorstechenden Falle sogar am Reden durch allgemeines Husten verhindert wurden, während die radikalen Redner, denen der Entwurf nicht weit genug geht und die in ihrer Kritik kein Blatt vor den Mund nehmen, den tosenden Beifall der Mehrheit fanden. Würden diese Kritiker ihre Ansichten zu Anträgen verdichten, es wäre sicher, daß sie Annahme fänden.

Um aber schnell fertig zu werden und dem Zaren die Forderungen der Duma als das Minimum des Notwendigen überreichen zu können, ist anzunehmen, daß die radikaler Gesonnenen sich heute bescheiden und dem Entwurf ihre Zustimmung geben werden. Dann hat der Zarismus sich zu entscheiden, und zwar sich schnell zu entscheiden. Denn die Duma reitet schnell, wie ein Berliner Organ der deutschen Freisinnigen sich klagend ausdrückt. —

Einigung der russischen Sozialdemokratie.

Zur gleichen Zeit, die diese demokratische Kunde von der Newa bringt, kommt die Meldung, daß die verschiedenen Gruppen der russischen Sozialdemokratie auf einem im Ausland abgehaltenen Parteitag — wir haben seiner schon kurz Erwähnung getan — sich geeinigt haben. Die Ansichten und das Programm, das bisher die sog. Iskra-Partei vertrat (Iskra heißt Morgenröte; das Organ dieser Gruppe führte diesen Titel), hat die Billigung und Anerkennung des Kongresses gefunden, auf dem die „Leninisten" (so genannt nach dem Führer Lenin) die Mehrheit der Delegierten besaßen. Jeder der beiden Gruppen bleibt zwar das Recht gewahrt, für ihre Auffassungen im Innern der Partei zu werben, nach außen aber handeln sie fortan gemeinsam als geschlossene Partei.

An dem Kongreß nahmen auch Vertreter der polnischen und lettischen Sozialdemokratie und des Bundes jüdischer Arbeiter teil. Diese Organisationen bleiben und arbeiten vorderhand noch getrennt und selbständig

Man wird aber schon die Einigung der rein russischen Gruppen im Ausland mit großer Befriedigung begrüßen. Und niemand wird sich der schmerzlichen Frage entziehen können, wie es wohl heute um die russische Sozialdemokratie stände, wenn die Einigung früher erfolgt wäre, wenn die Iskra-Gruppe vor den Dumawahlen den Sieg erfochten hätte, der ihr jetzt zugefallen ist. Die Männer der äußersten Linken der Duma, die sich jetzt als „Partei des arbeitenden Volkes" zu einigen beginnt, hätten dann wirkliche Sozialdemokraten vielleicht als stärksten Bestandteil in ihren Reihen, jedenfalls als geistige Führer an ihrer Spitze. Statt dessen ist jetzt der Bauernbund die führende Fraktion, und die Arbeiter haben — sofern sie überhaupt vertreten sind — nicht ihre besten, sondern Leute des dritten Treffens in der Duma.

Das ist die Wirkung des Boykotts, der sonst wirkungslos geblieben ist und bei einer Wahl mit Listenstrutinium und Wahlmännern selbst als Demonstration kaum fühlbar geworden ist. Die Iskra-Gruppe nahm nun den Standpunkt ein, den alle europäischen Sozialdemokraten festhalten: unter allen Umständen alle Mittel zu benützen, welche eine, sei es noch so schlechte Verfassung darbietet. Sie sprachen sich gegen den Boykott aus, ohne jedoch mit ihrer Meinung durchzudringen, und um nicht Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter zu tragen, sahen sie sich gezwungen, den Boykott mitzumachen. —

Letzte Nachrichten.

Hd. Petersburg, 17. Mai. (Priv.-Telegr. d. „Volksst.".) Der Polizeibeamte Schdanow, der an der Mißhandlung der Revolutionärin Marie Spiridonowa teilgenommen hatte und deswegen entlassen wurde, wurde heute auf der Straße das Opfer eines Revolveranschlags. Der Täter wurde verhaftet.

Hd. Odessa, 17. Mai. (Priv.-Telegr. d. „Volksst.".) Das Kriegsgericht verurteilte eine Frau, die auf einen Polizeibeamten, der bei ihr eine Haussuchung abhielt, geschossen hatte, ohne ihn zu treffen, zum Tode durch den Strang. —

Hd. Petersburg, 17. Mai. (Privattelegramm der „Volksstimme".) Man befürchtet den Ausbruch großer Unruhen, wenn keine Amnestie gewährt werden sollte. Das Land wartet bis Sonnabend, dem Geburtstag des Zaren. Erfolgt auch an diesem Tage nicht die Amnestie, dann ist es mit der Ruhe vorbei. Die Regierung erkennt ebenfalls die Gefährlichkeit der Lage. Sie trifft Vorbereitungen, um Unruhen gewaltsam unterdrücken zu können. Alle öffentlichen Gebäude sind mit Truppen besetzt. Weitere Truppen sind in Baracken untergebracht. In der Umgebung lagert eine kleine Armee. —

Hd. Genf, 17. Mai. Im „Peuple", dem Organ der Sozialisten, erzählt ein Zeuge der Hinrichtung Gapons die Einzelheiten seiner Erdrosselung. Die Revolutionäre wollten Gapon nicht allein, sondern auch den Unterchef der politischen Polizei, Ratchowski, richten. Ratchowski sollte mit Gapon kommen, alles war bereit; Gapon kam aber allein. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 17. Mai 1906.

Noch einmal Herr Rechtsanwalt Pistorius.

Herr Rechtsanwalt Pistorius, der dem Vorstand der Kaufmännischen Ortskrankenkasse angehörte, legte bekanntlich im Herbst vorigen Jahres sein Amt als Vorstandsmitglied nieder. Ueber die Gründe, die ihn zu seiner Demission bewegt hatten, kam es anläßlich der Beratung des Armenetats in der Stadtverordnetensitzung am 1. März zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Magistrat und unsern Genossen. Herr Oberbürgermeister Schneider teilte mit, daß Herr Rechtsanwalt Pistorius offiziell seinen Austritt aus dem Vorstand der Krankenkasse damit begründet habe, daß die Arbeitgeber nicht in der Lage seien, ihre Meinung frei zu äußern. Unsre Genossen hingegen stellten fest, daß Herr Pistorius in dem Schreiben, mit dem er dem Vorstand der Kasse seine Demission anzeigte, diese ausschließlich mit der Ueberbürdung mit Berufsgeschäften begründete und noch hinzugefügt habe, daß er sich sonst mit Vergnügen an den Arbeiten der Kasse weiter beteiligen werde.

In der Stadtverordnetensitzung am 20. April kam die Sache nochmals zur Sprache; die Versammlung nahm einen Antrag des Genossen Haupt an, den Magistrat zu ersuchen, über die Art der Erledigung des Streites der Kaufmännischen Ortskrankenkasse gegen den Rechtsanwalt Pistorius der Stadtverordnetenversammlung Mitteilung zu machen. Diese Mitteilung des Magistrats liegt nun vor, wie wir bereits erwähnten. Sie wird die nächste Sitzung des Stadtparlaments beschäftigen.

Der Magistrat bemerkt in der Mitteilung zunächst, daß es sich um einen „Streit", über den der Magistrat als Aufsichtsbehörde der genannten Krankenkasse eine „Entscheidung" zu treffen hätte, nicht handelt. Der Verlauf der Angelegenheit sei ersichtlich aus folgenden Dokumenten:

1. Schreiben des Rechtsanwalts Pistorius an den Magistrat vom 19. April d. Js.,
2. Ein aus der Feder desselben Herrn stammender, in der „Magdeburgischen Zeitung" veröffentlichter Artikel über den Verlauf der am 21. November v. Js. abgehaltenen Generalversammlung der Kaufmännischen Ortskrankenkasse.
3. Antrag dieser Kasse an den Magistrat vom 10. März d. Js. nebst einem Schreiben des Rechtsanwalts Pistorius an die Kasse vom 21. Oktober v. Js.

Wir vermissen bei diesen Dokumenten das wichtigste! Wenn sich der Magistrat entschloß — was die Stadtverordnetenversammlung gar nicht verlangt hatte —, die Dokumente über diesen Fall bekannt zu geben, dann hätte unter keinen Umständen die offizielle Erklärung des Rechtsanwalts Pistorius über seinen Rücktritt, von der Herr Oberbürgermeister Schneider am 1. März sprach, fehlen dürfen! Den nach der eignen Angabe des Magistrats von Herrn Pistorius selbst verfaßten, höchst einseitigen Versammlungsbericht in der „Magd. Ztg." wird Herr Schneider doch kaum als eine offizielle Erklärung ansehen wollen. Das Schreiben des Herrn Pistorius vom 19. April d. J., in dem er dem Magistrat die Gründe seiner Amtsniederlegung nochmals mitteilte, kommt für die Beurteilung der Angelegenheit gar nicht in Betracht, weil es sieben Wochen nach der Erörterung der Sache im Stadtparlament geschrieben worden ist.

Wir sind also gezwungen, uns weiter auf die Angabe des Herrn Oberbürgermeisters zu stützen, daß Herr Pistorius offiziell seine Rücktrittserklärung damit begründet hat, die Arbeitgeber seien nicht in der Lage, ihre Meinung frei zu äußern. Wie lautet nun demgegenüber Herrn Pistorius' offizielle Rücktrittserklärung an den Krankenkassenvorstand? Der Magistrat gibt dieses Schreiben mit bekannt und es heißt darin:

> .... möchte ich mir die Mitteilung gestatten, daß meine vielseitige und ganz überaus große Inanspruchnahme in meiner Praxis, wie auch auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens mir, wie ich in letzter Zeit selbst bemerkt habe, unmöglich macht, den Sitzungen der Kaufmännischen Ortskrankenkasse so regelmäßig zu folgen, wie es die Wichtigkeit der Krankenkassentätigkeit erfordert. Ich bin daher nach reiflicher Ueberlegung zu der Entschließung gekommen, eine Wiederwahl in den Vorstand der Kaufmännischen Ortskrankenkasse abzulehnen .... Hinzufügen möchte ich noch, daß keineswegs Interesselosigkeit mich zu diesem Entschluß bringt, und ich im übrigen mit Vergnügen mich sonst an den Arbeiten unsrer Ortskrankenkasse beteiligen werde; lediglich Zeitmangel ist es, welcher mir die Beibehaltung des Vorstandspostens für die folgenden Jahre unmöglich macht.

Das ist klar und unzweideutig! Was verschlägt es demgegenüber, wenn Herr Pistorius in der Generalversammlung der Kasse am 21. November ergänzend ausgeführt haben will, „daß ihm der Entschluß, wegen Zeitmangels aus dem Vorstande der Kasse auszuscheiden, erleichtert würde durch mehrfache Vorkommnisse und be-

sonders durch den Umstand, daß die Delegierten der Arbeitnehmer nicht selbständig, sondern abhängig vom sozialdemokratischen Gewerkschaftskartell handelten und die Arbeitgeber majorisierten"? Warum führte Herr Pistorius das in seiner Demissionserklärung an den Vorstand vom 21. Oktober nicht gleichzeitig mit an? Warum verschwieg er auf der andern Seite den nach dieser Erklärung hauptsächlichsten Grund der Ueberbürdung? Warum gab er dort einen ganz andern Grund an?

Wir konstatieren: die offizielle Demissionserklärung des Herrn Pistorius an den Magistrat ist im Wortlaut nicht bekannt; sie ist aber durch die Angaben des Herrn Oberbürgermeisters dem Sinne nach bekannt, an denen zu zweifeln wir keine Ursache haben. Die offizielle Demissionserklärung des Herrn Pistorius an die Krankenkasse liegt im Wortlaut vor. Die beiden Erklärungen stimmen nicht überein. Diese Tatsachen abzuschwächen sind weder der von Herrn Pistorius herrührende Versammlungsbericht in der „Magd. Ztg." noch sein Schreiben vom 19. April d. J. und nicht einmal seine ergänzende Erklärung in der Generalversammlung geeignet.

Wir brauchen dieser Konstatierung weiter nichts hinzuzufügen als die Bemerkung, daß die Mitteilung des Magistrats alle Vorwürfe, die gegen den Rechtsanwalt Pistorius erhoben worden sind, vollauf bestätigt.

Der vom Magistrat in die Reihe der Dokumente aufgenommene Antrag der Kaufmännischen Ortskrankenkasse enthielt eine Richtigstellung der Angelegenheit Pistorius mit dem Ersuchen, der Magistrat möge der Stadtverordnetenversammlung den richtigen Sachverhalt bekannt geben. Gleichzeitig war um eine Aeußerung über die Erklärung des Magistrats in der Stadtverordnetensitzung am 1. März, daß bei mehreren hiesigen großen Ortskrankenkassen pflichtwidrige Vorkommnisse zu verzeichnen gewesen wären, gebeten worden, ob und inwieweit dabei die Kaufmännische Ortskrankenkasse in Betracht käme. Der Magistrat hat dem Kassenvorstand auf diesen Antrag vom 10. März am 3. Mai eine Abschrift des Schreibens des Rechtsanwalts Pistorius vom 19. April zur Kenntnisnahme übersandt. Der Magistrat hat im übrigen der Kasse mitgeteilt, daß er keine Veranlassung habe, dem Vorstand gegenüber in eine Erörterung des Verlaufs der Stadtverordnetensitzung einzutreten.

Der Magistrat erklärt damit die Angelegenheit als für ihn erledigt. Wir können es dem Magistrat nachfühlen, daß er die ihm unbequeme Sache so bald als möglich erledigt sehen möchte. Es ist wirklich äußerst unangenehm, wenn ein Kronzeuge für die angebliche sozialdemokratische Herrschaft in den Krankenkassen, durch die alles majorisiert werde, so bloßgestellt wird, wie das hier mit Herrn Pistorius geschehen ist. In der nächsten Stadtverordnetensitzung wird aber auch noch ein Wörtchen darüber geredet werden!

— **In allen Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins,** die am Montag den 21. d. M. in Buckau und Sudenburg und am Dienstag den 22. d. M. in Altstadt-Nord und -Süd, Alte und Neue Neustadt und Wilhelmstadt stattfinden, wird das Thema „Das neue Ausnahmegesetz gegen die sozialdemokratischen Stadtverordneten" behandelt werden. Referenten sind die Genossen Brandes, Beims, Haupt, Henning, Landsberg, Laukau und Nitsch.

Parteigenossen! Unsre Feinde sind bestrebt, die Volksrechte zu kürzen und mit rücksichtslosen Verfolgungen, denen man den Zweck auf den ersten Blick ansieht, die Arbeiterbewegung niederzuwerfen. Bis jetzt hat jeder dieser Angriffe das Gegenteil von dem bewirkt, was er bewirken sollte. Beweist es auch jetzt, daß durch dieses Vorgehen euer Kampfesmut nur gehoben wird! Besucht zahlreich die Bezirksversammlungen! —

— **Zur Aussperrung der Maler.** Wenig Glück und Erfolg haben die Herren Arbeitgeber mit ihren vielen Annoncen. Gestern war es den Gehilfen ein Leichtes, den Meistern wieder zwei zugereiste Arbeitswillige abspenstig zu machen. Mit Freuden wurde ihnen ein Lohn von 52 Pfennig pro Stunde versprochen und später mehr. Doch die Leipziger Malergehilfen sind etwas bessere Lohnverhältnisse gewöhnt. Bezeichnend ist, daß die Meister fremden Gehilfen einen Lohn von 52 Pfennig zahlen können, aber nicht ihren alten, langjährigen Gehilfen, für die genügen 48 Pfennig Lohn. Auf der einen Seite wird bereitwilligst gezahlt, aber auf der andern Seite alles verweigert. Wie groß die Freude war, zeigt, daß die beiden Arbeitswilligen ohne Legitimationspapiere eingestellt wurden, womit die Satzungen der Werkstellenordnung ganz über den Haufen geworfen wurden. Wir wünschen den Meistern weiter viel Glück und bedauern nur, daß die Gehilfen ihnen immer wieder die Freude vereiteln. —

— **Der Abwehrstreik der Kupferschmiede** bei Möller u. Schulze, Neustadt, Ströbeckerstraße, dauert unverändert fort. Die Firmeninhaber suchen sich damit zu helfen, daß sie selbst arbeiten und auch die Lehrlinge bis 8 Uhr abends und darüber hinaus zur Arbeit anhalten. Ob die Firma dazu besondere Erlaubnis hat, wissen wir nicht, jedenfalls brauchen die Eltern der Lehrlinge sich die zulange währende Beschäftigung ihrer Söhne nicht gefallen zu lassen. Da sich die Firma bemüht, in ihren Kundenkreisen den Glauben zu erwecken, als ob die Kupferschmiede eine Lohnerhöhung verlangen, ist es notwendig, die Oeffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen, daß dies keineswegs der Fall ist. Die Ausständigen befinden sich in einem Abwehrstreik, um den am 1. April in Kraft getretenen Lohntarif, der von allen Kupferschmiedemeistern in Magdeburg, auch von der Firma Möller u. Schulze, anerkannt ist, durchzuführen. An der Festsetzung und Ausarbeitung des Tarifs hat in der Verhandlungskommission am 6. März auch einer der Firmeninhaber, Herr Möller, teilgenommen und den Tarif gutgeheißen, da derselbe nur eine Regelung der Arbeitsverhältnisse bezweckte. Die Meinungsverschiedenheit zwischen der Firma Möller u. Schulze und den Gesellen über die Auslegung des Tarifs besteht darin, daß die Firma eine Montage nach Barleben (7 Kilometer Entfernung) als Stadtmontage ansieht, die mit 1 Mark Zulage zum Werkstattlohn zu bezahlen ist, während die Ausständigen und ihre sämtlichen in andern Betrieben beschäftigten Kollegen einschließlich deren Meister die Barleber Montage als Landmontage ansehen, die mit 2,50 Mark pro Tag Zuschlag zum Werkstattlohn zu bezahlen ist und mit Recht. Als nützlicher Herausreißer zeigt sich auch hier wie bei dem Ausstand in den Metallwerken, der im Betrieb angestellte Meister. Die Herren, die sonst keinen Hammer anfassen, fühlen sich immer nur dann verpflichtet zu arbeiten, wenn die Gesellen feiern; so ist es nur selbstverständlich, daß Meister Hauser die in Barleben liegen gelassene Arbeit unter Assistenz von zwei Arbeitern der Firma fertig zu stellen hat. Solange die Helfer keine Kupferschmiedearbeiten anfertigen, wird gegen ihre Tätigkeit nichts einzuwenden sein. Es ist nur selbstverständlich, wenn die Ausständigen erwarten, daß alle Berufsangehörigen etwa angebotene Arbeit bei der Firma Möller u. Schulze dankend ablehnen, und diejenigen, die bei andern Firmen beschäftigt sind, etwaige Streikarbeit verweigern und nach jeder Seite hin streng solidarisch handeln. — Wie uns soeben mitgeteilt wird, ist bereits eine schwarze Liste der Firma Möller u. Schulze im Umlauf. Die Liste enthält 18 Namen. —

— **Aeußerst gut unterrichtet** über die russische Sozialdemokratie zeigt sich der „General-Anzeiger". Er berichtete von einem sozialdemokratischen Parteitag, der in Petersburg tagte und auf dem eine Einigung erzielt wurde, an der auch die von dem sozialdemokratischen Politiker Iskra vertretene Iskrapartei beteiligt war. Dieser Herr Iskra existiert nur in der Einbildung des „Gen.-Anz.", denn die Partei führt nicht nach einem Politiker dieses Namens, sondern nach ihrem Parteiblatt „Iskra", auf deutsch Morgenröte, ihren Namen! Der Parteitag tagte übrigens nicht in Petersburg, sondern im Ausland. Armer „General-Anzeiger"! —

— **Die Magdeburger Handwerkskammer** hat für ihren Bezirk die Einrichtung von Sachverständigen-Kommissionen für gewerbliche Streitigkeiten beschlossen. Es soll dadurch bei Geschäftsdifferenzen zwischen Handwerksmeistern und dem Publikum sowie zwischen Handwerksmeistern und deren Lieferanten das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten möglichst ausgeschaltet und durch die vermittelnde Tätigkeit sachverständiger und unparteiischer Gutachter von anerkanntem Ansehen ersetzt werden. Die Sachverständigen-Kommissionen werden zunächst in jeder Kreisstadt, und zwar zuerst auch nur für das Baugewerbe, bei dem das Bedürfnis am dringendsten ist, errichtet. Nach den dabei gemachten Erfahrungen soll diese Einrichtung möglichst auf alle Gewerbe ausgedehnt werden. —

— **Provinzial-Meisterkurse.** Außer den Provinzial-Meisterkursen für Schneider und Schuhmacher sind hier jetzt auch solche für Installateure eingerichtet worden. Der erste Kursus, der von achtwöchiger Dauer sein soll, wird vom 6. August bis zum 29. September stattfinden. Es werden höchstens 10 Teilnehmer zugelassen. Aufgenommen werden in erster Linie Meister und Gehilfen, die im Begriff stehen, sich im Installationsgewerbe selbständig zu machen, den Nachweis fachgewerblicher Vorbildung und beruflicher Tätigkeit erbringen und im Alter von 24 bis 45 Jahren stehen. Die Anmeldung kann schon jetzt, muß aber spätestens 4 Wochen vor Beginn des Kursus geschehen und ist zu richten an den Direktor der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule, Herrn Thormählen in Magdeburg, Brandenburgerstraße 10, der bereitwilligst alle weitere wünschenswerte Auskunft erteilt. —

— **Ein neues Schienenhebungsverfahren** wird seit Sonnabend nacht versuchsweise von einer hannoverschen Firma bei der hiesigen Straßenbahn zur Anwendung gebracht. Bekanntlich senken sich mit der Zeit an vielen Stellen die Schienen der Straßenbahn, während das Straßenpflaster neben den Senkungsstellen stabil bleibt, wodurch nicht unbedeutende Unebenheiten verursacht werden. Um nun die Schienen wieder in die frühere Höhenlage zu bringen, wird nach diesem neuen Verfahren in Zwischenräumen von einem Meter je ein Pflasterstein entfernt, um einen Angriffspunkt für die zu hebende Schiene zu erhalten. Mittels einer Klauenwinde wird nunmehr die Schiene angehoben, während ein Kohlensäuredruckapparat eine heiße Asphaltmasse unter die Gleise drückt. Die Versuche werden vorderhand von der ausführenden Firma unentgeltlich gemacht. Ob sich das Verfahren bewährt, muß erst abgewartet werden. —

— **Zum Oberarzt der neuen gynäkologischen Abteilung** an den städtischen Krankenanstalten (Abteilung für Frauenkrankheiten) wählte der Verwaltungsausschuß Herrn Sanitätsrat Dr. Thorn aus Magdeburg. Die nächste Stadtverordnetensitzung wird sich voraussichtlich mit der Bestätigung dieser Wahl zu beschäftigen haben. —

— **Neue Fünfmarkstücke** von 34½ Millimeter Durchmesser sind dem Reichstag als Versuchsstücke unterbreitet worden. Sie sind um 1½ Millimeter kleiner als die bisherigen Stücke und so groß wie der Taler in den zwanziger bis zu den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Ob diese kleineren Stücke in Zukunft allein noch ausgeprägt werden sollen, bleibt abzuwarten. —

— **Gesperrte Straße.** Wegen der Kanalbauarbeiten in der Roonstraße wird die Stern-Allee vom 16. d. M. an auf etwa 3 Wochen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt sein. —

— **Der leidige Spirituskocher.** Am Mittwoch abend wollte die im Hause Ebendorferstraße 17a wohnhafte Frau Holleisen, 58 Jahre alt, auf ihrem Spirituskocher etwas Spiritus nachgießen. Bei der hierbei entstehenden Explosion wurde der armen Frau der rechte Arm bis zum Schulterblatt total verbrannt. Die Verletzte fand Aufnahme im altstädtischen Krankenhause. —

— **Der öffentliche Vortrag** über das Thema „Jesus — ein Mensch" wird, nachdem er am 8. d. M. verschoben werden mußte, bestimmt morgen, Freitag, abend in Richardts Festsälen (großer Saal), Apfelstraße, von Herrn Dr. Kramer gehalten werden. Der Redner wird auch auf den Fall Roemer in Remscheid und auf das Jesusbild in Frenssens Roman „Hilligenlei" Bezug nehmen. Dem Vortrag, der pünktlich um 8½ Uhr beginnen wird, soll eine freie Aussprache folgen. —

— **Viktoria-Theater.** Für Freitag ist die Erstaufführung von Fedor v. Zobeltitz' Schauspiel „Die eiserne Krone" in Aussicht genommen. Das Stück ist in Berlin und Braunschweig mit großem Erfolg in Szene gegangen. Das Werk ist vom Verfasser aus einem unter gleichem Titel von ihm verfaßten Roman dramatisiert worden. Die Hauptrollen werden von den Herren Schröder, Busch und Schrader und den Damen Mellini sowie Frau Direktor Berthold dargestellt werden. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 16. Mai 1906.

Wegen Widerstands und Beleidigung von Polizeibeamten erhielt der Arbeiter Friedrich Skibbe zu Schönebeck, geboren 1868, vom Schöffengericht am 24. März d. J. 10 Tage Gefängnis. Die eingelegte Berufung wurde verworfen. —

Notwehr. Der Arbeiter August Scheer zu Schönebeck, geboren 1870, hat am 6. Januar d. J. den Arbeiter Mendel ohne jeden Grund angeblich geschlagen und getreten; er wurde deswegen vom Schöffengericht am 24. März in Anbetracht der Vorstrafen zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Berufungskammer stellte nur fest, daß Scheer den Mendel angestoßen, sich dabei aber in Notwehr befunden habe. Das Urteil wurde daher aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen.

Hausfriedensbruch. Die Arbeiter August Voigt, geboren 1867, Friedrich Voigt, geboren 1869, August Güllmeister, geboren 1864, und Wilhelm Fritze, geboren 1869, zu Schönebeck, sollen sich am 11. November 1905 im Lokale des Restaurateurs Knoche daselbst des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht erachtete am 10. März d. J. nur August Voigt des einfachen Hausfriedensbruchs für überführt und belegte ihn mit 15 Mark Geldstrafe ev. 3 Tagen Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Berufungskammer hob das Urteil auf und verurteilte August Voigt, Friedrich Voigt und Fritze zu je 2 Wochen Gefängnis, Güllmeister zu 1 Woche Gefängnis. —

Betrug. Der schon erheblich vorbestrafte Stellenvermittler Paul Vogel hier, geboren 1873, verbüßt gegenwärtig wegen Rückfallbetrugs 2 Jahre Gefängnis. Am 27. Februar d. J. übernachtete er bei dem Gastwirt Schmidt zu Oebisfelde und wurde dafür einschließlich der Zeche 2 Mark schuldig. Vogel verschwand, ohne zu zahlen. Am 1. März erschwindelte er sich zu Harbke vom Gastwirt Fricke 20 Mark und vom Schneider Neuhaus 10 Mark Darlehen. Wegen dieser zwei Rückfallbetrugsfälle trafen den Angeklagten zusätzlich 5 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Betreffs der angeblichen Zechprellerei erfolgte Freisprechung. —

Aus der Parteibewegung.

Ein Gendarm als Diskussionsredner kommt nicht alle Tage vor, so schreibt man der Frankfurter „Volksstimme" aus dem Saarrevier. Diese Seltenheit können wir heute aus dem hintersten Winkel Saarabiens, aus Nahbollenbach, vermelden. Dort sprach am Sonnabend abend Genosse Seel in einer öffentlichen Volksversammlung über die „Steuerpolitik der Regierung und die neusten Polizeitaten". Als der Referent den zweiten Teil seiner Rede einleitete, kam es zu einem ersten Zusammenstoß mit dem überwachenden Beamten, dem Gendarmen Rehe. Redner gebrauchte zur Illustrierung der Tätigkeit der Polizei einen treffenden Vergleich, als der Beamte ausrief: „Herr Seel, ich verbiete Ihnen, in dieser Weise weiterzufahren!", worauf er vom Referenten dahin belehrt wurde, daß er ihm keinerlei Direktiven zu geben habe; nicht der überwachende Beamte, sondern der Vorsitzende sei der Leiter der Versammlung, und nur dieser habe das Recht, einzugreifen. Nunmehr ersuchte der Beamte den Vorsitzenden, gegen die Ungehörigkeiten des Referenten einzuschreiten. Dieser gab ihm jedoch zu verstehen, daß er bis jetzt noch keine Veranlassung dazu gehabt habe. Sollte dies notwendig werden, dann werde er dies ohne die Aufforderung des Beamten tun. Als aber der Redner den Vorgang schilderte, bei welchem dem Bierfüller Biewald vom Breslauer Polizeisäbel die Hand abgehauen wurde, da kam das in der Zwischenzeit wieder zu einer hohen Temperatur erhitzte Polizeigemüt zur Explosion. Der Beamte bat demonstrativ ums Wort, es wurde ihm aber bedeutet, daß er, solange der Referent spreche, sich ruhig zu verhalten habe und sich erst in der stattfindenden Diskussion zum Wort melden könne. Der Gendarm glaubte aber ein Vorrecht zu haben und rief in die Versammlung hinein, daß der Fall Biewald sich nicht so abgespielt habe, wie es der Referent schildere; er habe es ganz anders in der Zeitung gelesen. Genosse Seel führte nun aus, daß er ja nicht wisse, aus welchem Scharfmacherpapier der Beamte seine Kenntnis geschöpft habe; die bürgerliche Presse habe bei dieser Gelegenheit das ungeheuerlichste Zeug zusammengelogen. Jetzt rief der Beamte, daß er die Sache in der Saarbrücker Zeitung gelesen habe. Worauf der Referent konstatieren konnte, daß der Beamte an der „richtigen" Quelle geschöpft habe. An der Hand der von Justizrat Mamroth gegebenen Darstellung des Sachverhaltes konnte er es der Versammlung anheimgeben, zu entscheiden, wer die Wahrheit gesagt habe. Redner verbat sich auch in scharfen Worten das Bestreben des Beamten, ihn als Lügner vor der Versammlung hinstellen zu wollen. Die Vorgänge, wie sie sich in Breslau zugetragen haben, seien so empörender Natur, daß die nackte Wahrheit schon empörend genug wirke. In der folgenden Diskussion sprach nun der Gendarm Rehe. Er führte aus, daß in jedem Beruf gute und schlechte Menschen vorkämen; dies werde auch in jeder Gesellschaftsform so sein. Er verwahrte sich gegen die Behandlung, die ihm von seiten des Referenten zuteil geworden sei. Er habe sie nicht verdient. Er habe die Sozialdemokraten nicht anders behandelt, als die übrigen Einwohner. Deshalb fühle er sich durch die Behandlung des Referenten aufs tiefste gekränkt. Er werde nicht mehr lange im Polizeidienst bleiben; aber so lange er im Dienst sei, werde er seine Schuldigkeit tun. Genosse Seel erwiderte ihm, daß eine Schwalbe noch keinen Sommer mache. Wenn er ihn scharf angefaßt habe, so sei er durch das Verhalten des Beamten dazu herausgefordert worden. Er habe nicht Kritik geübt an der Person, sondern an dem Beamten, da ihm die Person vollständig gleichgültig sei. Die geübte Kritik habe sich der Beamte durch seine Unkenntnis der vereinsgesetzlichen Bestimmungen selbst zuzuschreiben. Wer beauftragt wird, über die Gesetze zu wachen, von dem müsse man verlangen können, daß er das, worüber er zu wachen hat, auch kennt. Sei dies nicht der Fall, dann müßten Uebergriffe, wie die heutigen, vorkommen, welche den Beamten in eine lächerliche Situation bringen. Damit war die öffentliche Diskussion zwischen Gendarm und Sozialdemokrat beendet. —

Konflikt in der holländischen Partei. Genosse van der Goes hat im Namen der marxistischen Gruppe, welche auf dem holländischen Parteikongreß in der Minderheit blieb, mitgeteilt, daß sie die Kongreß-Resolution als unwahr und verletzend empfinden und deshalb keines ihrer Mitglieder eine Ernennung im Parteivorstand annehmen könne und sie nicht, bevor ihrer Parteiehre wieder Genugtuung gewährt ist, in Angelegenheiten der praktischen Politik und auch nicht im Namen der Partei an politischen Debatten innerhalb oder außerhalb der Wahlbewegung teilnehmen können. Troelstra hat diese Mitteilung in einem Artikel im Zentralorgan als Kriegsruf gegenüber der Parteimehrheit und als Disziplinbruch bezeichnet; er meint, daß die demokratische Grundlage der Partei ihr verbietet, ihre Meinung und ihr Selbstbestimmungsrecht aufzuopfern für die praktische Mitarbeit einer Gruppe verdienstvoller, aber nicht unfehlbarer Parteigenossen. —

Kleine Chronik.

Unterschlagungen eines Professors.

Der Gynäkologe Professor Dr. Schatz, Direktor der Rostocker Frauenklinik, wurde wegen umfangreicher Unterschlagungen von seinem Amte suspendiert. Er soll im Laufe der Jahre in der Verwaltung der ihm unterstellten Institute sich grobe Unregelmäßigkeiten haben zuschulden kommen lassen, wodurch die Regierung um annähernd 200 000 Mark geschädigt sein soll. —

Viertausend Unterschlagungen.

Der Gerichtsvollzieher Robert Sievers wurde in Düsseldorf vom Schwurgericht zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Sievers hatte amtliche Gelder in etwa 4000 Fällen unterschlagen und Schriftstücke gefälscht. —

Ein Eifersuchtsdrama.

Eine entsetzliche Tragödie, deren Motive in der Eifersucht eines Ehemannes liegen, hat sich in Berlin abgespielt. Der 36jährige Galvaniseur Zehmann übergoß seine Frau mit Schwefelsäure und schoß ihr eine Revolverkugel in den Rücken, worauf er die Waffe gegen sich selbst richtete und sich eine tödliche Kopfverletzung beibrachte. Beide wurden schwerverwundet nach dem Krankenhause gebracht, wo sie hoffnungslos darniederliegen. —

Zwei schwere Unglücksfälle.

In Kalk bei Köln waren in einer Werkzeugmaschinenfabrik fünf Arbeiter mit dem Transport eines hundert Zentner schweren Zylinders beschäftigt, als plötzlich der Karren umschlug und der Zylinder auf jene fünf Leute stürzte. Alle trugen schwere Verletzungen davon. Drei der Verunglückten dürften schwerlich mit dem Leben davonkommen. — In einem Schleifkotten im Ittertal zersprang ein sieben Fuß hoher, mächtig rotierender Schleifstein. Zwei Knaben sind lebensgefährlich, der Schleifer weniger schwer verletzt. —

Vereins-Kalender.

Fabrikarbeiterverband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 19. Mai, abends 8 Uhr, Bezirk Neustadt bei Paul Küster, Fabrikenstraße 5-6. Sonntag den 20. Mai, vormittags 11 Uhr, Bezirk Alte Neustadt bei Wilh. Lackenmacher, Ottenbergstraße 13.

Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen, Zahlstelle Magdeburg. Sonntag den 20. Mai, nachmittags 3½ Uhr, Mitgliederversammlung im „Bürgerhaus", Stephansbrücke 38. 658

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und andrer gewerblicher Arbeiter, Filiale Magdeburg. Sonnabend den 19. Mai, abends 8½ Uhr, Versammlung in der „Burghalle", Tischlerkrugstraße 28. 659

Sudenburger Arbeiter-Gesangverein. Jeden Freitag abend Uebungsstunde bei A. Naumann, St. Michaelstr. 642

Burg. Gesangverein Maiengruß. Die Uebungsstunde findet nicht Mittwoch sondern Donnerstag statt. 657

Schönebeck. Radfahrerverein „Frisch auf". Dienstag den 22. Mai, abends 8 Uhr, Versammlung. b

Briefkasten.

C. U., Aken. Eine Verpflichtung besteht dazu nur dann, wenn die Schule für Dr. obligatorisch ist. Aber auch, wenn keine Verpflichtung bestände, sollten Sie Ihren Sohn von dem Besuch nicht abhalten. Es ist doch nur zu seinem Vorteil. —

Maß-Bestellungen zum

Fest

werden noch zu jedem gewünschten Tage in **bester Ausführung** prompt geliefert.

Gewissenhafte reelle und ausgewöhnlich billige Bedienung veranlasst meine Kundschaft, mein Geschäft weiter zu empfehlen.

Breiteweg 120 I.
Ecke Braunehirschstr.

L. Mannheimer

Herren-Moden nach Mass.

461

Großes Lager
allerneuster, reeller deutsch. u. englisch. **Stoffe**

Reste

und **Coupons.**

Anzüge und Paletots nach Mass von **25.00** Mk. an.

Hosen nach Maß von **6.50** Mk. an.

Garantie für tadellosen Sitz und gute Verarbeitung.

Schuhwarenhaus Albert Himmelstern

Buckau, Schönebeckerstr. 33

Sämtliche Frühjahrs- u. Sommer-Neuheiten
in unerreicht großer Auswahl.
Enormes Lager in
Kinder-Schuhen u.-Stiefeln
in jeder Ausführung zu billigsten Preisen.

Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Hüte

werden zum **Modernisieren** angenommen. Preiswerte Zutaten, wie: **Blumen, Bänder, Federn, Hut-Fassons.** 3860

J. Brilles
Neustadt.

Kaufe alte **Kanarienhähne** gew. u. gute, flott im Gesang; für **junge Hähne** sowie alte und junge **Weibchen** bezahle wie bekannt höchste Preise. 3802

J. Tischler, Annastr. 25.

Billigen, guten Sohlleder-Ausschnitt
sowie **Schuhmacher-Artikel** kauft man
Sudenburg, Halberstädterstraße 56 bei **Köhler**
gegenüber der Kirche 1618

Stahlfedern empf. die **Buchhdlg. Volksstimme.**

Fortzh. 1 Eßt. 5 M, Bettst. m. Matr., dkl., 18 M, g. Spieg. 20 M, Küchenr. 1.50, Wasserbank, Schustert. 1.50, Zigarrenkisten, Petroleumof., 1 Milchrück, Nähmasch., g. näh. 8 M Stephansbrücke 6 p.

Flugbauer ist zu verkaufen Neuhaldensleberstr. 28, bei Schmidt.

Herren- u. Dam.-Rad u. Gar., f. Gel., außerg. bill. Kischke, Wilhelmstr. 19, III.

Hocheleg. **Herren- u. Damenrad** billig zu verk. Georgenplatz 3, pt.

Guterh. Nähm. f. b. Wilhelmstr. 19, III. l.

Gbr. Gash. m. Brtof. Gr. Schulst. 12, I.

Wegen Aufgabe des Geschäfts sind
zwei Wagen u. ein Pferd
zu verkaufen 3949
Fermersleben, Schönebeckerstraße Nr. 22.

Frischer Schellfisch Pfund 18 u. 20 Pf.
E. L. Schröder, Jakobstr. 28.

Edm. Steinfeldt

Damen-Stiefel aparte Neuheiten von **5.50** Mk. an

Jakobstrasse 38 Ecke Rotekrebsstr. | **Breiteweg 165** Eing. Ulrichstr.

Große Auswahl aller Sorten
Schuhwaren
für 3946
Herren, Damen und Kinder

Feinste neue
Matjes-Heringe Stck. 10 Pf.
Wurstschmalz Pfd. 50 Pf.
Rotwurst Pfd. 65 Pf.
Speck, fetter, Pfd. 90 Pf.
5 Proz. Rabattsparmarken 5
Schnittbohnen 2 Pfd. 28 Pf.
Täglich frische 3961

Molkerei-Grasbutter
Täglich frischen
Bennecken-becker Spargel
Pfd. 30 und 40 Pf.

Butterhdl. Edelweiss
(Inh.: J. Lehmann)
40 **Sudenburg** Halberstädterstr. 40

Wasche mit
Henkel's Bleich-Soda
überall zu haben.

1313

Leder-Ausschnitt

in großer Auswahl billigst bei
Gust. Hoffmeister
Prälatenstraße 21. 506 **Annastraße 44.**

Rumpf-, Sitz- und Badewannen
auch zu verleihen, empfiehlt äußerst preiswert
O. Janoschek Große Junkerstraße 6 a vis-à-vis d. Buckauer Bierhalle

---

Hocheleg. **Nähmaschine** u. Gar. spottbillig z. verkaufen Georgenplatz 3, pt.

Herrenrad u. Gar., selt. Gel., billig Wilhelmstadt, Matthissonstr. 5 II l.

Sozialdemokratische Gemeinde-Politik

Kommunalpolitische Abhandlungen

Herausgegeben unter Leitung von **Paul Hirsch.**

Heft 1. **Das kommunale Wahlrecht**
Von Paul Hirsch und Hugo Lindemann. Preis **30** Pfennig.

Heft 2. **Kommunale Arbeiterpolitik**
Von Hugo Lindemann. Preis **40** Pfennig.

Heft 3. **Kommunale Schulpolitik** —
Von Max Quarck. Preis **50** Pfennig.

Heft 4. **Kommunale Wohnungspolitik** ——
Von Paul Hirsch. Preis **50** Pfennig.

Heft 5. **Steuern und Gebühren** ——
Von Hugo Lindemann. Preis **30** Pfennig.

Fahrräder

neue und gebrauchte, erhalten Sie am billigsten und besten
ohne grosse Anzahlung und gegen kleine monatliche Abzahlung
3791 bei **Albert Brennecke, Sudenburg**
Fernsprecher 1938. **Ecke Westendstrasse.**

Freiwillige Versteigerung.

Sonnabend den 19. Mai 1906, abends 8 Uhr, werden im Garten des Gastwirts Herrn **Otto Klein**
verschiedene Turngeräte nebst Zubehör
versteigert. 2962

Ebendorf, den 14. Mai 1906.
J. A.: **Otto Genthe.**

Burg Burg
Empfehle von heute ab
Rot-, Leber- u. Sülzwurst Pfd. **80** ₰
Bratwurst Pfd. **1** M
Gleichzeitig teile ich mit, daß ich einen
literweisen Bier-Ausschank
der **Steinhaus-Brauerei** übernommen habe. 3966
F. Nitsche, Fleischermeister
Unterm Hagen 41.

Fleisch-Offerte. 3566

Rindfleisch, Schmorfleisch	75 Pf.	Gehacktes Rind- u. Schweinefleisch	70 Pf.
„ Rouladen	85 „	Rotwurst, Leberwurst und Sülze	75 „
„ Kochfleisch	65—70 „	Bratwurst	100 „
Schweinefleisch, Schinken	70 „	Harte Bratwurst	100 „
„ Bauch	70 „	Schinkenwurst	100 „
Ausgeschälten Nacken und Karbonade	85 „	Schinkenspeck	100 „
Kalbfleisch	55—65 „	Schmalz	80 „
Hammelfleisch	65 u. 70 „		

Roher Schinken, im ganzen Pfd. 1.20 Mk.
„ „ im Ausschnitt „ 1.30 „

Schwibbogen 3, in der Ecke.

Der am 8. d. Mts. unterbliebene
Oeffentliche Vortrag
über: **Jesus – ein Mensch**
wird von Dr. Kramer bestimmt heute, **Freitag, pünktlich** 8½ Uhr, im **Richardts** Festsälen, Apfelstraße, gehalten. **Freie Aussprache.**
Eintritt 20 Pf. 3947

Grosser Ausverkauf

wegen Uebergabe des Geschäfts.

Ich verkaufe die neusten und modernsten **Anzüge, Paletots, Jacketts, Hosen, Westen** etc. sowie alle **Arbeiter-Garderobe** als Engl.-Leder- und Zwirnhosen, Jacken, Westen usw. **15 Prozent** unter meinen bisherigen, bekannt billigen Preisen. 3967

W. Stutter, Burg b. M.
Markt 13. **Markt 13.**

Viktoria-Theater.
Freitag den 18. Mai 1906
Novität! Novität!
Die eiserne Krone.
Glänzendstes Repertoirstück des Berliner Theaters.

Aufsehenerregend billig

kann ich verkaufen:

Ia. Boxcalf-Damen-Schnürstiefel	6.50
Ia. Boxcalf-Damen-Schnürstiefel m. Lackkappe	6.50
Ia. Boxcalf-Herren-Agraffen-, Zug- und -Schnallenstiefel	7.50
Ia. Kalblack-Damen-Spangenschuhe 1 Spange	4.75
Ia. Kalblack-Damen-Spangenschuhe 2 Spangen	5.25

Ich bemerke ausdrücklich, daß ich **nur streng reelle Ware führe.**

Schuhwarenhaus 3963
Paul Ballerstedt
261 Breiteweg 261
Gegenüber dem Kaiserhof-Denkmal :: Haltestelle der elektrischen Straßenbahn.

Tüchtige Schlosser

finden dauernde und lohnende Beschäftigung. 3539

Metall-Industrie Schönebeck A.-G.
Schönebeck a. E.

Als Schneiderin empfiehlt sich Elsbeth Huke, Westerhüsen, Feldstr. 16b, I.

Ein tüchtiger Schuhmachergeselle auf dauernd gesucht. 1640
Heinrich Meyer, Peterstr. 10

Halberstadt. Halberstadt.

Arb.-Radfahrer-Bund Solidarität — **Bezirk Halberstadt Gau Nordharz.**

Sonntag den 20. Mai 1906, nachm. 3 Uhr, im „Odeum"
Arbeiter-Radfahrer-Bezirksfest
bestehend in großem **Garten-Konzert, Preislangsamfahren, Preisringstechen, Reigenfahren** und **Ball.** Unter gütiger Mitwirkung der Bundesvereine Braunschweig, Wolfenbüttel, Goslar, Blankenburg, Quedlinburg, Westerhausen u. a. 3965

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Das Festkomitee.**

Städtisches Orchester
Odeum.
Montag den 21. Mai 1906
abends 8 Uhr
Grosses
Volkskonzert.
Leitung: Kapellmeister
Rudolph Fischer.
Eintrittskarten
im Vorverkauf . . . **20** Pf.
an der Kasse . . . . **30** Pf.

Zirkus-Terrasse
Jeden Nachmittag von 3 Uhr an **Konzert**

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 114. Magdeburg, Freitag den 18. Mai 1906. 17. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

104. Sitzung.

Berlin, 16. Mai, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der zweiten Lesung des Gesetzes betreffend die

Ausgabe von Reichskassenscheinen zu 10 Mark

statt der bisherigen durch Reichsbanknoten ersetzten zu 20 und 50 Mark.

Präs. Graf Ballestrem: Mir ist ein handschriftlicher Antrag Arendt zugegangen. (Zuruf links: Natürlich! — Heiterkeit.) Derselbe lautet:

„Solange Reichskassenscheine in Umlauf sind, ist die Hälfte des Münzgewinnes von der Ausprägung von Reichsscheidemünzen zur Einziehung von Reichskassenscheinen zu verwenden." Ferner ist ein Antrag Graf Kanitz auf Erhöhung des Betrags der Reichssilbermünzen von 15 auf 20 Mark pro Kopf der Bevölkerung eingelaufen. — Ich hege Zweifel, ob dieser Antrag mit Titel und Inhalt des vorliegenden Gesetzes in Verbindung steht.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) schließt sich diesem Zweifel an und dehnt ihn auf den Antrag Arendt aus.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, während deren Abg. Graf Kanitz seinen Antrag zurückzieht, wird beschlossen, den Antrag Arendt mit zur Beratung zu stellen.

Abg. Graf Kanitz (kons.) verbreitet sich über seinen zurückgezogenen Antrag. Das Publikum nimmt lieber Silbermünzen als ungedeckte Kassenscheine. Mein Antrag würde die Ausprägung weiterer 300 Millionen Silbermünzen ermöglichen und der Münzgewinn aus dieser Prägung würde eine bedeutende Minderung der Reichskassenscheine gestatten.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel wendet sich gegen den Vorredner. An sich ist gegen die Silberprägung nichts einzuwenden. Aber auf Grund der Novelle von 1900 sind schon 90 Millionen Silbermünzen mehr in den Verkehr gekommen. Eine weitere Vermehrung ist ungerechtfertigt und sogar insofern gefährlich, als Silber gegenwärtig ein durchaus minderwertiges Münzmetall darstellt und durch die Ausprägung von Scheidemünzen eine Münzschuld bewirkt wird, deren Einlösung in schwierigen Zeitläuften in Gold geschehen müßte. Es ist aber ein Kardinalfehler, eine Kassenschuld durch eine Münzschuld decken zu wollen. (Sehr richtig! links.) Ich bitte um Ablehnung des Antrags Arendt.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) befürwortet seinen Antrag. (Lebh. Zust. des Abg. Graf Kanitz.) An sich wäre — ganz abgesehen vom Bedarf an silbernen Scheidemünzen — eine Vermehrung der Silberprägung erwünscht. (Aha! links.) Ich bedaure, daß dies wichtige Gesetz nicht in einer Kommission beraten worden ist.

Präs. Graf Ballestrem: Die Diskussion ist geschlossen. (Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Arendt: Wenn man nicht antworten kann, lacht man. (Lachen links.)

Präs. Graf Ballestrem: Die Diskussion ist geschlossen. (Schallende Heiterkeit.)

Das Gesetz wird unter Ablehnung des Antrags Arendt angenommen.

Es folgt die Beratung der bereits mitgeteilten Resolutionen zum Steuer-

Mantelgesetz,

und zwar zunächst der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution auf Reform der Branntweinsteuer.

Abg. Dr. Wiemer (Freis. Vp.): Die Resolution ist in der Kommission von Vertretern der Freisinnigen Volkspartei vorgeschlagen worden. Leider hat die Kommission wesentliche Teile unsres Antrags — namentlich den Ersatz der Maischraum- und der Brennsteuer durch eine einheitliche Verbrauchsabgabe — abgelehnt. Und doch kann nur solch eine gründliche Reform, die mit dem bisherigen komplizierten System aufräumt und den großen Verwaltungsapparat mit den entsprechend hohen Kosten zum größten Teil überflüssig macht, wirklich Wandel schaffen. Die Branntweinsteuergesetzgebung in ihrer jetzigen Form stellt einen wahren Rattenkönig verschiedener Bestimmungen dar. (Sehr richtig! links.) In der Kommission hat ein Regierungsvertreter zugeben müssen, daß die Brenner infolge der Kontingentierung aus der Staatskasse Millionen erhalten. (Hört, hört! links.) Nachher rechtfertigte freilich der Regierungsvertreter diese Liebesgabe, von der natürlich die Großbrennereien den Löwenteil erhalten. Benachteiligt werden die Brennereien, die nicht an der Kontingentierung beteiligt sind, benachteiligt werden Reich und Steuerzahler. (Sehr wahr! links.) — Der gegenwärtige Zeitpunkt erscheint zu Reformen besonders geeignet, da eine Neueinteilung des Kontingents auf Grund der Volkszählung von 1905 ohnedies bevorsteht. Die Schwierigkeiten der Neureglung sind nicht so groß, daß wir, wie der Schatzsekretär meint, bis 1912 warten müßten. Wenn die angekündigte Novelle zum Branntweinsteuergesetz endlich kommt, wird sie hoffentlich ganze Arbeit leisten. Die Rückvergütungen führen zu den größten Ungeheuerlichkeiten. Ein mir bekannter Brenner verwendet die von ihm jährlich erzeugten 50 000 Liter Branntwein zur Essigbereitung, ist daher von der Verbrauchsabgabe befreit, und hat nur eine Brennsteuer von 1200 Mark zu entrichten, während er 15 600 Mark an Rückvergütung erhält. (Hört, hört! links.) Unter solchen Umständen würde sich die Branntweinbrennerei für einen Landwirt auch lohnen, wenn der ganze Branntwein in die Gosse geleitet oder als Freudenfeuer für die Parteien angesteckt würde, denen die Großbrenner diese ihnen so ersprießliche Gesetzgebung verdanken. (Heiterkeit und Zustimmung links.)

Redner weist noch auf den Spiritusring und dessen rücksichtslose Preistreibereien hin. Und diesen Spiritusring scheint die Regierung noch durch gesetzgeberische Maßnahmen unterstützen zu wollen. Die Reform würde dem Reiche 50 Millionen Mehreinnahmen jährlich bringen. Es ist unbegreiflich, daß das Reich an dieser Steuerquelle in einer Zeit vorübergeht, da die breiten Volksmassen durch die drückendsten Steuern belastet werden. Aber freilich ist an der jetzigen Branntweinsteuer ein kleiner, aber desto einflußreicherer Teil der Landwirtschaft interessiert. (Lebh. Beifall b. d. Freis.)

Abg. Holtz (Rp.): Der Vorredner hat ein sehr wenig warmes Herz für die Landwirtschaft. (Lachen links.) Die Aermsten der Armen brauchen den Branntwein zur Stärkung ihrer Nerven. (Lachen links.) Der Spiritusring hat sich große Verdienste erworben. (Lachen links.) Die Landwirtschaft befindet sich in schwerster Notlage. (Lachen links.) 1902 hat man erst das Branntweingesetz geändert. Darum sollte man jetzt doch dem Brennereigewerbe Ruhe gönnen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Die Spiritusbrenner haben es verstanden, die Besteurung mindestens des Kontingentspiritus restlos auf das Publikum abzuwälzen. Herr Holtz hat die Existenz einer Liebesgabe zugeben müssen. Diese Liebesgabe hat in den 20 Jahren 880 Millionen Mark ausgemacht, wobei die vier großen Brennereien genau soviel Vorteil gehabt haben wie 16 000 kleine. (Hört, hört! links.) Die industrielle Verwendung des Spiritus ist nicht das Verdienst des Spiritusringes, vielmehr würde ohne Spiritusring der Spiritus billiger sein, daher häufiger zur industriellen Verwendung gelangen und würde die deutsche Eau de Cologne-Fabrikation nicht ihren Markt in Indien verloren haben. Die allgemein politische Bedeutung dieser Frage geht weit über ihre steuertechnische und agrarpolitische hinaus. Es handelt sich ganz einfach darum, ob neben der industriellen Bevölkerung auch die Landwirtschaft in entsprechendem Maße zu den Lasten des Reiches herangezogen werden soll. Der Landwirtschaft sind durch die neuen Zölle und die Grenzsperre die unerhört hohen Viehpreise zugeschanzt worden. Durch die jetzt beschlossene Bierverteurung steigert man den Schnapskonsum und damit die Profite der agrarischen Brenner. Bei der Erbschaftssteuer hat man wieder die Landwirtschaft eklatant bevorzugt, mit der Fahrkartensteuer dagegen namentlich die industrielle und städtische Bevölkerung belastet, während die bevorstehende Erhöhung der Offizierspensionen wieder wesentlich den Sprößlingen aus Gutsbesitzerkreisen zugute kommen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So werden die agrarischen Bezirke direkt alimentiert von den städtischen. (Abg. v. Kardorff: Deshalb wohl die Landflucht?) Jawohl, die Gutsbesitzer fliehen nicht vom Lande, wohl aber die Arbeiter. (Sehr gut! b. d. Soz.) Noch immer hat der hochnäsigste Junker gern seine Rente aus den Taschen des schnapsnäsigsten Pennbruders angenommen und Herr v. Kardorff ist sehr froh, wenn das „skrofulöse Gesindel", wie er es nennt, den von seinen Fuselgenossen gebrannten Schnaps trinkt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Abschaffung der Liebesgaben ist eine Forderung der politischen Moral. Der Regierungsvertreter freilich hat die Liebesgaben einen Zuschuß zu den Produktionskosten genannt. Möge er sich seine Naivität noch recht lange bewahren! Auf den Namen soll es uns nicht ankommen, und wir wollen gern unsre Forderung dahin formulieren, daß wir die Abschaffung des Zuschusses zu den Produktionskosten verlangen. (Sehr gut! links.) Nicht die Schwierigkeiten der Materie, sondern die Abhängigkeit der Regierung von den Agrariern verhindert die Reform. (Sehr richtig! links.) Es ist dieselbe Abhängigkeit von den Agrariern, die sich in der Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts, in der Einbringung des Schulgesetzes und in der Klassenjustiz manifestiert. Die Aenderung von 1902 war tatsächlich gar keine Reform, es handelte sich dabei, um mit dem Abg. Holtz zu sprechen, um eine „häusliche Angelegenheit der Brenner". Uebrigens bedeutet die Reglung dieser „häuslichen Angelegenheit", daß die kleinen Brenner gegenüber den Großbrennern noch schlechter gestellt werden als bisher. Nach meiner Ueberzeugung, die, wie ich weiß, mindestens insgeheim auch von vielen nichtsozialdemokratischen Abgeordneten geteilt wird, dürfte der Reichstag vor einer Reform der Branntweinsteuer überhaupt kein neues Steuergesetz verabschieden. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Gamp (Rp.) beschwert sich über die große Nachsicht des Präsidenten gegenüber dem Abg. Dr. Südekum. (Unruhe links.) Durch Exkurse über das preußische Wahlrecht, die Schulvorlage, über Offizierspensionen und Eau de Cologne hat er seine völlige Sachunkenntnis zu bemänteln gesucht. (Dtkt. rechts.) Aber trotzdem hat sich der Abg. Dr. Südekum immer noch einsichtsvoller gezeigt als der Abg. Dr. Wiemer. (Dtkt.) Was geht die Brennsteuer eigentlich den Abg. Dr. Wiemer an? Zahlt er auch nur einen Pfennig Brennsteuer? (Dtkt.) An sich ist die Resolution ja ganz harmlos. Ich könnte sogar dafür stimmen. Denn auch ich wünsche eine Reform der Branntweinsteuer-Gesetzgebung, allerdings im Sinne eines Monopols, das ich aus verschiedenen Gründen für durchaus nötig halte. Wenn der Abg. Wiemer sich so gern mit Ringen befaßt, so empfehle ich ihm, sich doch lieber mit dem Polenring zu befassen. (Sehr wahr! rechts.) Die Linke möchte die städtischen Brennereien begünstigen und die ländlichen Brennereien schädigen. (Zust. rechts.)

Abg. Dr. Pachnicke (Freis. Vg.): Wenn die Rechte die Liebesgabe theoretisch leugnet, warum hält sie denn praktisch an ihr fest? (Sehr gut! links.) Ursprünglich wollte man mit dem Zuschuß zu den Produktionskosten die Preisverminderung ausgleichen. Die Preise sind aber in einer Weise gestiegen, daß von Preisverminderung wirklich keine Rede sein kann, und daß die Abschaffung der Kontingentsvergütung eine dringende Notwendigkeit ist, die nicht bis zum Jahre 1912 aufgeschoben werden darf. Die Reform der Maischraumsteuer wird zwar nur 4½ Millionen bringen, wir sind aber nicht so stolz, daß wir nicht auch eine Kleinigkeit nehmen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Das Treiben des Spiritusringes ist vom Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender geradezu als unheilvoll bezeichnet worden. (Hört, hört! und Bravo! links.)

Abg. Speck (Ztr.): Wir werden der Resolution zustimmen. Der Spiritusring mag früher eine Notwendigkeit gewesen sein; seine Preispolitik aber ist eine verfehlte. (Sehr richtig!) Gegenüber Herrn Dr. Südekum habe ich zu bemerken, daß die Landwirtschaft Anspruch auf erhöhte Viehpreise hat. Auf den Weg des Branntweinmonopaols werden wir Herrn Gamp nicht folgen. (Bravo! i. Ztr.)

Abg. Dr. Wiemer (Freis. Vp.): Wir wollen der Brennerei keine unbilligen Lasten auflegen, sondern nur die Ungerechtigkeiten beseitigen, deren Beseitigung in der Zuckersteuergesetzgebung wir nach langen Kämpfen glücklich erreicht haben. Ueber eine Herabsetzung der Zuckersteuer läßt sich reden, zumal dadurch kaum eine Verminderung der Reichseinnahmen eintreten dürfte. Bei der Brausteuer erhält kein Brauer Liebesgaben, während nur naive Gemüter die Existenz von Liebesgaben in der Brennerei leugnen. Für den Charakter des Abg. Gamp scheint mir allerdings Naivität nicht zu passen. (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Die Brennsteuer geht uns sehr viel an, da sie den Inlandspreis künstlich hoch hält. Die Notwendigkeit des Spiritusringes hat jüngst in Posen ein enger Fraktionsgenosse des Abg. Gamp energisch in Abrede gestellt. Wir hoffen, daß die dringend notwendige Reform der Branntweinsteuer recht bald kommen möge. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Wolff (Wirtsch. Vg.): Auch wir wünschen eine gründliche Reform, aber nicht im Sinne der Linken.

Abg. Dr. Becker-Hessen (natl.) erklärt sich namens seiner Freunde für die Resolution.

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Eine weitere Resolution der Kommission verlangt die

Beseitigung der Ausnahmetarife im Ortsverkehr

für Postkarten, Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere, sowie die anderweitige Festsetzung der Gebühren für außerordentliche Zeitungsbeilagen.

Ein Abänderungsantrag Arendt und Genossen (Rp.) schlägt für Postkarten im Ortsverkehr den Dreipfennigtarif vor.

Abg. Singer (Soz.): Oftmals ist die Reichspost mit einem großen Geschäft verglichen worden, in keinem großen Geschäft aber läßt sich bei Heller und Pfennig nachrechnen, welche Artikel Ueberschüsse abwerfen und welche nicht. (Sehr wahr! links.) Im großen und ganzen ist die Post ein sehr rentables Unternehmen, das mit sehr respektablen Ueberschüssen arbeitet. Die Ueberschüsse würden noch höher sein, wenn man der Portofreiheit der Behörden und Fürstlichkeiten ein Ende machen würde, durch die der Post ungefähr 20½ Millionen Mark im Jahre entgehen. Es werden von hochstehenden Personen viele Telegramme in die Welt gesandt, die schon durch ihre Länge recht hübsche Kosten verursachen und deren Inhalt auch oft derart ist, daß sie lieber unterblieben wären. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich erinnere auch an die Stadtverordneten-Telegramme des Frhrn. v. Mirbach, als er sich für die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche interessierte und auch andre Leute dafür interessieren wollte. (Heiterkeit.) Ich bin ja damals auch mit einem portofreiem Telegramm beehrt worden, bin aber nicht zum Oberhofamt gegangen.

Wenn man früher von Postreform sprach, so meinte man eine Verbilligung des Verkehrs. (Sehr wahr! links.) Jet versteht man unter einer Postreform eine Verteurung des Verkehrs. Die vorgeschlagene Resolution ist einfach verkehrsfeindlich. (Sehr wahr! links.) Wo ist die Zeit geblieben, als Stephan als Bannerträger der Verkehrsverbilligung der Welt voranging? (Sehr gut! links.) Jetzt streichen Stephans Nachfolger seine Taten aus und jetzt schreitet man in demselben Augenblick, da auf Veranlassung des Reichspostsekretärs der Weltpostvereinskongreß in Rom eine Verbilligung des internationalen Verkehrs beschließt, in Deutschland zu einer Verteurung des Portos, und eben derselbe Staatssekretär gibt seine Einwilligung, die er hätte verweigern müssen, wenn er sich irgendwie als Verkehrsminister gefühlt hätte. (Sehr wahr! links.) Wir werden gegen diese Resolution wie gegen den Antrag Arendt stimmen. Ich erinnere daran, daß bei der Verstaatlichung der Privatposten im Jahre 1899 die Regierung wie die Mitglieder dieses Hauses erklärten, künftig würde die Reichspost im Ortsverkehr zu den billigen Sätzen der Privatpost arbeiten. Redner verliest eine Reihe Aeußerungen des damaligen Staatssekretärs von Podbielski. Deutlicher, klarer, unzweideutiger kann nicht ausgesprochen werden, daß die Voraussetzung der verbündeten Regierungen bei Verstaatlichung der Privatposten die Verbilligung des Ortsverkehrs war. Man kann allerdings nicht den verbündeten Regierungen den Vorwurf des Wortbruchs machen, da der Vorschlag der Portoverteurung ja vom Reichstag ausgeht. Wohl aber hat sich der Staatssekretär durch sein Entgegenkommen in der Kommission in Widerspruch mit dem klaren Versprechen seines Vorgängers gesetzt. (Sehr richtig! links.) Wir waren so naiv, den Versicherungen der Regierung damals Glauben zu schenken und anzunehmen, daß die Sätze im Ortsverkehr wohl herabgesetzt, aber niemals wieder erhöht werden würden. Mit der Annahme der Resolution würde der Reichstag Treu und Glauben verletzen, ebenso mit der Annahme der Resolution Arendt.

Aber man will ja sogar die Ansichtspostkarten besteuern. An den richtigen Steuerquellen geht man mit offenen Augen vorüber, lehnt die Steuern auf den Besitz entweder ganz ab oder verstümmelt sie, belastet dagegen auch aufs neue die große Masse des Volkes und bürdet ihr die Kosten für die Flottenvermehrung auf, an der sie gar kein Interesse hat. Der Reichsschatzsekretär nimmt jeden Steuervorschlag dankend entgegen, wie ein Almosensammler milde Gaben. (Heiterkeit links.) Mit der Annahme der Resolution würde der Reichstag die bitterste Satire auf das Wort: Deutschland in der Welt voran, treiben. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Graf Kanitz (kons.): Die Post darf nicht mit Unterbilanz arbeiten, wie sie es wirklich tut, wenn man ihre Frachtfreiheit auf der Eisenbahn und die Verzinsung ihrer Gebäude in Betracht zieht. Der jetzige Zustand ist ein landfeindlicher, denn für das Land kommt das ermäßigte Porto im Ortsverkehr nicht in Betracht. Wenn ein Briefträger in Berlin eine Karte bestellt, läuft er das Porto von 2 Pfennig an den Stiefeln ab. (Heiterkeit rechts.) Dem Antrag Arendt stimmen wir nicht zu, diese Erhöhung ist uns zu gering.

Abg. Merten (Freis. Vp.): Die Reichspost arbeitet nicht mit Unterbilanz, sondern mit erheblichen Ueberschüssen. Der Briefträger auf dem Lande rentiert sich nicht so wie der Briefträger in der Stadt. In Berlin kommt auf einen Beamten eine Einnahme von 3023 Mark, in Gumbinnen nur eine solche von 797 Mark, das flache Land bringt noch nicht einmal die Kosten für die Beamten auf, geschweige für alle übrigen Einrichtungen. Es lebt geradezu von den Ueberschüssen der großen Städte. (Lebhafter Beifall links.) Eine Portoerhöhung entgegen den klaren Versprechungen bei der Uebernahme der Privatposten müßte auch von verderblicher moralischer Wirkung sein, eine Reform darf nur in der Richtung der Verkehrserleichterung liegen. (Beifall b. d. Freis.)

Hierauf tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Dritte Lesung des Reichsstempelgesetzes, Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6½ Uhr. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 17. Mai 1906.

Die französischen Stichwahlen.

Nach den Hauptwahlen vom 6. Mai blieben 154 Wahlkreise unerledigt. Dort haben am 20. Mai Stichwahlen stattzufinden. Bei 114 dieser Stichwahlen sind die Sozialisten beteiligt, sei es als Majorität, sei es als Minorität. In 28 Wahlkreisen stehen die Kandidaten unsrer französischen Parteigenossen an erster Stelle.

In Paris ist dies in vier Kreisen der Fall und die dort beteiligten Kandidaten sind: Groussier, Allemane, Cardet, Dubois. In der Vorstadt St. Denis sind es zwei, die Genossen Veber und Willm, die an der Spitze der Stichwahlkandidaten stehen. In 7 von den 28 vorerwähnten Kreisen ist die Zahl der Stimmen, welche der sozialistische Kandidat auf sich vereinigt hat, eine so große, daß der Sieg selbst dann sicher ist, wenn alle Radikalen sich der Stimmabgabe enthalten sollten. Dagegen ist in 17 Fällen die Wahlhilfe der Radikalen unerläßlich, wenn der sozialistische Kandidat siegen soll, und in vier Kreisen endlich hat der Sozialist zwar mehr Stimmen als der klerikale Kandidat, aber die Majorität ist so gering, daß die Zurückziehung des radikalen Kandidaten notwendig sein wird, um die Niederlage des Reaktionären zu sichern.

In den noch verbleibenden 86 Wahlkreisen, in denen der sozialistische Kandidat in der Minorität ist, liegen die Dinge folgendermaßen: In 24 Kreisen sind die sozialistischen Stimmen unbedingt notwendig, um den Reaktionär zu schlagen; in 18 Kreisen wird die Zurückziehung der sozialistischen Kandidaten in der Stichwahl notwendig, um den Radikalen den Sieg über die klerikalen Gegenkandidaten zu sichern; in 42 Kreisen endlich kann der radikale Kandidat mit Leichtigkeit siegen, selbst ohne die Hilfe der sozialistischen Wahlstimmen.

Die Aussichten für die sozialistische Partei sind also durchaus gute. Eine Anzahl von Wahlkreisen wird sie sicherlich noch erobern. Die schließliche Höhe der Gewinne hängt von dem Verhalten der Radikalen ab.

Unser Pariser Korrespondent vervollständigt diese Zusammenstellung noch mit den folgenden Angaben:

„Soweit Meldungen vorliegen, ist bis jetzt allenthalben die ausgegebene Wahlparole, in der Stichwahl alle linksrepublikanischen Kandidaturen, von der Demokratischen Union bis zu den Sozialisten, zugunsten des Kandidaten,

auf den im ersten Wahlgang die meisten Stimmen fielen, zurückzuziehen, eingehalten worden. Hervorzuheben ist, daß von diesem, wohl nicht offiziell abgeschlossenen aber tatsächlich bestehenden Kartell die Progressisten (etwa unsern Nationalliberalen zu vergleichen) auch von den bürgerlichen Linksrepublikanern ausgeschlossen werden. Wo die bürgerlichen Linksrepublikaner zwischen einem Sozialisten und Progressisten zu entscheiden haben, haben sie bisher stets für den Sozialisten entschieden. Es ist anzunehmen, daß auch die Wähler die ausgegebene Wahlparole einhalten werden.

Die Haltung der sozialdemokratischen Partei, die in 86 Wahlkreisen in der Stichwahl den Ausschlag gibt, wurde anfangs von den Radikalen vielfach angezweifelt. Der letzte Parteitag in Chalon hatte beschlossen, die Stellungnahme in der Stichwahl den einzelnen Föderationen zu überlassen. Es wurde jedoch ein Antrag Cambier angenommen, wonach ein Parteikandidat, „wenn er sich gegenüber einem andern Kandidaten befindet, der für sich den Sozialismus reklamiert, auf keinen Fall zu dessen Gunsten verzichten darf". Dieser Antrag richtete sich gegen die Sozialisten, die sich der geeinigten Partei nicht angeschlossen haben. Da im vierten und fünften Pariser Arrondissement Gabriel Deville resp. Viviani mit zwei Nationalisten in Stichwahl kommen und die sozialistischen Stimmen den Ausschlag geben, mußte hierzu praktisch Stellung genommen werden. Gabriel Deville ist jedoch inzwischen zurückgetreten und es ist an dessen Stelle der bekannte „gute Richter" Magnaud, der durch seine Urteile und Freisprechungen von Personen, die aus Not gegen das bürgerliche Gesetz verstießen, berühmt geworden ist, aufgestellt worden. Viviani steht dem seitherigen Abgeordneten Auffray gegenüber, den Jaures gelegentlich sehr treffend in der Kammer als „traurigen und widerwärtigen Jesuiten" bezeichnete. Die Seine-Föderation der Partei beschloß nun, daß „in den Wahlkreisen, in welchen sich sozialistische Dissidenten präsentieren, die Kandidaten der Föderation zurückgezogen werden". Das bedeutet, daß den Wählern selbst ihre Haltung überlassen bleibt. Das Wahlkomitee der Partei im Wahlkreise Vivianis hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem es mitteilt, daß die Parteikandidatur zurückgezogen ist und in dem die Hoffnung ausgedrückt ist, daß die Genossen alles daransetzen werden, um Herrn Auffray zur Strecke zu bringen. Tatsächlich würde die bloße Stimmenthaltung der sozialistischen Wähler die Wahl des Reaktionärs sichern.

In dem Wahlaufruf zu den Stichwahlen, den der Vorstand der radikalen und sozialistischradikalen Partei veröffentlicht, heißt es u. a.: „Im zweiten Wahlgang unterscheiden wir nicht mehr unter den drei Fraktionen der Linken, der Demokratischen Union, der radikalen und radikalsozialistischen Partei und der sozialistischen Partei. Unsre einzige und unbedingte Regel ist, daß der Kandidat der Linken, der im ersten Wahlgang die größte Stimmenzahl erhielt, von dieser Bestimmung des allgemeinen Wahlrechts gewinnen soll. Alle andern Kandidaten des Blocks, welcher Richtung sie auch angehören mögen, haben die strenge Pflicht, zu dessen Gunsten zu verzichten."

Die reaktionären Parteien werden natürlich alle Minen springen lassen, um die bürgerlichen Wähler von der Stimmabgabe für die Herweisten, Anarchisten und wie sie uns sonst noch zu bezeichnen belieben, abzuhalten; sie dürften damit jedoch wenig Glück haben. Während wir in der Stichwahl nur in 20 Wahlkreisen auf die Stimmen der Radikalen angewiesen sind und in den übrigen neun, deren Stimmenthaltung schon unsern Erfolg sichert, sind die bürgerlichen Linksrepublikaner in 42 Wahlkreisen auf unsre Stimmen angewiesen." —

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen im In- und Auslande. Die Hamburger Holzindustriellen wollen nächstens in Deutschland auf die Streikbrechersuche gehen. Ueber einige ihrer Betriebe haben die Arbeiter die Sperre verhängt; die Unternehmer wollen nun, falls bis zum nächsten Sonntag die Sperre nicht aufgehoben und nicht überall geregelte Verhältnisse eingetreten sind, ohne Ansehen der entstehenden Kosten dafür sorgen, daß „gute auswärtige Arbeitskräfte unter Bewilligung dauernder günstiger Verträge für Hamburg gewonnen werden". Sie können sich ja das Gesindel holen, das die Reeder wieder fortgejagt haben. Andre „gute Arbeitskräfte" bekommen sie doch nicht. — Der Streik in der Rheinischen Gummi- und Zelluloidfabrik hat mit einer Niederlage der Arbeiter geendet. Von 2300 Arbeitern der Neckarauer Fabriken nahmen etwa 1400 die Arbeit wieder auf. Die übrigen werden nachfolgen. — In Zittau streiken sämtliche Zimmerer und Bauarbeiter wegen abgelehnter Lohnforderungen. Voraussichtlich werden die Maurer sich bald anschließen. — Die auf der Burbacher Hütte beschäftigten Mitglieder des christlichen Metallarbeiter-Verbandes beschlossen, am 1. Juni in den Streik einzutreten, wenn die Kündigung gegen 60 der ihrigen nicht zurückgenommen wird. Die Kündigung ist als eine glatte Maßregelung wegen Organisationszugehörigkeit zu betrachten. — Das Personal der Eisenbahn Malmoe-Ystad in Schweden ist wegen verweigerter Lohnerhöhung in den Ausstand getreten. Der Verkehr ist bis auf weiteres eingestellt worden. — Die Wiener Bauherren haben eine umfangreiche Aussperrung der Bauarbeiter vorgenommen; 12 000 Maurer und gegen 20 000 Hilfsarbeiter sind davon betroffen. Natürlich werden auch noch andre Berufsgruppen, wie Maler, Anstreicher, Fuhrwerker, in Mitleidenschaft gezogen. Die Maurer hatten schon im Dezember 1905 den Unternehmern die Forderung unterbreitet: 5 Kronen (4 Mk.) Tagelohn und Anerkennung der Vertrauensleute der Organisation auf den Bauten. Die Absicht der Wiener Bauherren geht dahin, die Organisation der Maurer zu vernichten. Das wird ihnen jedoch nicht gelingen. Diese haben vielmehr den Kampf mit Begeisterung aufgenommen und werden ihn bis zum bitteren Ende durchführen. Gegen 5000 Maurer haben Wien bereits verlassen. — Die Bewegung der Buchbinder hat nunmehr auch nach Stuttgart ihre Wellen gezogen. Dortselbst sind 1000 Mann ausgesperrt worden, weil sie keine Streikarbeit machen wollen. In Leipzig sind jetzt 2700 Mann ausgesperrt, in Berlin 1020. Die Buchbindereibesitzer erlassen in den größeren Zeitungen mächtige Inserate, in denen sie die Arbeiter als von den Hetzern verführt hinstellen und auffordern, in die Betriebe zurückzukehren. Ob sie dann wieder Streikarbeit machen sollen, wird nicht gesagt. Bei der Geschlossenheit, welche überall herrscht, ist es ausgeschlossen, daß diesem Rufe gefolgt wird.

Die lieben Arbeitswilligen. Beim Hamburger Seemannsstreik holten sich die Schiffsreeder alles Gesindel aus aller Herren Länder zusammen und bemannten damit ihre Schiffe. Auch der große Schnelldampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Kaiserin Auguste Viktoria" hatte eine solche Besatzung an Bord, als er auslief. Die lieben Arbeitswilligen, zusammengesetzt aus Angehörigen von 87 Nationen, prügelten und stachen sich schon, als der Dampfer noch auf der Unterelbe lag, und auf der Fahrt nach New-York kam es zu wüsten Szenen zwischen den Streikbrechern, und die Schiffsführung hatte ihre liebe Not, den Dampfer nach New-York zu bringen. Einige der Streikbrecher erkranken unterwegs, weil sie von ihren Kollegen im Streite über Bord geworfen worden waren. Diese Vorkommnisse haben nun die Amerikalinie, wie Hamburger Blätter berichten, veranlaßt, in New-York das internationale Gesindel abzumustern. Es wird ersetzt durch eine Besatzung deutscher Seeleute, die aus den Streikenden gebildet und nach New-York transportiert wird, um das Schiff nach Hamburg zurückzubringen. Die Lehre, die dieser Vorgang enthält, gönnen wir den Reedern, sie sollte aber auch von andern Arbeitgebern beachtet werden, denn von ähnlicher Art sind die Streikbrecher ja in den meisten Fällen. Zu so schmutzigem Tun wie Verrat an den Klassengenossen geben sich anständige Leute nicht her. Die Streikbrecher, die während der Hafenarbeiteraussperrung und des Seemannsausstandes nach Hamburg geholt worden sind, fühlen doch auch selbst, daß sie zu ehrlichen Arbeitern nicht passen. Als Streik und Aussperrung beendet war, rissen sie in hellen Haufen aus, und heute berichtet die bürgerliche Presse, die letzten hätten Hamburg wieder verlassen. —

Die geplante Metallarbeiter-Aussperrung.

Der Gesamtverband der Metallindustriellen scheint eingesehen zu haben, daß die Art, wie er bisher der Oeffentlichkeit das Frage- und Antwortspiel: Kommt die Aussperrung? kommt sie nicht? aufgab, nicht eben dazu beitrug, den Glauben in die Festigkeit seiner Absichten zu stärken. Sein Ausschuß hat sich daher in der Sitzung vom 14. Mai zu einem Beschluß aufgerafft, der in folgender Form von der „National-Zeitung" wiedergegeben wird:

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller ist der Meinung, daß die Bezirksverbände Dresden, Hannover, Braunschweig und Breslau im guten Rechte sind, wenn sie die Verhandlung mit Vertretern der Arbeiterorganisationen ablehnen, da die bestreikten Arbeitgeber bereit sind, durch eine Kommission aus ihrer Mitte mit den streikenden Arbeitern zu verhandeln, und ferner, daß sich die genannten Bezirksverbände um die deutsche Industrie verdient gemacht haben, indem sie es abgelehnt haben, die gestellten Forderungen auf Mindestlöhne, welche sich zweifellos zu einheitlichen Normallöhnen und einheitlichen Tarifverträgen über das ganze Gebiet des Deutschen Reiches auswachsen sollen, anzunehmen. Unter der Voraussetzung, daß die genannten vier Verbände ihre Stellung in diesen beiden prinzipiellen Fragen nicht ändern und auf keinen Fall Separatabmachungen durch einzelne Verbände oder einzelne Firmen eingegangen werden, und der Betrieb nicht eher aufgenommen wird, als bis eine Einigung und die Wiederaufnahme der Arbeit für sämtliche vier Bezirksverbände gesichert ist, beschließt der Gesamtverband, die vier Verbände in diesen prinzipiellen Fragen so lange zu unterstützen, bis durch Abmachungen zwischen den bestreikten Arbeitgebern und streikenden Gießereiarbeitern die beiden prinzipiellen Fragen im Sinne der Arbeitgeber ihre Erledigung gefunden haben. Die Unterstützung, welche der Gesamtverband den vier Bezirksverbänden gewährt, soll darin bestehen, daß im **ganzen Gesamtverbande vorläufig 60 Prozent der beschäftigten** — vornehmlich dem Deutschen Metallarbeiterverbande angehörige — **Arbeiter am 2. Juni 1906 entlassen** werden, wenn eine Einigung zwischen den genannten vier Bezirksverbänden und ihren Arbeitern vorher nicht zustande gekommen ist. Arbeitern, welche mit Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist entlassen werden müssen, ist spätestens am 19. Mai 1906 zu kündigen; falls durch die Aussperrung von 60 Prozent der Arbeiter die in den Betrieben zurückbleibenden Arbeiter in größeren Massen einzelne Werke verlassen sollten, so verpflichten sich sämtliche 60 Prozent ihrer Arbeiter aussperrenden Verbände, zum Schutze der geschädigten Betriebe mit weiteren Aussperrungen vorzugehen, und zwar unterwerfen sie sich hierbei einem Majoritätsbeschluß in der Weise, daß eine Zweidrittel-Majorität die weitere Aussperrung bis zur Vollaussperrung beschließen kann. Der Vorstand erhält Vollmacht, die Durchführung der Aussperrung ins Werk zu setzen und auch, wo die Verhältnisse es fordern, einzelne Ausnahmen zuzugestehen. Die Abmachungen zwischen den bestreikten Arbeitgebern und den streikenden Gießereiarbeitern unterliegen der Kontrolle des Vorstandes, welcher für diesen Zweck durch je einen Vertreter der bestreikten Verbände verstärkt wird. Die Gesamtabmachungen sind von diesem erweiterten Vorstand zu genehmigen; falls die vier Verbände oder einer von ihnen mit den Beschlüssen des erweiterten Vorstandes sich nicht zufrieden geben will, so kann die Entscheidung des Ausschusses beantragt werden. Hierbei handelt es sich aber ausschließlich um die beiden prinzipiellen Fragen, alle übrigen Forderungen der streikenden Gießereiarbeiter hat jeder Bezirksverband für sich allein zu ordnen.

Der Aussperrungsbeschluß wäre also da und bereits am Sonnabend hätten die Kündigungen zu erfolgen, wo sie gesetzlich notwendig sind. Aber trotzdem bleibt es noch immer fraglich, ob die Aussperrung vollzogen wird. Der Gesamtverband hat nämlich schließlich nichts dagegen, wenn die Former Lohnerhöhungen bekommen, er sträubt sich aber, diese in Form von Mindestlöhnen zu bewilligen und er lehnt die Verhandlungen mit der Organisation der Arbeiter ab. So sehr diese Forderungen auch dem widersprechen, was die Arbeiter verlangen dürfen, sie haben schließlich doch nur formale Bedeutung und die streikenden Former haben bereits gezeigt, daß sie nicht unbedingt auf der Verhandlung mit der Organisation und den „Mindestlöhnen" beharren. Auch damit werden sich ja die Herrscher im Reiche des Eisens noch befreunden müssen, aber im gegebenen Moment halten es die Former für klüger, Lohnerhöhungen durch Verhandlungen zwischen beiderseitig gewählten Kommissionen zu erzielen, als „Mindestlöhne" durch die Organisationen festsetzen zu lassen.

Der Stein des Anstoßes wäre also schon weggeräumt, und wenn der Gesamtverband auf seine Mitglieder in den vier Bezirken einwirken wollte, daß sie den Arbeitern entgegenkommen, wäre der Konflikt leicht zu beheben. Vielleicht ist es geschehen, die Erklärung läßt allerlei zwischen den Zeilen lesen und es wäre gut, wenn die Unternehmer Nachgiebigkeit zeigen wollten. Denn sie dürfen nicht etwa glauben, daß die Arbeiter aus Angst vor der Aussperrung widerstandslos zu Kreuze kriechen würden. Sie sind den Unternehmern in der Form entgegengekommen, jetzt ist es an diesen, Konzessionen in der Sache zu machen. Wollen sie das nicht, dann mag die „Kraftprobe" stattfinden. Die Unternehmer können dabei vielleicht Ueberraschungen erleben, die ihnen die Lust zu weiteren Experimenten rauben. —

Die Geschichte einer gelben Gewerkschaft.

kr. Nach der Metallarbeiter-Aussperrung im vorigen Jahre wurde bei dem Werk Augsburg der Maschinenfabrik Nürnberg-Augsburg unter der Protektion der Fabrikleitung ein Arbeiterverein gegründet, der völlig die charakteristischen Merkmale der berüchtigten gelben Gewerkschaften trägt. In dem Statut werden den Mitgliedern eine Menge Vorteile, Unterstützungen und Darlehen in Aussicht gestellt, und zwar bei einem Jahresbeitrag von 1 Mark pro Mitglied. Es war von vornherein klar, daß der Verein noch andre Hilfsquellen haben muß, und in der Tat wurde er kurze Zeit nach der Gründung durch eine Spende des Direktors Buz senior im Betrage von nicht weniger als 100 000 Mark „überrascht". Auf Grund dieser Vorgänge charakterisierte die Arbeiterpresse die Gründung dieses „Arbeitervereins" als das was sie wirklich ist, nämlich als einen skandalösen Verrat an der Arbeitersache. Bei dieser Gelegenheit sollen nun zwei unsrer Parteiblätter, nämlich die „Münchner Post" und die „Schwäbische Volkszeitung" die Mitglieder des Vereins beleidigt haben. Die neun Vorstandsmitglieder der gelben Gewerkschaft stellten deshalb Privatklage gegen die Redakteure Martin Gruber, Eugen Kirchpfening. Am 11. Mai fand Verhandlung vor dem Schöffengericht Augsburg statt, die — um das gleich vorweg zu nehmen — zur Verurteilung der beiden Sünder führte. Genosse Gruber wurde zu 90 Mark, Genosse Kirchpfening zu 240 Mark Geldstrafe verknurrt. Als strafmildernd wurde berücksichtigt, daß beide Angeklagte auf Grund ihrer politischen Anschauungen über die mit den Arbeiterinteressen kollidierende Gründung des Werkvereins erbittert und empört waren und daß sie als Redakteure vielgelesener Tagesblätter für Arbeiter über die Sache berichtet haben.

Durch die Beweiserhebung ist nun aber mit unzweifelhafter Deutlichkeit enthüllt worden, wie der sogen. „Arbeiterverein" gegründet und befördert wurde und wer seine eigentlichen Leiter sind. Obwohl von beiden Teilen ein außerordentlicher Zeugenapparat aufgeboten war, ließ das Gericht nur die Vernehmung von drei Zeugen zu, nämlich der beiden Direktoren Buz junior und Dr. Guggenheimer und des Prokuristen Pfeiffer. Bemerkt sei, daß Dr. Guggenheimer, zweifellos der intelligenteste und gerissenste der Direktoren, früher Landgerichtsrat in München war. Vor einigen Jahren passierte ihm eine kleine Eheirrung, der ein Duell folgte. Dr. G. erhielt mehrere Monate Festungshaft, wovon ihm, da er „krank" wurde, die Hälfte geschenkt wurde. Er nahm dann seinen Abschied aus dem Staatsdienst und wurde Direktor in der Maschinenfabrik Augsburg — ein sicherlich nicht schlechter Tausch.

Der erste Direktor, Kommerzienrat Buz senior, dessen Vernehmung sich sicherlich am interessantesten gestaltet hätte, war auffälligerweise trotz erfolgter Ladung nicht zur Verhandlung erschienen. Er war bereits am 11. Mai zur Eröffnung der Ausstellung nach Nürnberg gefahren, die aber erst am 12. Mai erfolgte. Ihm kam offenbar diese Eröffnung sehr gelegen.

Die Beweiserhebung erstreckte sich in erster Linie auf die Frage, auf wessen Initiative hin der Arbeitswilligenverein gegründet wurde. Die Zeugen mußten zugeben, daß der Anstoß zur Gründung von der Direktion gegeben wurde. Der Prokurist Pfeiffer, der als Vertreter der Direktion jeder Versammlung des Vereins und jeder Vorstandssitzung beiwohnt (ein netter Arbeiterverein, der sich derartig unter Kuratel stellt!) erklärte zwar, die Direktion habe die Gründung des Vereins nicht veranlaßt, allerdings aber mit Freuden begrüßt. Auf eine weitere Frage äußerte er jedoch: Buz senior habe den Leuten, die sich bei ihm über den „Terrorismus" der freien Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine beklagten, den Rat gegeben, sich zusammenzuschließen. Doch sei Wert darauf gelegt worden, daß die Arbeiter den (von der Direktion) gewünschten Verein selbst gründeten. Wie es aber mit dieser Gründung aus eigner Initiative aussieht, zeigt die festgestellte Tatsache, daß Pfeiffer nicht nur jeder Vereinsversammlung und -sitzung beiwohnt, sondern auch die Statuten entworfen hat. Pfeiffer sagte auf Fragen aus, die Direktion habe ihm nicht Weisungen erteilt, was er im Verein durchzusetzen habe, dagegen seien ihm Wünsche von der Direktion mitgeteilt worden, die sich auf die Einrichtungen des Vereins bezogen hätten. Beschlüsse der Vorstandschaft in bezug auf Unterstützungsgesuche seien der Direktion vorgelegt worden (zur Genehmigung natürlich!). Die Direktoren Buz junior und Dr. Guggenheimer mußten zugeben, daß sie bei verschiedenen Gelegenheiten Arbeitern, die sich bei ihnen angeblich über sozialdemokratischen Terrorismus beschwerten, den Rat gegeben haben, einen Arbeitswilligenverein zu gründen. Nach der Behauptung der Beklagten hat Buz junior in einer Sitzung des Arbeiterausschusses ursprünglich die Gründung eines ordnungsliebenden Pensionsvereins angeregt, was aber des Wortes „ordnungsliebend" wegen abgelehnt wurde, da schon einmal ein Verein ordnungsliebender Arbeiter in Augsburg bestand, der aber schmählich in die Brüche ging. Buz junior konnte sich jedoch daran „nicht mehr erinnern". Dagegen gibt er zu, einen Verein angeregt zu haben, dessen Mitglieder friedlich mit der Direktion auszukommen suchten und nicht mitstreikten, wenn von andrer Seite ungerechtfertigte Forderungen erhoben werden. Der Vorsitzende bemerkte hierzu: „Sie wollen halt Arbeiter haben, die auf Ihrer Seite stehen." Auf die Frage, was die „friedlichen" Arbeiter wohl tun würden, wenn von ihnen gestellte berechtigte Forderungen nicht erfüllt würden, gab Direktor Buz keine Antwort. Ebenso wurde auch die Antwort auf eine andre peinliche Frage verweigert. Nach der Gründung des Arbeitswilligen-Vereins ist nämlich von diesem eine Herabsetzung der Arbeitszeit verlangt worden. Die Direktion hat daraufhin eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 61 auf 58 Stunden bewilligt, was natürlich mit bedeutendem Geschrei als „Erfolg" der neuen Organisation der Friedliebenden ausposaunt wurde. Von der Verteidigung wurde nun die Frage gestellt, ob es richtig sei, daß die Direktion dem Ausschuß erst nahegelegt habe, diese Forderung an sie zu stellen. Es war ungemein komisch, in welche Aufregung bei dieser Frage der Anwalt der Kläger geriet, und mit welchem Eifer er seinen Mandanten den Rat gab, die Antwort hierauf zu verweigern. Leider lehnte es das Gericht auch ab, in eine Beweiserhebung über den von den Klägern, und namentlich ihrem Anwalt behaupteten sozialdemokratischen Terrorismus gegen die Arbeitswilligen einzutreten; so wurde den Beklagten die Gelegenheit genommen, Gegenbeweise zu führen und den Terrorismus der Streikbrecher-Gewerkschaft vor Gericht einmal zu enthüllen. Auf den Einwand, daß Polizei und Staatsanwalt wohl schon längst eingegriffen hätten, wenn wirklich von den freien Gewerkschaften der behauptete Terrorismus verübt worden, entgegnete einer der Direktoren, es fürchte sich eben jeder, den Zeugen zu machen. Ganz zutreffend erwiderte darauf Gen. Gruber, das sei ein Zeichen, daß es sich nur um Behauptungen handle, die kein Mensch auf seinen Eid zu nehmen wage.

Merkwürdigerweise wurde auch mit keinem Wort der Behauptung der Beklagten widersprochen, daß der Ausschuß der gelben Gewerkschaft sich erst auf Kommando hin beleidigt gefühlt und Klage gestellt habe. Die Herren haben sich auch den teuersten Anwalt Augsburgs geleistet, der die Maschinenfabrik auch in sonstigen Prozessen vertritt. Damit kommen wir nun zu einem der merkwürdigsten und bedeutungsvollsten Moment des ganzen Prozesses.

Die Direktion der Maschinenfabrik Augsburg besteht aus prononciert liberalen Männern; sie wird von der liberalen Presse ebenso heftig verteidigt, wie sie u. a. von der Zentrumspresse — und zwar namentlich wegen der auch gegen die christlichen Gewerkschaften gerichteten Gründung des Arbeitswilligen-

Vereins — angegriffen wird. Im Landtag ist die Gründung der gelben Gewerkschaft von unserm Genossen Rollwagen zur Sprache gebracht worden, und seinen Angriffen auf die Maschinenfabrik haben sich unter Aufwand großer Entrüstung vor allem die Vertreter der christlichen Arbeiter angeschlossen, die Verteidigungsrede für die Gesellschaft aber hielt ein liberaler Abgeordneter. Diese Verhältnisse muß man würdigen, um zu ermessen, was es bedeutet, daß als Verteidiger des liberalen Arbeitswilligen-Vereins ein hervorragender Zentrumsführer, der Rechtsanwalt Reisert, fungierte, der vor einigen Jahren sogar Landtagsabgeordneter war und noch jetzt das tonangebende Mitglied des ultramontanen Aktionsausschusses in Augsburg ist! Und dieser Zentrumsführer leistete sich, und zwar ohne jede zwingende äußere Veranlassung, in seinem Plaidoyer einen klobigen Angriff auf die christlichen Gewerkschaften. Reisert polemisierte in der Art, wie es ein Agitator des Reichsverbandes tut gegen die modernen Gewerkschaften, deren ganze Taktik auf die Zerstörung des Mittelstandes gerichtet sei (Appell an die beiden ultramontanen Schöffen!), und die beständig solche Forderungen stellten, daß die deutsche Industrie konkurrenzunfähig gemacht werde, wie das schon der englischen Industrie durch die Schuld der englischen Gewerkschaften passiert sei. Die Gewerkschaftsbewegung wolle die Arbeiter nur zu willenlosen Werkzeugen in der Hand politischer Agitatoren machen, die ebenso wie die Journalisten immer oben schwämmen. Er bedaure, daß die christlichen Gewerkschaften sich der Taktik der Sozialdemokraten anschließen, statt sich auf den Standpunkt zu stellen, den Leo 13. „in seiner herrlichen Enzyklika" vertreten habe. Deswegen würden sie beim Werk Augsburg auch nicht anerkannt. Moralisch sei der Standpunkt der Arbeitswilligen der bessere!

Ob sich wohl die christlichen Gewerkschaften diese klatschenden Ohrfeigen von ihrem Parteifreund gefallen lassen? Natürlich wurde dem Herrn Reisert, der sich nicht scheute, auch mit offenkundigen Lügen zu operieren (z. B. die Sozialdemokratie habe im Reichstag gegen alle Sozialgesetze gestimmt), von den Beklagten und auch dem Verteidiger Kirchpfenings gehörig heimgeleuchtet. Gen. Gruber meinte höhnisch, die so gelobte Entwicklung der christlichen Gewerkschaften hänge vielleicht mit den letzten Landtagswahlen zusammen. Man werde nun wohl Mühe haben, das wieder ins rechte Gleis zu bringen.

Die beiden Beklagten sind ja zu recht empfindlichen Strafen verknurrt worden. Aber dafür haben wir einen ganz unbezahlbaren Agitationsstoff gewonnen, der überall da von unschätzbarem Wert ist, wo christliche Gewerkschaften bestehen. —

Verbandstag süddeutscher Konsumvereine.

h. Mainz, 15. Mai.

Verbandsdirektor Barth eröffnet die Sitzung um 9 Uhr und begrüßt die erschienenen Gäste, insbesondere den Oberbürgermeister Dr. Göttelmann.

Oberbürgermeister Dr. Göttelmann dankt für die erhaltene Einladung. In der heutigen Zeit sind die einzelnen Stände gezwungen, ihre Interessen nachdrücklichst zu vertreten. Es ist unrecht, sich deshalb gegenseitig einen Vorwurf zu machen. Sie nehmen die Warenverteilung selbst in die Hand; Sie suchen den Kapitalismus seiner Härten zu entkleiden. Was Wurzeln geschlagen hat tief und gesund, das rottet niemand mehr aus, was lebensunfähig ist, wird aber untergehen müssen. Kein behördliches Gebot wird imstande sein, die Entwicklungsgesetze zu beeinflussen und mit Gewalt sich Gehorsam zu erzwingen. Ihre Bewegung wird wachsen und gedeihen. Ich begrüße Sie in unsrer Stadt Mainz und wünsche Ihren Beratungen besten Erfolg. (Lebhafter Beifall!)

Nun erstattet Verbandsdirektor Barth-München seinen Jahresbericht. Mit großer Befriedigung konstatiert er die großen Fortschritte des vergangenen Jahres. Von 141 Vereinen im Januar 1905 sind wir bis zum heutigen Tage auf 167 gestiegen. In mächtiger Weise entwickeln sich die alten Vereine, mit glühendem Eifer sind die jüngeren bestrebt, es ihnen nachzumachen. Wo man es früher nicht für möglich gehalten hätte, entstehen heute Konsumvereine. Für das Eindringen des genossenschaftlichen Gedankens ist es charakteristisch, daß in letzter Zeit auch aus den Reihen des Mittelstandes heraus die Forderung nach Gründung von Genossenschaften aller Art laut wurde, was aber die Leute durchaus nicht daran hinderte, unsre Bestrebungen auf das gehässigste zu bekämpfen. (Die ziffermäßigen Darlegungen über das Wachstum der Vereine und des Verbandes gaben wir bereits im Vorbericht. Red.) In verschiedenen deutschen Bundesstaaten ging man in letzter Zeit damit um, Steuergesetze für die Konsumvereine zu schaffen. Viele von uns erhofften als angenehme Folge dieser Belastung, daß wenigstens die Vorwürfe über unsre Steuerfreiheit verstummen würden. Dem ist aber nicht so. Trotz der hohen Steuern immer noch das alte Lied, ja noch mehr! Man verlangt Einführung eigner Steuern, speziell für uns. Doch glücklicherweise ist dieses Verlangen bis jetzt an dem Widerstand einsichtiger Regierungen gescheitert. Die Klagen über die oft ins Wahnwitzige gehenden Angriffe der vielen Gegner ertönen allerorts. Würde man es nicht selbst miterleben, man glaubte es nicht, daß eine derartige Hetze und mit solch niedrigen Mitteln getrieben werden könnte. Im allgemeinen haben uns diese Hetzereien mehr genützt wie geschadet. Wenn diese entarteten Vertreter des sog. Mittelstandes die Kühnheit besitzen, für sich und ihre veralteten Institutionen die Unterstützung und Förderung durch den Staat zu erlangen, und dabei die Unterdrückung der Konsumvereine fordern, wie es auf den Tagungen dieser Verbände nur zu häufig geschieht, so ahnen diese Leute gar nicht, wie sehr sie uns fördern. Glauben denn Behörden etwas damit erreicht zu haben, wenn sie ihren Beamten, Bediensteten und Arbeitern die Mitgliedschaft bei den Konsumvereinen verbieten? Ist es nicht unerhört, für Unternehmungen des Mittelstandes finanzielle Unterstützung des Staates zu verlangen, selbst Genossenschaften zur Beseitigung des Zwischenhandels zu bilden und dabei in gleichem Atem die Konsumvereine anzuklagen, daß sie den Mittelstand schädigen? Wenn erst das Volk seine Kapitalkraft ganz erkannt haben wird, welche durch Organisation des Konsums mit nachfolgender Angliederung der Produktion zu erreichen ist, dann werden die Genossenschaftler keine Staatsbürger zweiter Klasse mehr sein. Zur Erreichung dieses genossenschaftlichen Ideals muß unser Bestreben dahin gehen, immer mehr Aufklärung über unsre Aufgaben zu verbreiten zur wirtschaftlichen und sittlichen Hebung des Volkes.

Ueber den Beitritt der Verbandsvereine zum internationalen Genossenschaftsbund referiert Sekretär Kaufmann-Hamburg. Der Beitritt wird beschlossen.

Nun referiert Verbandsdirektor Barth über die Anstellung eines berufsmäßigen Verbandsbeamten. Der Vorstand begründet diese Maßnahme mit der Häufung der Geschäfte, die eine Fortführung derselben im Ehrenamt unmöglich machen. Eine lange Reihe von Rednern drückte ihre Meinung über den Plan aus. Das Resultat war die einstimmige Annahme des Vorstandsantrags auf Schaffung eines Verbandssekretariats.

Der bekannte Lohntarifvertrag zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und dem Vorstand des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verbandes wurde durch Radestock-Hamburg erläutert und nach kurzer Debatte einstimmig gutgeheißen. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

„Der 40. Verbandstag der süddeutschen Konsumvereine erklärt sich mit den vom Zentralverband deutscher Konsumvereine und dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter vereinbarten Tarifvertrags-Entwurf einverstanden, er hält ferner die Errichtung eines Tarifamtes für nötig und hofft, daß der Genossenschaftstag in Stettin denselben seine Zustimmung geben wird."

Der zweite Verhandlungstag beginnt mit dem Referat von Genossenschaftssekretär Feuerstein-Stuttgart über den Kampf gegen die Konsumvereine in Süddeutschland und unsre Maßnahmen dagegen. Die Kleinkrämer sehen ihre Existenz bedroht, machen Radau. Den Krämern ist die Genossenschaftsbewegung im Weg und ihr Grimm ist begreiflich. Aber die Gefahr, daß ein Stand überflüssig wird, war nie ein Grund, die Entwicklung der Wirtschaftsordnung einfach zu verbieten. Von der Organisation des Konsums ist es aber nicht mehr weit zur Selbstproduktion. Hiergegen laufen die Handwerker Sturm. Die Armen bedenken es nicht, daß die Großindustrie es ist, die sie expropriiert und daß die Selbstproduktion der Genossenschaften sich in der Hauptsache gegen eben diese Großindustrie richtet, daß also die Handwerker alle Ursache hätten, sich über die Eigenproduktion der Genossenschaften zu freuen. Wenn es sich um die Führung der hieraus entspringenden Kämpfe handelt, so muß man streben, das Kampffeld auf volkswirtschaftlich großzügigen Boden zu verlegen. Hierin leistet uns das Bestehen und Gedeihen der landwirtschaftlichen Genossenschaften wertvolle Dienste. Sie sind von größter Bedeutung für uns, sie haben, wie wir, das Bestreben, den verteuernden Zwischenhandel auszuschalten. Sie sind gezwungen, sich an die organisierte Konsumentenschaft zu wenden. So wird Stadt und Land sich die Hand reichen. Wie weit diese Beziehungen heute schon gediehen sind, geht daraus hervor, daß in den württembergischen Vereinen von 12 Millionen Mark Wareneinkaufsgeldern drei Millionen an die landwirtschaftlichen Genossenschaften gehen. Ein aufmerksames Augenmerk ist auf die Bestrebungen zu richten, welche den Konsumvereinen das Leben durch Besteurung schwer machen wollen.

Um den Kampf führen zu können, darf man auch die Presse nicht vergessen. Sobald die bürgerliche Presse weiß, daß sie beobachtet wird, hütet sie sich, Schwindelnotizen zu verbreiten. Man kann sich natürlich nicht auf die Beoachtung der Gegner allein beschränken. Man darf nicht nur sagen, was nicht ist, sondern man muß der zahlreichen und vielgestaltigen Fachpresse der Gegner auch eigne Organe gegenüberstellen, worin man sagt, was ist, und worin man die eignen Mitglieder sowohl als die breite Oeffentlichkeit sachlich unterrichtet und das schmutzige Treiben der Gegner an den Pranger stellt. Seen wir also in sachlicher, energischer Weise ein, um den Kampf durch seine harte Zeit hindurch zu führen, bis zu der Zeit, wo wir es erreicht haben, daß die neue Wirtschaftsform zum Siege gelangt ist und der Kampf in dieser Form abschließt, um auf anderen Gebieten weiterzugehen.

Die Diskussion bot nichts Bemerkenswertes. Nach ihrer Beendigung trat der Schluß des Verbandstages ein. —

Provinz und Umgegend.

Burg, 17. Mai. (Ein ernstes Wort) möchten wir angesichts der Tatsache, daß sich der Zeitpunkt immer mehr nähert, an dem die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl ausliegen, an die hiesigen Arbeiter richten. Wiederholt schon ist darauf hingewiesen worden, daß diejenigen, welche einen Bürgerbrief erhalten haben, diesen unter allen Umständen bezahlen sollen. Hunderte sind es noch, die in dieser Beziehung ihre Schuldigkeit nicht getan haben. Sie müssen jetzt mehr denn je daran erinnert werden, daß es die höchste Zeit ist, damit ihre Eintragung in die Wählerlisten erfolgen kann, welche vom 15. bis 30. Juli ausliegen. Denn nur derjenige ist wahlberechtigt zu den Stadtverordnetenwahlen, der sein Bürgergeld bezahlt hat und in der Wählerliste steht. Arbeiter Burgs! Vergeßt nicht, wie man euch behandelt hat, vergeßt nicht, mit welchen Mitteln die Freisinnigen euch bekämpfen. Große Aufregung hat die Ungültigkeitserklärung der Wahl unsrer beiden Genossen Blumtritt und Stollberg hervorgerufen. Gebt die richtige Antwort darauf, zeigt diesen freisinnigen Helden, wie ihr darüber denkt, damit sie endlich einmal darüber belehrt werden, daß die Zeiten ein für allemal vorüber sind, wo man die hiesige Arbeiterschaft ungestraft wie Unmündige behandeln durfte. Darum richten wir hiermit an alle, welche bis jetzt ihr Bürgerrechtsgeld noch nicht bezahlt haben, die dringende Aufforderung, dieses sofort zu tun, damit sie bei der im November stattfindenden Wahl ihre Stimme abgeben können. Ein Gedanke muß jeden Arbeiter beherrschen, nämlich der, mit den Freisinnigen gründlich abzurechnen. Dazu ist aber das Wahlrecht nötig, Arbeiter, ihr habt es in Händen. Fällt es euch auch schwer, das Opfer zu bringen, bedenkt stets, was auf dem Spiele steht. Also, ihr Hunderte, die ihr euer Bürgerrechtsgeld noch nicht bezahlt habt, noch einmal: bezahlt es sofort. Vorwärts! —

Burg, 15. Mai. (Uebeltäter in Uniform.) Gewöhnliche Sterbliche, die bisher gewohnt waren anzunehmen, daß Vergehen wider das Gesetz nur Zivilpersonen begehen, werden jetzt nicht umhin können, diese ihre bisherige Meinung ernstlich zu revidieren, und zwar auf Grund eines Vorkommnisses, das sich in der Sonnabendnacht abgespielt hat. Zwei Nachtwachbeamte unsrer lieben Stadt hatten im vorigen Jahre gemeinsam ein Stück Land in der Ihlestraße in Bewirtschaftung. Aus uns unbekannten Gründen kam es zwischen beiden — jedenfalls wegen der bewirtschafteten Parzelle — zu Differenzen. In der Nacht zum Sonntag den 13. Mai, gegen 2¾ Uhr, bemerkte nun eine im gegenüberliegenden Hause wohnende Frau, daß sich ein Mann in der Uniform der Nachtwachbeamten eifrig damit beschäftigte, die Saat und die aufgehenden Pflanzen mit den Füßen zu zertreten. Nachdem der Sicherheitsbeamte dieses Vernichtungswerk an verschiedenen Stellen gründlich vorgenommen hatte, demolierte er noch einen Teil der Einfriedigung des Grundstücks und wurde dann durch die Zurufe einer von ihm nicht bemerkten Zuschauerin, die ihrer Empörung über dieses Vorgehen Ausdruck verlieh, verscheucht. Solche Leute scheinen ja die richtigen Stützen der Ordnung zu sein! Statt Obacht zu geben, daß keine Verstöße wider das Gesetz vorkommen, zertritt ein solcher Wächter der Nacht seinem eignen Kollegen aus Bosheit die junge Saat! Was haben von einem solchen „Wächter" erst die Einwohner unsrer Stadt zu erwarten, die nicht die Beamtenqualität besitzen und die mit ihm einmal in irgend einer Weise kollidieren?

Eickendorf, 17. Mai. (Schlägerei.) Bei dem Turnvereinsvergnügen, welches am letzten Sonntag im Gasthof von Schmolt stattfand, wurden mehrere von auswärts geladene Gäste bei einer Schlägerei furchtbar zugerichtet. Diese Turnvereine spielen bei patriotischen Festlichkeiten immer eine große Rolle, wenn es aber gilt, sich zusammenzuschließen in der Organisation oder wenn es gilt, die „Volksstimme" zu abonnieren, dann verhalten sich die Mitglieder dieser Vereine ablehnend. Es ist auch hier die höchste Zeit, daß mehr Selbstbewußtsein und Solidarität unter die Arbeiter, die solchen Vereinen leider immer noch angehören, einzieht, dann würden sie sich bei derartigen Anlässen nicht mehr selbst zerfleischen. Solange solche wüsten Szenen unter Arbeitern noch vorkommen, haben die Unternehmer nichts zu fürchten. Zu bewundern war, daß der Gastwirt Schmolt niemand zur Aufrechterhaltung der Ruhe bestimmt hatte, auch die Polizei war bei der Keilerei nicht zugegen. Der Gasthof von Schmolt steht den Arbeitern zu Versammlungen nicht zur Verfügung. —

Halberstadt, 16. Mai. (Aus dem Stadtparlament.) Die Stadtverordneten-Sitzung, welche am Dienstag tagte, war trotz der reichhaltigen Tagesordnung von nur 21 Stadtverordneten besucht. Demnach zogen es 15 Stadtväter vor, sich außerhalb des Hauses aufzuhalten. Dafür war aber der Gasdirektor Zink zugegen und ließ seine Anwesenheit verraten, daß es wegen ihnen wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen würde. Hatte sich doch die Versammlung mit der Petition resp. Bittschrift des entlassenen Arbeiters Kasten zu befassen. Der Vorsitzende verlas das betreffende Schreiben, welches den Lesern der „Volksstimme" bereits bekannt ist. Der Magistrat habe ihm, dem Vorsitzenden, Mitteilung gemacht, daß nach der stattgehabten Erhebung die Entlassung des Arbeiters Kasten zu Recht erfolgt sei. Bürgermeister Dr. Gerhardt teilt der Versammlung mit, daß die Sache mit Kasten untersucht sei und daß Herr Direktor Zink bei der Entlassung ganz korrekt gehandelt habe.

Gasdirektor Zink: Kasten ist ein alter Mann von 72 Jahren und bei der bekannten Explosion mit verunglückt. Er ist damals mit 4800 Mark Entschädigung abgefunden worden. Nach seiner Genesung habe ich ihn aus kollegialischem Mitleid wieder beschäftigt, und zwar mit Hilfsarbeiten. Nach und nach habe ich ihm dann wieder den vollen Verdienst zukommen lassen ohne zu ahnen, daß ich dadurch noch in Kalamitäten geraten könnte. Ich habe im Laufe der 13 Jahre viel Klagen gegen ihn erheben müssen, die ich aber mit Rücksicht auf sein hohes Alter hier nicht vorbringen will. In meiner Abwesenheit hat er gegen die errichtete Unterstützungskasse opponiert, die sich die Arbeiter doch, selbst gegründet haben. Er hat auf dem Werk die andern Arbeiter gegen diese Einrichtung aufgewiegelt und die Disziplin beeinträchtigt. Kasten konnte sehr gut die 20 Pfg. Beitrag bezahlen, er ist ganz gut situiert. Hätte ich bei ihm eine Ausnahme gemacht, so wären andre Arbeiter ebenfalls gekommen, um sich der Verpflichtung zu entziehen. Aus diesen Gründen sah ich mich veranlaßt Kasten zu entlassen. Mich kann absolut kein Vorwurf treffen. Kasten hat seine Entlassung selbst verschuldet.

Stadtv. Gerlach: Ich glaube, daß kein einziger unter uns ist, der nach den soeben gehörten Gründen die Entlassung des Arbeiters Kasten als gerechtfertigt anerkennt. Kasten ist einer der ältesten Arbeiter des Gaswerks; seit 1870 hat er für die städtischen Interessen mitgearbeitet. Nun mit einem Male soll er die Disziplin gebrochen und die Leute aufgehetzt haben. Das klingt doch zu unwahrscheinlich. Kasten war nicht verpflichtet, 20 Pfg. wöchentlich für die Unterstützungskasse, die für ihn gar keinen Zweck hatte, zu bezahlen. Doch wird dies nicht der alleinige Grund zur Entlassung gewesen sein, sondern er ist vielmehr darin zu suchen, daß Kasten für die Beamten keinen besseren Kaffee kochen wollte, als für die Arbeiter. Oder sollte dies dem Herrn Direktor nicht bekannt sein? Vielleicht ist dies der Disziplinbruch! Die Unterstützungskasse bringt für keinen Arbeiter Vorteile, sondern nur Nachteile, indem sie ihren ohnehin schon geringen Lohn noch durch die Bezahlung der 20 Pfennig verringern. Kasten ist nicht der einzige, welcher mit der Unterstützungskasse nicht einverstanden ist, es sind noch mehrere Arbeiter, sie haben nur nicht den Mut gehabt, sich dagegen auszusprechen, weil sie Angst haben, entlassen zu werden. Ich will nun nicht an der Behauptung Zinks zweifeln, daß Kasten mit 4800 Mark abgefunden worden ist, aber ich muß doch den Worten des Arbeiters Kasten ebensoviel Glauben schenken, wie den Worten des Direktors. Kasten sagte mir, er habe 1200 Mark als Entschädigung bekommen und davon seien ihm 163 Mark für erhaltenes Krankengeld in Abzug gebracht worden. Als Kasten aus dem Krankenhaus entlassen war, wurde er mit 1 Mark pro Tag wieder in Arbeit genommen. Also diesem Manne, der im städtischen Betrieb sehr schwer verunglückt war, bietet man nachher 1 Mark Tagelohn an. Das kennzeichnet voll und ganz den städtischen Betrieb. Die Behandlung der Arbeiter durch die Beamten ist geradezu unerhört. Es herrscht auf der Gasanstalt ein Zarenregiment. Wenn die Arbeiter sich einmal erdreisten würden derartig provokatorisch aufzutreten, dann möchte ich einmal hören, wie Sie sich darüber entrüsten würden. Den Direktor Zink läßt man aber schalten und walten wie es ihm beliebt. Mit der Wohlfahrtseinrichtung, die Sie im Jahre 1902 geschaffen haben, glaubten Sie Wunder was zu tun; welchen Wert dieselbe hat, beweist der Fall Kasten am allerbesten. Dieser Mann hat nach den Bestimmungen kein Anrecht an die Wohlfahrtseinrichtung, weil er so nachlässig war, erst mit dem 45. Lebensjahr in städtische Dienste zu treten. Jedenfalls ist aber, entweder vom Magistrat oder von Zink, ein unverzeihlicher Fehler gemacht worden, sonst könnte solch ein alter Mann von den Wohlfahrtseinrichtungen nicht ausgeschlossen sein. Die Wohlfahrtseinrichtungen sind wertlos, solange sie in den Händen einzelner liegen, die darüber verfügen können wie sie wollen. Der Direktor Zink ist kaum von seiner Erholungsreise zurückgekehrt und die erste Tat, die er vollbrachte, war die Entlassung des Kasten, der 36 Jahre auf der Gasanstalt treu und fleißig gearbeitet hatte. Wer weiß, was ihm seine Schergen auf der Gasanstalt berichtet haben? Die Entlassung ist wieder eine ganz eigenmächtige Handlung von Zink, die die schärfste Kritik herausfordern muß. Wir können uns unmöglich länger derartige Vorgänge gefallen lassen, dagegen müssen wir als Vertreter der Stadt entschieden Verwahrung einlegen. Solche Zustände dürfen wir nicht mehr dulden, oder wir schreiben über den Eingang der Gasanstalt: „Hier herrschen russische Zustände!" Nun müssen wir hören, daß die Entlassung Kastens genehmigt ist. Es wäre Pflicht gewesen, daß der Magistrat und der Verwaltungsrat sich eingehend mit der Sache befaßt und Zinks Handlungsweise einer Kritik unterzogen hätten. Wenn dies im Verwaltungsrat ebenfalls nicht geschehen ist, so hat er seine Schuldigkeit nicht getan. Der Fehler kann aber wieder gutgemacht werden. Die Autorität würde keineswegs darunter leiden.

Es macht auf die Bürgerschaft einen ganz schlechten Eindruck, wenn ein älterer Arbeiter so ohne weiteres und mit solch nichtigen Gründen auf das Straßenpflaster geworfen wird. Derartiges passiert in keinem Privatgeschäft. Ich beantrage, dem Arbeiter Kasten die volle Pension als Ruhegeld zu geben. Bei der Berechnung der Pension soll das zuletzt bezogene Höchstgehalt des Kasten zugrunde gelegt werden. Den Magistrat bitte ich, diesem Antrage gleichfalls mit beizutreten. Ich hoffe, daß auch noch mehr Stadtverordnete hierzu das Wort ergreifen.

Erster Bürgermeister Dr. Gerhardt: Herr Gerlach wird sich schon daran gewöhnen müssen, daß der Magistrat seine Sachen so erledigt, wie er es für richtig hält. Mit Herrn Gerlach werden wir in solchen Fällen nie übereinstimmen, weil seine Anschauungen ganz andre sind als die unsrigen. Es ist aber unverantwortlich von ihm, wenn er dem Magistrat und dem Verwaltungsrat Pflichtvergessenheit nachsagt. Ferner sprach er von Schergen auf der Gasanstalt. Dieser Ausdruck ist unqualifizierbar. Wenn wir dem Herrn Direktor Zink Glauben schenkten, so haben wir volle Veranlassung dazu, weil er ein tüchtiger Beamter ist. Kasten hat aber Gerlach falsche Angaben gemacht, er hat nicht 1200 Mark, sondern 4800 Mark erhalten, wie ich laut Quittung nachweisen kann. Kasten war verpflichtet, der Kasse anzugehören, nachdem sie auch von uns sanktioniert war. Wer sich den Anordnungen nicht fügt und Arbeiter aufwiegelt, muß entlassen werden. Anders läßt sich die Disziplin nicht aufrechterhalten. Bei der Handlungsweise, der Kasten sich schuldig gemacht hat, kann gar keine Rede davon sein, ihm Pension zu geben; das wäre frevelhaft. Der Stadtv. Gerlach macht uns den Vorwurf, daß wir die Sache nicht richtig untersucht haben. Dabei können wir ihm den Beweis erbringen, daß seine Ausführungen auf falschen Informationen beruhen. Wäre Gerlach zu mir gekommen, ich hätte ihm gern Aufklärung gegeben. Ich weiß, daß ein Stadtverordneter sehr leicht unrichtigen Angaben zum Opfer fallen kann.

Gasdirektor Zink: Die Ausführungen Gerlachs zerfallen in Anklagen gegen die städtischen Behörden und gegen mich. An persönliche Angriffe habe ich mich in letzter Zeit gewöhnt. Der Arbeiterausschuß hat einstimmig die Entlassung Kastens gebilligt. Er hätte schon längst entlassen werden müssen, aber mit Rücksicht auf sein Alter ist dies nicht geschehen. Meister Wendemuth hat ihn ermahnt, er hat nicht gehört. Auch ich habe vor meiner Abreise Kasten eindringlich ermahnt, es hat aber nichts genützt. Herr Gerlach regt sich über die Sache sehr auf, mir geht es auch so, aber ich will mich mäßigen und nicht so scharf erwidern. Eine Pensionierung kann nicht stattfinden. Ich will aber Herrn Gerlach noch sagen, daß mir der Arbeiterausschuß maßgebender ist als er. Erinnern will ich ihn an die Entlassung der sechs „Vorwärts"-Redakteure. War diese Entlassung etwa gerechtfertigt? Diese Entlassung erfolgte, weil die Redakteure ihren Lesern die geistige Kost nicht versäuern wollten.

Stadtv. Justizrat Fromme: Die maßlosen Angriffe Gerlachs gehen entschieden zu weit und sind in richtiger Weise vom Herrn Ersten Bürgermeister Dr. Gerhardt zurückgewiesen. Ich habe nur das Wort ergriffen, damit es nicht heißt: Gerlachs Ausführungen sind von den Stadtverordneten nicht beantwortet worden. Dies könnte leicht den Anschein erwecken, als ob das Kollegium das Vorgehen Gerlachs billige. Gerlach bildet sich doch wohl etwa nicht ein, uns von seiner Meinung überzeugen zu können. Es sind nur Reden zum Fenster hinaus, die mehr für die Genossen gelten. Hiergegen müssen wir protestieren, das kann so nicht weiter gehen. Wir können unser Vertrauen nicht besser dem Direktor aussprechen, als dadurch, daß wir den Antrag Gerlach ablehnen. (Rufe: Schluß! Schluß!) Der Vorsitzende will über den Schluß abstimmen lassen. Gerlach protestiert dagegen, er habe sich vorher gemeldet. Wenn der Vorsitzende dies übersehen habe, so sei das nicht seine Sache.

Hierauf erhält Gerlach das Wort: Was Fromme sagt, ist nichts Neues, das hat schon einmal der Stadtv. Lindemann gesagt, deswegen gehe ich darauf nicht ein. Eigentümlich ist es aber, daß keiner auf den Beamtenkaffee eingegangen ist, also muß es doch wahr sein. Daß die Sache mit Kasten nicht richtig untersucht ist, geht wohl schon aus der Aussage des Stadtv. Maak hervor, indem er mir auf Befragen antwortete: dann können wir die Woche zweimal Sitzung haben. (Maak, der Mitglied des Verwaltungsrats ist, ruft: Ich habe gar nicht gewußt, daß Kasten entlassen ist.) Gerlach: Sollte in bezug auf die Abfindungssumme ein Irrtum vorliegen, so ist das Kastens Alter zugute zu rechnen. Mir hat er nur Mitteilung gemacht über die 1200 Mark. Sie, meine Herren, haben gewiß schon mehr gelernt. Die Auslassungen Zinks über die sechs „Vorwärts"-Redakteure waren wohl hier nicht ganz am Platze; solche Sachen kann man wohl im Reichstage zur Sprache bringen, aber nicht in einem Stadtparlament. Aber Zink gefällt sich selbst in solchen Sachen. Meinen Antrag halte ich aufrecht. Die Entlassung Kastens ist erfolgt, weil Helmholz dem Direktor bei seiner Rückkehr sofort über Kasten erzählt hat und darauf ist ohne weiteres die Entlassung erfolgt. Wollen Sie Gerechtigkeit walten lassen, dann nehmen Sie meinen Antrag an.

Bürgermeister Dr. Gerhardt: Auf die Kaffeefrage bin ich nicht eingegangen, weil ich sie nicht für Ernst genommen habe. Im übrigen nimmt Herr Gerlach bei seinen letzten Ausführungen denselben Standpunkt ein wie eingangs seiner Rede. Direktor Zink: Daß auf der Gasanstalt zweierlei Kaffee gekocht wird, habe ich jetzt erst von Herrn Gerlach gehört, vorher habe ich das nicht gewußt. Vorsitzender: Nun ist aber genug geredet. Ich bedaure, daß die Diskussion über die Entlassung des Arbeiters Kasten so lange Zeit in Anspruch genommen hat.

Hierauf gelangt der Antrag Gerlach zur Abstimmung. Derselbe wird mit allen gegen die beiden Stimmen Dr. Crohns und Gerlachs abgelehnt. Somit ist auch Kastens Schicksal besiegelt. — Der Bericht über die weiteren Debatten erfolgt morgen. —

Halberstadt, 17. Mai. (Versammlung.) Parteigenossen! Heute abend findet bei Max Bollmann eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Es ist eure Pflicht zu erscheinen, um mit zu diskutieren über politische Tagesfragen. —

Halberstadt, 17. Mai. (Großer Schaden) ist durch das gestrige Unwetter in der Umgegend angerichtet worden. Viele Felder müssen nochmals bestellt werden. Fast in jedem Dorfe sind Gehöfte beschädigt. In Börnecke erschlug der Blitz zwei Mädchen. —

Harsleben, 17. Mai. (Irrfahrten eines Blitzes.) Am gestrigen Tage zog ein schweres Gewitter mit Hagelschlag über unser Dorf, wobei der Blitz zweimal einschlug. Einmal in eine Scheune und einmal in das Wohnhaus der Witwe D. Hier fuhr der Blitz am Schornstein entlang in das Dach, zertrümmerte einige Ziegel und einen großen Steintopf, fuhr dann durch die Decke einer Kammer und von dort durch einen Riegel über dem Fenster an einem Telephondraht entlang in die Erde. Beide Blitze zündeten nicht. —

Oschersleben, 17. Mai. (Gegen die Cholera.) Von den Landräten werden die Polizeibehörden auf die gesundheitlichen Gefahren, die der einheimischen Bevölkerung durch die russischen Saisonarbeiter drohen, aufmerksam gemacht. Namentlich erscheint die Einschleppung der Cholera durchaus nicht ausgeschlossen, wenn auch von einem Wiederausbruch dieser Krankheit in Rußland zurzeit nichts bekannt ist. Die Arbeitgeber haben jede unter den Saisonarbeitern ausbrechende Krankheit zu melden und die erkrankte Person abzusondern. Gegen Zuwiderhandelnde sollen die Polizeibehörden nachdrücklich vorgehen und auf gerichtliche Bestrafung hinwirken. — Solange die Herren Rittergutsbesitzer die Polizeigewalt auf ihren Gütern selbst in Händen haben, wird die Suppe nicht so heiß gegessen werden, wie sie die Aufsichtsbehörden hier auftischen. —

Quedlinburg, 17. Mai. (Kartellsitzung) am 10. Mai. Anwesend waren 9 Delegierte, entschuldigt waren je 1 Delegierter der Steinsetzer, Buchdrucker und Handels- und Transportarbeiter, unentschuldigt fehlten je 1 Delegierter der Zimmerer, Metallarbeiter, Maler, Gärtner, Dachdecker und Bauarbeiter. Als stellvertretender Vorsitzender wurde der Genosse Gotsch gewählt. Die Wahl eines Mitgliedes der Arbeiterschutzkommission fiel auf den Genossen Schulze. Die Abrechnung vom 1. Quartal dieses Jahres ergab einen Kassenbestand von 34.58 Mk. Dann wurden die Verhältnisse in den hiesigen Krankenkassen besprochen. Beim Punkt Lohnbewegungen berichtete der Delegierte der Töpfer, daß die Lohnbewegung erfolgreich beendigt sei und daß ein Tarif mit den Unternehmern vereinbart ist. Der Delegierte der Holzarbeiter teilte mit, daß in den meisten größeren Betrieben die Löhne der Tischler erhöht sind. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter erstatteten Bericht über die den Unternehmern eingereichten Lohnforderungen. Eine lebhafte Diskussion entspann sich über die von den Metallindustriellen angedrohte Aussperrung. Folgende Broschüren sollen vom Kartell angeschafft werden: Aerzte und Krankenkassen von Gräf, Internationaler Gewerkschaftsbericht, Arbeiter- und Kaufmannskammern. —

Quedlinburg, 17. Mai. (Austritt aus der Kirche.) In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung im Restaurant Vorwärts sprach am Montag abend Herr Dr. Kramer aus Magdeburg über das neue Schulgesetz und den Austritt aus der Landeskirche. Redner wies in einem 1½stündigen Vortrag treffend nach, wie schädlich schon heute das Pfaffentum den Unterricht in den Schulen beeinflusse und in wieviel höherem Maße dieses nach Annahme des neuen Schulgesetzentwurfs der Fall sein werde; er forderte alle freiheitlich gesinnten Leute auf, gegen solche Zustände zu protestieren und betonte, daß ein derartiger Protest nur wirkungsvoll sein könne, wenn recht viele ihren Austritt aus der Landeskirche erklärten. In der darauffolgenden Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Referenten. Von den Anwesenden erklärten zirka 50 ihren Austritt aus der Kirche, so daß mit den bereits vorher gesammelten Unterschriften die Zahl der Ausscheidenden 80 beträgt. —

Salzwedel, 17. Mai. (Noble Agrarier.) Im Dorfe Mehmke wurde am 11. und 12. Mai eine große Bauernhochzeit abgehalten, an der über 400 Gäste teilnahmen. Zwei prachtvoll dekorierte große Zelte waren auf dem Hofe aufgestellt. Der Hochzeitszug umfaßte mehr als zwanzig Wagen. Bei der Tafel wurde auch der Armen und Gebrechlichen gedacht und für die Anstalt der Krüppelkinder in Cracau gesammelt. Die mitleidigen 400 Seelen, unter denen sich doch sicher nicht gerade die Aermsten der Bauern befanden, brachten die schwindelhaft hohe Summe von 25 Mark und 52 Pfennige auf. Macht pro Kopf 6 Pfennige. Da sind wir besitzlosen Sozi denn doch bessere Menschen. —

Schnarsleben, 16. Mai. (Gemeindevertreter-Sitzung.) In der am 15. Mai stattgefundenen Gemeindevertreter-Sitzung wurden zunächst die neu gewählten Vertreter vom Amtsvorsteher eingeführt und durch Handschlag verpflichtet. Die Jahresabrechnung für 1905 weist eine Einnahme von 17 166,82 Mark und eine Ausgabe von 17 137,41 Mark auf. Darunter befinden sich auch die 61,50 Mark, welche zur Silberhochzeit des Kaiserpaares aus der Gemeindekasse verausgabt sind. Es ist also ein Ueberschuß von 29,41 Mark vorhanden. Die Ausbesserung des Pflasters hinter Buhts Garten und des Hohlenweges wurde beschlossen. Die Hamstervertilgung wird mit dem 1. Juni beginnen. Im Jahre 1905 wurden vom 1. Juni bis 1. Oktober für 1002 abgelieferte Hamster 44,18 Mark als Fanggelder verausgabt. Für jeden großen Hamster sollen in diesem Jahre 5 Pfg., für jeden kleinen 3 Pfg. bezahlt werden. Die Verpachtung des Busches als Weide für 15 Mark an den Schäfer Jürgens wird beschlossen. Der Amtsvorsteher gibt zum Schluß ein Schreiben der Kreisbehörde bekannt, in dem die Vertreter ersucht werden, darein zu willigen, daß die Gelder der Fleischschaukasse von jetzt an der zentralisierten Fleischschaukasse des Kreises zugeführt werden sollen. Dem wird zugestimmt, weil die Gemeinde laut Gesetz das Geld doch nicht für sich verwenden darf. —

Staßfurt, 16. Mai. (Ein Schadenfeuer) brach am Dienstag abend im Stallgebäude eines Hauses in der Reitbahn aus und richtete erheblichen Schaden an. In dem Gebäude bewahrten die Hausbewohner Winterkleidung, überschüssige Betten u. dergl. auf. Alles ist verbrannt, auch ein neues Fahrrad. Der Feuerwehr gelang es, den Brand auf dieses Gebäude zu beschränken. —

— (Erdbewegungen.) Der große Markt hat sich bereits so sehr gesenkt, daß die Gosse vor dem Rathaus und dem Hedermannschen Hause das Wasser nicht mehr abführt, weil sie das Gefälle verloren hat. Die Straße nach dem Holzmarkt wird deshalb niedriger gelegt. Das Aussehen der Johanniskirche wird immer kritischer. Die Erdbewegungen schreiten langsam aber unaufhörlich vor. Sie vollziehen sich jetzt ganz in der Stille. Seit langer Zeit schon vernimmt man nichts mehr von unterirdischem Getöse. Der Zerstörungsprozeß geht geräuschlos, aber mit nicht geringerer Gründlichkeit vor sich. —

— (Verbrecher verhaftet.) Am Dienstag vormittag hat ein Mann ein achtjähriges Mädchen in der Nähe des Parforce-Hauses bei Bernburg ermordet (vermutlich Lustmord). Es gelang dem Verbrecher, zu entfliehen, jedoch schon abends ½6 Uhr wurde er auf dem hiesigen Bahnhofe verhaftet. Polizeibeamte holten ihn aus einem Wagen des von Güsten eingetroffenen Zuges, wo er sich im Abort verborgen hatte. —

Staßfurt, 16. Mai. (Der Polizei-Inspektor Ring hat um seine Pensionierung nachgesucht. Man wird ihn mit Bedauern aus seinem Amte scheiden sehen. —

Stendal, 17. Mai. (Genickstarre.) Hier erkrankte ein junger Mann aus Wittenmoor an Genickstarre. Die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln gegen eine weitere Ausbreitung der Krankheit sind getroffen worden. —

Vereine und Versammlungen.

Städtische Arbeiter.

Die Mitgliederversammlung wurde am 12. Mai bei Lüchtefeld abgehalten. Den Kartellbericht erstattet der Delegierte P. Einem erkrankten Mitglied werden 30 Mark Unterstützung bewilligt. Von dem Ausschluß zweier Kollegen nimmt die Versammlung nach dem Vorschlag des Vorstandes Abstand. Für die Wilhelmstadt wurde ein Hilfskassierer gewählt. Für Buckau sollen wegen des Einkassierens der Beiträge in der nächsten Versammlung auch Aenderungen getroffen werden. Ueber den mangelhaften Besuch der Betriebsbesprechungen wird lebhaft Klage geführt. Große Heiterkeit erweckte die Mitteilung, daß ein ehemaliges Mitglied unsrer Organisation unter den Laternenwärtern einen christlichen Verein gründen wolle. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Jedosch wird in der üblichen Weise geehrt. Das Stiftungsfest findet am 19. Mai im „Luisenpark" statt. Programme sind bei den Hilfskassierern zu haben. —

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17,00—22,00 Speisebohnen (weiße) 21,00—38,00. Linsen 24,00—60,00. Eßkartoffeln 4,50—5,00. Richtstroh 4,50—5,50. Krummstroh 3,50 bis 4,00. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,97—1,08, von der Keule 1,50—1,70. Bauchfleisch 1,30—1,40, Schweinefleisch 1,60—1,80, Kalbfleisch 1,40—1,60, Hammelfleisch 1,30—1,50. Speck (geräuchert) 1,60—1,80. Eßbutter 2,40 bis 2,70. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,80—3,40. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	14. Mai	+ 0.11	15. Mai	+ 0.10	0.01	—
Laun	„	— 0.13	„	— 0.15	0.02	—
Budweis	„	+ 0.20	„	+ 0.28	—	0.08
Prag	„	—	„	—	—	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	15. Mai	+ 1.35	14. Mai	+ 1.40	—	0.05
Weißenfels Untp.	„	+ 0.38	„	+ 1.50	—	0.12
Trotha	„	+ 1.84	„	+ 1.88	—	0.04
Alsleben	„	+ 1.54	„	+ 1.60	—	0.06
Bernburg	„	+ 1.15	„	+ 0.20	—	0.05
Calbe Oberpegel	„	+ 1.56	„	+ 1.56	—	—
Calbe Unterpegel	„	+ 0.82	„	+ 0.78	—	—
Mulde.						
Dessau Muldenbrücke	15. Mai	+ 0.18	16. Mai	+ 0.34	—	0.16
Elbe.						
Pardubitz	14. Mai	+ 0.07	15. Mai	+ 0.14	—	0.07
Brandeis	„	+ 0.23	„	+ 0.22	0.01	—
Melnik	„	— 0.06	„	— 0.10	0.04	—
Leitmeritz	„	— 0.09	„	— 0.09	—	—
Aussig	15. „	+ 0.18	16. „	+ 0.23	—	0.05
Dresden	„	— 1.23	„	— 1.25	0.02	—
Torgau	„	+ 0.83	„	+ 0.83	—	—
Wittenberg	„	+ 1.69	„	+ 1.65	0.04	—
Roßlau	„	+ 1.07	„	+ 1.04	0.03	—
Barby	„	+ 1.30	„	+ 1.30	—	—
Schönebeck	„	+ 1.25	„	+ 1.23	0.02	—
Magdeburg	16. „	+ 1.23	17. „	+ 1.30	—	0.07
Tangermünde	15. „	+ 1.95	16. „	+ 1.92	0.03	—
Wittenberge	„	+ 1.80	„	+ 1.76	0.04	—
Broda-Dömitz	„	+ 1.21	„	+ 1.18	0.03	—
Lauenburg	„	+ 1.32	„	+ 1.30	0.02	—

Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter
Verwaltung Magdeburg.
Bureau: Knochenhauerufer 27/28. Fernsprecher Nr. 404.

Versammlungen finden statt:

Bezirk Neue Neustadt
Sonnabend den 19. Mai, abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Paul Küster, Fabrikenstr. 5/6.
Tages-Ordnung:
1. Die Klassenkämpfe der Gegenwart. Referent: Parteisekretär Genosse Frd. Holzapfel.
2. Verbandsangelegenheiten und Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz.
3. Verschiedenes.

Bezirk Alte Neustadt
Sonntag den 20. Mai, vormittags 11 Uhr bei Herrn Wilh. Lackenmacher, Ottenbergstraße 13.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent: Kollege Otto Frenzel.
2. Verbandsangelegenheiten und Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz.
3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich in den Versammlungen zu erscheinen.
3759 **Die Verwaltung.**

Salbke, Fermersleben, Westerhüsen.
Sonnabend den 19. Mai 1906, abends 8½ Uhr
Versammlung sämtl. Holzarbeiter bei Fr. Köbel in Salbke.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Eventuell Wahl eines Bezirksleiters. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
Werte Kollegen! Diese Versammlung soll dazu beitragen, die elende lange Arbeitszeit und schlechte Entlohnung in diesen Orten zu verbessern. Auch in den Fabriken steht uns noch ein Teil fern, der auch verpflichtet ist, hier zu erscheinen. Gemeinsame Arbeit zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen muß unsre Parole sein. Niemand fehle deshalb.
Die Verwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Konsumverein Barleben
G. m. b. H. zu Barleben.
Sonnabend den 26. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause
Außerordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die Erbauung einer Bäckerei.
2. Statutänderung. Antrag: Erhöhung des Guthabens von 20 auf 30 Mk. Bekanntmachungen nur in einer Zeitung.
3. Verschiedenes.
1638
Der Aufsichtsrat. Friedr. Michaelis.

Sozialdemokrat. Verein für Magdeburg
und Umgegend
Bezirksversammlungen finden statt:
Montag den 21. Mai 1906
Bezirk Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle"
Bezirk Buckau im „Thalia"-Saal, Dorotheenstr.
Dienstag den 22. Mai 1906
Bezirk Magdeb.-Süd bei Lüchtefeld, Knochenhauerufer 27-28
Bezirk Magdeburg-Nord bei Böhme, Kl. Klosterstrasse 15-16
Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark"
Bezirk Neue Neustadt im „Weissen Hirsch"
Bezirk Alte Neustadt in der „Krone", Moldenstr.

Gewerkschaftskartell Burg.
Freitag den 18. Mai 1906
Sitzung.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Maifeier und ihre Folgen. 3968
2. Bericht der Kommission über Errichtung einer Familien-Krankenkasse.
3. Beschluß über ein zu arrangierendes Gewerkschaftsfest usw.
Der Vorstand.

Billige Stiefel
nur Altes Brücktor 2

Deutscher Metallarb.-Verband
506 **Verwaltung Magdeburg.**
Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28.
Versammlungen finden statt:
Sonnabend den 19. Mai, abends 8½ Uhr
Bezirk Lemsdorf im Lokale von Julius Cäsar.
Tagesordnung:
1. Die Ausstellung für Arbeiterschutz in Charlottenburg und Verwandtes. Referent: Kollege C. Hoffmann.
Bezirk Magdeburg in der „Bürgerhalle", Knochenhauerufer 27/28.
Tagesordnung:
1. Die Ausstellung für Arbeiterschutz in Charlottenburg und Verwandtes. Referent: Kollege W. Großkopf.
Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark", Spielgartenstr.
Tagesordnung: Vortrag des Redakteurs E. Wittmaack.
Weitere Tagesordnung in allen Versammlungen:
2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Donnerstag den 24. Mai, am sog. Himmelfahrtstag, findet ein Ausflug der Kollegen und ihrer Familienangehörigen über Cracau, Prester, Randau, Grünewalde nach dem „Stadtpark" in Schönebeck statt. Abmarsch morgens 6 Uhr von der Eisenbahnbrücke in der Friedrichstadt. Näheres geben wir noch in der „Volksstimme" bekannt.
Die Verwaltung.

Frohse Frohse
Am Sonntag den 20. Mai, nachmittags 3 Uhr im „Ratskeller" (Gastwirt Franz)
Oeffentl. Versammlung.
Tagesordnung:
Das neue Schulgesetz und der Austritt aus der Landeskirche.
Referent Herr **Dr. Kramer**-Magdeburg.
Herr Pastor Bauernfeind ist zu dieser Versammlung eingeladen.
3964 **Der Einberufer.**

Gr.-Ottersleben
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Unser Bezirksvergnügen
zur Feier des 10jährigen Bestehens der Organisation in Ottersleben und Benneckenbeck findet am Sonnabend den 19. Mai, abends von 8 Uhr an, im Lokale von Fr. Strumpf statt, bestehend in Ball, ernsten und heiteren Darbietungen.
Die Festrede hält Kollege Aug. Flügge.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Verwaltung.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 114. Magdeburg, Freitag den 18. Mai 1906. 17. Jahrgang.

Die Kammerfrau der Prinzessin.

Vor dem Schöffengericht zu Dresden gelangte am Montag ein Teil des „Falles Milewska" zur Erörterung, der in Form eines großen Diebstahlprozesses und mehrerer Privatbeleidigungsklagen bekanntlich schon seit Jahren die deutschen Gerichte beschäftigt. Diesmal handelte es sich um die Beleidigungsklage, die das bekannte Fräulein Milewska, die ehemalige Kammerfrau der Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein, einer Tante der deutschen Kaiserin, gegen den Kammerherrn v. Blumenthal aus Niederlößnitz bei Dresden angestrengt hat. Herr v. Blumenthal hatte seinerzeit in Kairo die Verhaftung des Fräulein Milewska erwirkt und soll dabei nach deren Angaben der ägyptischen Behörde erklärt haben, er handle im Auftrage des deutschen Kaisers, die Milewska sei das Haupt einer anarchistischen Bande, die dem Khedive nach dem Leben trachte, und habe Diebstähle und Unterschlagungen begangen. Durch diese Aeußerungen fühlte sich Fräulein Milewska beleidigt. Der Beklagte erklärte, er wolle volle Klarheit und habe nichts zu verbergen. — Vors.: Haben Sie von dem Kaiser eine Anweisung erhalten, Fräulein Milewska zu verhaften? — Bekl.: Nein. Ich bitte, mir im Zusammenhang das Wort zu gestatten. — Vors.: Bitte sehr. — v. Blumenthal: Ich schicke voraus, daß ich gar keine Beziehungen zur Hofhaltung des Herzogs Ernst Günther hatte, sondern, daß ich dem Hofe des Kaisers angehöre. — Vors.: Auch jetzt noch? — Bekl.: Jawohl (fortfahrend): In der zweiten Hälfte des Juni 1901 wurde mir in Berlin durch das Oberhofmarschallamt ein allerhöchster Auftrag übermittelt, mich zur Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein zu begeben. Die Prinzessin befand sich damals in Malta und ich wußte, daß sie demnächst nach Kairo abreisen würde. Unmittelbar an demselben Tage, an dem ich das erste Wort von der ganzen Sache hörte, reiste Se. Majestät nach England ab. Es bestand also gar nicht die Möglichkeit, mich noch bei dem Kaiser zu melden. Es ist nun wohl auch bekannt, daß fürstliche Personen in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis vom Chef ihres Hauses stehen. Prinzeß Amalie war keine preußische Prinzessin, sondern eine Prinzeß von Holstein und demzufolge stand ein Eingreifen in ihre Verhältnisse nicht dem Kaiser, sondern dem Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein zu. Ich wurde von dem Kaiser lediglich für die Mission im allgemeinen beauftragt und gleichzeitig angewiesen, mich zum Herzog Ernst Günther zu begeben. Ich bin also gewissermaßen von dem Kaiser dem Herzog Ernst Günther überwiesen worden. Ich glaubte diese Sache klarstellen zu sollen, da die Klägerin sich auf das Zeugnis des Kaisers beruft.

Ich begab mich zunächst zu dem Herzog nach Primkenau und erfuhr dort die Situation. Von Algier waren an die herzogliche Familie sehr bedauerliche und befremdliche Mitteilungen gelangt, die unmöglich brieflicher Klatsch sein konnten. Sie wurden in der Folge auch vom kaiserlichen Generalkonsul in Algier bestätigt. Diese Mitteilungen gingen dahin, daß die Prinzeß augenscheinlich eine Begleiterin bei sich habe, die nicht das sei, als was sie sich ausgebe. Die Betreffende nenne sich Hofdame, gebe sich als Gräfin Michalowska aus, als die Tochter eines russisch-polnischen Edelmanns und als Schwägerin eines der reichsten Berliner Bankiers. Es wurde weiter berichtet, daß diese Begleiterin die Prinzessin auf das höchste dadurch kompromittiere, daß sie überall erzähle, die Prinzeß sei absolut mittellos, während sie, die Begleiterin, reich sei und sich der Prinzessin aus Mitleid angeschlossen habe. Außerdem wurde mitgeteilt, daß die Begleiterin der Prinzeß gegenüber in Gegenwart dritter hochfahrend und brüstend aufgetreten sei, was das peinlichste Aufsehen erregt habe. Jeder Unbefangene mußte nach diesen vom Generalkonsul bestätigten Mitteilungen annehmen, daß die Kriterien der Hochstapelei gegeben waren. Später wurde noch bekannt, daß die Klägerin sämtliche Zahlungen, die die Prinzessin erhielt, sofort an sich nahm, da sie die Kasse führte. Wenn man nun weiß, wie eine Prinzeß, und noch dazu eine 73 Jahre alte kränkliche Dame, auf Bedienung angewiesen ist, noch dazu auf Reisen, so kann man sich vorstellen, in welche Abhängigkeit von Fräulein Milewska die Prinzessin geraten war. Man wußte in der herzoglichen Familie erst nicht, wer diese Gräfin sein konnte, bis schließlich sie jemand in Algier erkannte und das nach Berlin berichtete. Man war durchaus nicht weniger besorgt, als man erfuhr, daß es Fräulein Milewska sei, denn Fräulein Milewska hatte als Kammerjungfer den denkbar ungünstigsten Eindruck hinterlassen. Auch in pekuniärer Hinsicht mußte man für die Prinzeß recht besorgt sein. Sie besaß eine recht bescheidene Apanage. Mit dieser Apanage war die Prinzeß früher regelmäßig ausgekommen. Jetzt war es klar, wie es kam, daß die Prinzessin einen großen Aufwand machte. Und Befürchtungen bestanden noch nach einer andern Richtung. Die Prinzeß hatte ihren ganzen Schmuck mit. Wenn auch einzelne Schmucksachen keinen besonderen Wert repräsentierten, so befand sich darunter doch auch ein Perlenkollier, das von der Königin von Dänemark herrührte und nach den mir gewordenen Mitteilungen von ganz besonderem Wert sein mußte. Wenn die unechten Perlen, die ich nachher in Kairo vorfand, echt gewesen waren, so war das Kollier auch ungeheuer wertvoll gewesen.

In Algier war es schließlich so weit gekommen, daß die Familien, mit denen die Prinzeß verkehrte, den Verkehr abbrachen. Der deutsche Generalkonsul tat sein möglichstes, um eine Trennung der Prinzeß von Fräulein Milewska zu ermöglichen. Es scheiterte an der willenlos der Klägerin ergebenen alten Prinzeß. Als dem Fräulein Milewska in Algier der Boden zu heiß wurde, begab sie sich mit der Prinzeß nach Malta. In Malta begann genau dasselbe Spiel mit den Erfindungen. Auch dort gab sich der Konsul die größte Mühe, die beiden auseinander zu bringen, aber es gelang ihm nicht. Nun sollte ich mich zur Prinzessin begeben, um dem unwürdigen Zustand ein Ende zu machen. Wenn aber die Art meines Vorgehens natürlich auch übertrieben sein mußte, so waren der Herzog und ich doch darin einer Meinung, daß nach den resultatlosen Versuchen der Konsuln eine Trennung nicht zu erreichen sein würde ohne die Hilfe der lokalen Polizeibehörden. Ich reiste dann nach Kairo ab. Vor der Reise erfuhr ich noch Näheres über die Angaben des Fräulein Milewska, ihr Vermögen betreffend. Von ihren Eltern hat Fräulein Milewska kein Vermögen bekommen, und von ihren Verwandten in Charlottenburg ließ ich durch die Polizei feststellen, daß sie selbst außer kleinen Ersparnissen nichts haben könne.

Was ich nun in Kairo getan habe, hätte jeder an meiner Stelle auch getan, dem das Schicksal einer dreiundsiebzigjährigen alten Dame ans Herz gelegt war. Ich habe durch den deutschen Vertreter den ägyptischen Behörden einfach die Situation schildern lassen. Die ägyptische Polizei schritt ein und verwies Fräulein Milewska zwangsweise des Landes. Erst seit etwa Jahr und Tag hat es der Klägerin gefallen, die Behauptung aufzustellen, ich hätte sie als Anarchistin bezeichnet und auf Fragen an Gerichtsstelle die Antwort darauf verweigert. Ich bin nie danach gefragt worden und konnte deshalb auch nie die Antwort verweigern. Wenn ich früher überhaupt meine Aussage über eine ganz andre Sache einmal verweigerte, so geschah es, um nicht noch andre Personen der Gefahr auszusetzen, in den Zeitungen verunglimpft zu werden. Fräulein Milewska ist auf den Gedanken, ich hätte sie als Anarchistin bezeichnet, vielleicht dadurch gekommen, daß damals in Kairo das Gerücht umging, sie sei als politisch verdächtig ausgewiesen. Dieses Gerücht war auch mir zu Ohren gekommen, wurde aber immer sofort dementiert. Was die Ausführung der Verhaftung anlangt, so behauptet die Klägerin, sie sei wochenlang in einem ungesunden ägyptischen Gefängnis gefangen gehalten worden und habe an ihrer Gesundheit schweren Schaden gelitten. Die Klägerin ist nicht eine Stunde in einem ägyptischen Gefängnis gewesen, sondern sie bewohnte ein Zimmer im Gouvernementsgebäude. In Port Said wohnte sie im feinsten Hotel. Die Klägerin behauptet ferner, sie habe körperliche Mißhandlungen erdulden müssen, sie sei gefesselt, geschlagen und gestoßen worden. Nach den von mir eingezogenen Erkundigungen ist sie mit der denkbar größten Vorsicht behandelt worden.

Ich komme zu dem Schluß, daß alle von der Klägerin aufgestellten Behauptungen bewußte Unwahrheiten und Erfindungen sind. Die Klage gegen mich läßt sich nur aus der Lust verstehen, um jeden Preis Sensation zu erregen. Die unglaublichsten Erklärungen hat sie für die bei ihr vorgefundene größere Geldsumme gegeben. Schweigegeld soll es sein von irgend einer hochgestellten Persönlichkeit! Nach meiner Ansicht ist es einfach die Kasse der Prinzeß.

Ich kann mir erklären, daß allen Beteiligten daran liegt, daß die Wahrheit bekannt wird, und ich sehe nur eine Persönlichkeit in diesem Saale, die ein Interesse daran hat, daß die Wahrheit nicht bekannt wird. Und das ist die Klägerin!

Klägerin Milewska erklärte kurz, daß sie infolge der Mißhandlungen durch die Araber schwer erkrankt sei und sich einer Nierenoperation habe unterziehen müssen. Im übrigen glaube sie nicht, von ägyptischen Polizeibeamten verhaftet zu sein, sondern von arabischen Häschern, die der Beklagte gedungen habe. (!) Das habe der Herzog Ernst Günther ja selbst zugegeben. — Bekl.: Dann bitte ich den Herzog darüber zu vernehmen. — R.-A. Graefe: Mir hat der Herzog gesagt: Für die Vorfälle in Kairo bin ich nicht verantwortlich. Das merkwürdigste ist für mich übrigens, daß Fräulein Milewska, obwohl sie in die Matrikel des deutschen Konsuls eingetragen war, nach zwei Tagen von den ägyptischen Behörden als lästige Ausländerin ausgewiesen wurde. Das deutsche Konsulat durfte die Verhaftung und Ausweisung gar nicht gestatten. Gerade dieser Umstand spricht dafür, daß gegen Fräulein Milewska außergewöhnlich vorgegangen worden ist. Im übrigen handeln wir ebenso im Interesse der Wahrheit wie der Beklagte. Es muß doch aber auffallen und jeden merkwürdig berühren, wenn eine Dame aus dem Gefolge einer deutschen Fürstin ausgewiesen und nicht auf Kosten dieser Regierung, sondern aus den Mitteln irgend einer herzoglichen Schatulle nach ihrer Heimat gebracht wird.

Das Gericht gab hierauf einer großen Anzahl von beiden Parteien gestellter neuer Beweisanträge statt. Es sollen zu einer neuen Verhandlung geladen werden der ägyptische Polizeikommissar Graf Montjoi-Kairo, der Generalkonsul Anton, jetzt in Batavia, der Gesandte v. Müller, jetzt in Stockholm, der Legationsrat v. Mohl, Konsul Braun und die Kammerjungfer Petersen. Außerdem sollen die beiden Araber ausfindig gemacht werden, von denen Fräulein Milewska mißhandelt worden sein will. —

Vermischte Nachrichten.

* **25 000 Mark für ein Fuder Moselwein** (Piesporter) löste bei einer Weinversteigerung die Reichsgräflich v. Kesselstattsche Verwaltung in Trier. Damit ist der Höchstpreis für Moselweine um ein bedeutendes überflügelt, und es dürfte in der Geschichte des Weinbaues einzig dastehen, daß eine so riesige Summe für ein Fuder Wein gezahlt worden ist. Bei dem genannten Preise kostet das Liter dieses edlen Moseltropfens schon über 25 Mark. In den letzten Tagen beschäftigten sich in Trier die Tagesgespräche nur mehr mit den teuren Weinpreisen, die bereits erzielt waren oder noch erzielt werden können. Als nun die besten Fuder des 1904er auf die Tagesordnung kamen, war alles, was Zeit zu haben schien, erschienen, um das Schauspiel mit anzusehen, dem man seit einigen Tagen mit großer Spannung und von interessierten Kreisen mit fieberhafter Unruhe entgegensah. Der große Saal faßte lange nicht mehr die Erschienenen, so daß der große anstoßende weiße Saal freigegeben werden mußte. Eine stattliche Zahl von Damen sah von der Galerie herab dem summenverschlingenden Beginnen zu; zum Schluß der Versteigerung des 25 000 Mark-Fuders folgte ein Mehrgebot von 1000 Mark dem andern. Zwischen diesen Geboten ertönten mitunter Bravorufe, so daß es öfters Mühe kostete, die geschäftsmäßige Ordnung wieder herzustellen. Als Sieger ging diesmal Herr Jos. Haut aus Eues aus dem Ringen hervor, der schließlich sich von seinem Sitze erhoben hatte und stehend die letzten Gebote machte. Als ihm dann der Zuschlag zu 25 000 erteilt wurde, überreichte er dem Ausrufer Spoden zur Erinnerung an diesen großen Moment einen neuen Ausruferstock, der mit Elfenbein geziert ist. —

Feuilleton.

Um den Wegzoll.

Von Timm Kröger.

(11. Fortsetzung.)

Die Reisestimmung war den guten Leuten über den Kopf gewachsen, die Fluggedanken waren von der Umwelt unabhängig geworden, — nun kamen Züge an den Tag, die dem eigentlichen Wesen der Braven gewiß fremd gewesen sind.

Um sechs Uhr trank man Kaffee. Die Männer gossen Rum hinein, eine bedusselte Frau strich sich dicken Senf aufs Brot und sagte immer: „Wat ver schön Hanni (Honig)!" Um acht Uhr tanzte man nach der Musik eines Kammvirtuosen: „Herr Schmidt — Herr Schmidt" — Peter hatte genug mit der Herbeischaffung von Getränken und Butterbrot zu tun. Um halb elf gerieten zwei Leute in Meinungsverschiedenheit, Punkt elf fiel der erste Schlag, eine Minute später war eine allgemeine Keilerei im Gange. Jäh auflodernder Zorn des Wirts, Aufkündigung des Gastrechts, wenn nicht sofort Ruhe eintrete. Darauf Ernüchterung, merkliche Abflauung. Man fing an, sich zu erinnern, daß man auch in der Fremde bei lustigem Flitten ein von den Außendingen abhängiger Mensch sei. Was besiegt schien und zur Vordertür hinausgeworfen war, schlüpfte zur Hintertür wieder herein.

Ein paar Männlein und Weiblein wurden unwohl, zwei von den gesund Gebliebenen standen Peter Holling bei, sie im Heustall zu betten. Und als endlich, — endlich um drei Uhr die wilde Gesellschaft über die Brücke ins Moor hineinfuhr, lagen die Kranken in Pferdedecken gewickelt im Wagenstroh.

Die ganze Zeit war Peter beschäftigt gewesen, hatte nichts oder wenig gegessen. Nur zwei oder drei Grog hatte er in der Küche trinken können. Er war nicht betrunken, nur angeregt und ein ganz klein wenig gehobener als sonst. Uebermenschentum ist erfahrungsgemäß ansteckend, ein wenig mochte auch unser Peter von der gröhlend davonjagenden Gesellschaft abbekommen haben. So fiel das Glücksgefühl, das den Geschäftsmann an seinem guten Tag beseelt, auf günstigen Boden. Es hatte ihn den ganzen Morgen erwärmt. Wer kennt es nicht! Die Bankhalter kennen es, die mit krummer Nase und mit krummem Lächeln auf krummer Lippe am Pult thronen und schmunzelnd sehen, wie das Volk sich an ihre Wechseltische drängt. Der Krämer kennt es, der dem einen Jungen eine Kanne Sirup einmißt und sechs Köchinnen mit Kontobüchern und Körben vor der Tonbank warten sieht. Auch Peter Holling kannte es. Abends pflegte er alles in die Schublade auszuleeren, was der Tag an Schillingen gebracht hatte. Das Glücksgefühl der Tagesgeschäfte maß sich im wesentlichen nach der Schwere ab, womit der kleine Silberballen in der rechten Hosentasche auf die Lende drückte.

Der Bauer des Märchens, der aus dem Glücksberg goldbeladen herauskommt, mißt seinen Schatz, um vorerst im Groben unterrichtet zu sein, mit dem Kannenmaß ab. Peter Holling tat es mit der Hand. Er stand hinter der Tonbank vor der offenen Schublade, die ganze hohle Hand voll Geld. Bevor er es hineinfüllte, fischte er mit den Augen die Taler, die Achtschillingstücke, die Vierschillingstücke heraus und schätzte die breite Masse der Einzelschillinge und der silbernen Sechslinge. Es war wirklich ein guter Tag. Vier Wagen waren es gewesen, das hatte acht Schillinge Brückengeld gebracht. — vier hatte er zurückgegeben und geschenkt. Eigentlich war es in diesem Fall Dummheit, das sah er ein, denn die Leute würden ganz gewiß den Moorweg niemals wieder fahren. Aber so ging es immer, er war eben zu gut für diese Welt.

Er war zu gut für die Welt, und über die Diele her kam jemand in vollem Trab — ganz eilig —, kam förmlich gelaufen (die Röcke rauschten, es mußte ein Mädchen sein), der jemand riß die Tür zur Schenkstube auf, — und vor dem glücklichen und tugendhaften Peter Holling stand das Kleinmädchen, stand Marie Olfers, rot und heiß und aufgeregt und rief: „Uns Wert, uns Wert! Hans Rohwer sin Käuh föud all in uns Rogn."

Den Teufel noch mal — die Meinerskoppel! — Die hatte er ganz vergessen.

Das macht nichts — begehrte das Glücksgefühl und die beiden aus leerem Magen in den Kopf verstiegenen Glas Grog auf. — Das macht nichts, das kann Hans Rohwer bezahlen. Wo steht das, daß ich dicht machen soll? Freilich, man hält das im Dorf unter Bauern dafür. Aber wo ist das Gesetz? Das steht in keinem, weder in einem echten, noch in einem unechten.

Peter setzte seine Mütze auf und stürmte nach der Meinerskoppel.

Und als er die Verwüstung seines Sommerroggens sah, da stand es bei ihm fest: das alles soll Hans Rohwer bezahlen.

Auf der andern Seite des Walles, vom Steinhofer Gebiet her, klang Lärmen und Prahlen und Peitschengeknall und Kuhgebrüll; in der Zollhauskoppel waren der Knecht Franz und der Dienstjunge Jörn dabei, die letzten Rinder durch das Knickloch zurückzujagen.

„Halt!" schrie Peter.

Fünf Stück waren noch zurück — schwere, wertvolle Tiere.

Es kam ihm ein Gedanke. Das altdeutsche Schütt- und Pfändungsrecht war bei Viehübertritten freilich außer Gebrauch, gesetzlich aber noch in Geltung.

„Halt!" rief Peter. „Laßt, wir wollen sie nach unserm Stall nehmen, wir wollen sie schütten."

Franz war darüber schier verstört. Schütten! — das wird den Steinhofer in Wut bringen, dachte er, wagte es aber nicht zu sagen. Er stellte vor, die Tiere seien über „unsern" Knick gestiegen. Aber Peter wurde heftig und bestand um so mehr auf seiner Anordnung. So hüteten Franz und Jörn die fünf Gehörnten aus dem Heck.

Als Franz den Schlagbaum in die Gabel zurückwarf, hörte er plötzlich eine Stimme: „Sag mal, Franz, was hat das zu bedeuten? — die Kühe gehören mir."

Hans Rohwer war aus der Steinhofer Koppel gekommen und stand vor ihm.

„De will uns' Wert schütten," erwiderte Franz.

Hans Rohwer schien ruhig, war aber in Wahrheit in heller Wut.

„So —" sagte er gedehnt. „Und ist Dein Wirt in der Koppel?"

„Da ist er," lautete die Erwiderung.

„Schön."

(Fortsetzung folgt.)

[illegible]

19 84 119 848 88 405 557 788 1007 223 868 (1000) 468 611 85 812 40 71 2181 285 94 860 70 429 80 696 775 852 909 3105 88 90 (1000) 022 88 040 51 078 4150 96 824 484 87 509 80 89 (500) 604 712 78 882 (1000) 5118 40 215 316 478 585 60 605 (500) 854 904 6020 85 186 401 80 67 605 20 58 730 904 87 7030 90 215 844 49 467 575 8057 844 88 400 55 806 (500) 9203 (500) 457 (500) 680 (1000) 800 64 70

10111 13 (3000) 445 665 11207 58 440 (500) 82 84 567 080 42 90 788 98 (1000) 818 89 12080 99 117 459 581 13024 101 354 408 590 694 782 947 14288 882 65 478 (500) 85 94 620 91 99 749 808 072 15078 164 92 882 45 (500) 511 610 22 38 719 16054 156 287 98 408 608 (500) 40 17158 208 856 566 684 786 (500) 831 18122 89 459 70 555 88 735 68 75 (500) 924 41 59 19181 812 018 68

20158 249 454 653 779 823 70 926 21023 64 198 305 586 (500) 988 22082 144 69 306 880 948 68 23180 350 875 81 82 985 24112 71 356 488 92 528 619 45 (1000) 841 25177 (500) 208 90 94 (1000) 438 54 892 26149 237 424 640 718 27306 450 693 726 889 935 (3000) 28032 141 206 9 (500) 414 (1000) 96 501 58 78 84 (3000) 87 741 870 (1000) 028 93 (3000) 29081 115 48 (500) 377 495 504 648 726 874

30375 462 653 760 31256 (500) 428 (3000) 88 501 (500) 703 42 32092 265 328 678 761 967 (500) 33023 149 352 455 82 720 56 868 34063 153 207 864 68 479 91 (500) 351 57 35038 50 66 93 310 853 (500) 36215 24 86 (1000) 517 (3000) 59 618 28 783 48 983 37010 57 297 400 506 31 763 924 74 38050 100 36 388 516 22 905 39029 46 (500) 120 (500) 70 507 880 94 926

40324 427 548 686 726 (1000) 859 77 41188 230 (500) 87 301 32 64 (500) 82 688 706 72 42034 126 282 345 489 890 987 43222 82 332 60 681 749 44066 482 644 703 25 815 45073 183 419 712 99 857 97 46458 983 47257 327 487 546 807 48134 95 261 68 328 400 80 700 (500) 825 49206 (500) 351 57 419 654 890 996

50032 177 349 588 730 99 991 51113 14 292 (1000) 307 98 470 537 754 52092 408 62 82 583 765 830 67 906 (1000) 74 53043 265 792 899 929 70 54028 (500) 110 309 28 569 (1000) 687 921 55462 (1000) 556 683 (1000) 92 747 926 56024 130 62 212 540 744 922 45 57315 424 50 502 53 621 29 800 58113 308 408 19 91 599 647 707 (500) 8 30 90 916 (1000) 59029 174 373 705 (500) 855 64

60043 142 51 346 421 61089 118 88 91 255 318 38 512 67 641 700 850 63 964 81 (1000) 84 62150 264 342 474 88 (3000) 572 (500) 656 749 (500) 895 975 63104 (500) 39 79 209 73 319 607 89 64115 67 96 462 (500) 524 662 712 85 74 885 65033 77 246 497 704 (500) 930 56 66159 225 536 65 631 897 67085 108 66 73 810 29 (3000) 68 80 96 522 67 68057 174 232 361 489 761 68 914 69078 325 973

70126 388 433 502 69 73 968 (1000) 71194 97 680 51 963 72061 113 51 (500) 567 719 25 (500) 805 12 (1000) 73089 224 26 392 419 87 552 55 712 74036 (500) 73 (500) 133 (3000) 300 538 75384 506 19 655 723 47 76270 72 357 65 521 636 701 844 91 938 88 95 77020 86 (1000) 138 84 310 90 93 468 80 (1000) 729 853 78159 83 226 637 91 935 93 79007 214 89 459 572 723 877 939 92

80163 90 (500) 248 306 86 643 87 716 867 971 81050 90 151 (500) 285 441 85 565 718 828 88 905 30 82011 97 (1000) 112 242 93 404 80 503 738 805 27 68 946 (500) 70 (500) 83150 202 71 416 02 950 84008 200 414 44 587 646 735 95 85238 368 70 (500) 88 450 665 (500) 792 834 983 86183 456 669 93 792 816 905 53 (1000) 77 87134 (3000) 286 41586 587 604 714 816 88043 89 135 487 (500) 526 610 40 781 89128 230 62 548 55 (3000) 768 85 927 (500)

90049 92 354 99 729 875 977 91033 52 182 563 (500) 77 679 (500) 732 894 92046 (3000) 157 272 331 433 (1000 (561 770 93470 554 728 816 94175 (1000) 236 (500) 50 428 538 54 88 707 985 95360 68 68 93 581 95 683 822 65 (500) 96254 369 472 (3000) 96 (500) 669 802 942 97157 60 590 650 68 816 59 69 916 39 98006 9 11 63 177 234 501 641 772 99103 331 92 465 (500) 674 (500) 91 (500) 713 811 (500) 93 (500) 932

100044 479 592 739 86 91 987 101279 82 822 40 (500) 503 607 723 74 93 102067 171 251 377 437 592 (500) 674 763 813 60 949 103127 232 350 514 626 861 104013 26 32 58 70 88 95 (3000) 138 259 412 645 93 749 914 82 105102 85 306 28 520 82 106079 96 109 (1000) 34 282 326 37 66 73 586 107109 92 281 (1000) 353 438 (500) 506 76 858 63 (3000) 919 108051 (500) 86 (500) 165 210 46 49 60 97 344 795 821 109?28 760 17 950 (1000) 77

110656 546 606 875 (1000) 82 931 60 111027 218 343 97 447 597 967 112158 95 313 774 896 927 93 113179 239 (500) 365 485 (1000) 507 620 114179 85 259 333 418 (1000) 36 96 563 (500) 688 813 115040 136 248 434 752 116082 87 180 245 66 75 (500) 95 650 77 94 714 40 54 871 919 (1000) 117268 328 433 549 (500) 80 608 756 58 (3000) 863 954 118455 430 609 739 (500) 40 77 801 52 973 119076 134 (1000) 203 23 733 70 848 913 38 65

120120 89 97 363 73 83 496 562 607 729 53 121279 527 94 659 822 122072 258 72 (1000) 96 (3000) 329 77 123265 84 581 662 124086 145 393 504 (500) 26 814 23 38 970 125381 (500) 433 557 91 714 15 999 126072 745 824 127946 89 142 236 369 589 952 128010 110 250 321 33 62 402 670 84 705 35 867 904 68 129043 117 (1000) 224 (500) 464 556 721

130022 81 164 79 557 733 131166 257 73 (500) 334 71 457 795 (500) 132099 128 229 775 89 808 902 133300 472 577 613 (1000) 706 830 911 134257 448 64 615 19 734 986 135085 (500) 238 462 (500) 64 620 716 883 903 136021 194 210 56 (500) 58 (1000) 451 76 588 (1000) 689 715 843 993 137025 136 354 461 506 619 90 822 68 138026 (500) 97 144 406 740 64 (3000) 919 25 (500) 139120 219 363 92 418 (500) 25 607 57 900 45

140097 146 64 268 452 674 775 90 141065 146 257 358 (1000) 405 13 45 656 803 142262 407 18 (500) 652 391 143043 104 318 426 (500) 51 563 724 810 905 144054 (500) 385 710 892 145063 (500) 270 (1000) 480 628 765 922 146183 (500) 237 783 875 147059 273 421 700 820 99 921 148065 285 394 555 616 804 905 53 149182 293 (500) 426 502 51 254 60 964 71

150301 418 542 46 602 762 845 941 151007 609 65 733 915 48 152117 82 207 55 312 36 450 51 588 838 (3000) 49 153015 122 447 (500) 603 717 62 81 899 154044 56 251 505 634 780 870 155053 255 468 84 594 701 946 89 156140 222 (500) 87 320 92 94 431 659 (500) 81 937 157150 53 (1000) 258 495 536 625 (3000) 40 734 80 835 82 158054 281 89 463 693 709 14 (1000) 895 962 159175 287 855 62 (3000) 76

160064 (3000) 237 78 474 556 82 (500) 608 89 161395 448 581 624 66 846 972 162378 637 766 836 87 975 163091 163 251 413 507 757 888 164286 315 689 742 165100 49 464 505 790 982 166070 221 79 444 (1000) 47 845 910 167025 345 58 62 463 591 625 717 (500) 73 (500) 827 (500) 168036 184 351 562 84 778 858 61 932 (500) 82 169061 96 232 428 64 (500) 76 537 632 (500) 701 13 881 90

170162 69 351 52 (500) 452 526 758 73 953 (1000) 171239 71 86 365 501 30 (1000) 945 76 172081 190 249 64 673 (500) 933 (3000) 173012 401 17 49 65 73 503 76 98 710 63 71 (1000) 878 960 63 174147 282 354 498 19 78 (1000) 519 73 848 175104 53 376 547 732 176104 11 93 304 407 544 97 794 834 (500) 177016 78 115 34 326 733 804 29 46 60 (3000) 178056 98 (1000) 147 (1000) 375 553 623 751 823 928 179012 57 384 583 (500) 793 900 (500) 16 (3000) 74

180133 462 707 21 22 (3000) 64 (5000) 871 181027 111 43 82 206 89 (1000) 90 (5000) 354 (1000) 413 97 560 (10 000) 721 80 948 182202 319 74 733 38 9? 183084 189 374 77 537 93 184113 30 223 426 552 99 931 93 185119 330 761 933 79 186015 76 130 (1000) 72 403 32 57 709 20 72 929 187207 33 497 590 625 93 188049 89 130 89 512 808 942 189327 414 (1000) 539 636 71 749 71 (500) 805 969

190159 (500) 204 10 34 66 492 96 581 94 860 191372 503 (1000) 43 61 773 854 913 77 192011 (1000) 22 ?? 448 506 847 967 193307 370 400 2 48 687 752 888 98 927 194044 83 200 (1000) 351 (1000) 411 691 900 195025 217 428 635 (500) 196123 82 350 693 875 (500) 197077 109 360 473 92 768 952 198240 62 397 99 516 673 533 199023 517 98 707 825 89 (1000)

200015 95 (500) 97 342 532 612 801 201580 611 81 716 76 (3000) 32 907 62 202390 78 (500) 81 171 226 359 656 (1000) 203068 250 334 440 511 631 78 (500) 834 43 50 900 (500) 204054 346 452 82 551 97 790 971 205027 74 124 499 (500) 622 734 206172 77 261 312 (500) 582 833 916 (500) 75 80 207016 37 89 235 526 656 735 208093 46 240 91 562 (500) 888 954 209052 (500) 108 94 278 72 311 51 456 846

210107 239 336 410 (500) 43 89 596 704 (3000) 77 977 (500) 211037 45 97 114 207 462 80 513 856 212275 (500) 131 43 (500) 284 92 556 (1000) 659 817 920 213949 (500) 81 121 (500) 468 (1000) 510 659 701 73 214018 (500) 73 443 95 665 896 215174 287 (1000) 435 69 91 579 613 885 914 216053 134 75 533 (500) 217118 222 534 86 770 804 35 952 73 218092 98 122 240 466 78 572 74 642 717 (500) 59 935 219153 48 52 76 267 84 349 56 512 50 839 935 (1000) 77

220091 (500) 259 463 658 85 221185 896 (1000) 914 (500) 36 222087 142 58 320 45 628 861 936 223020 219 351 426 (3000) 62 525 55 (1000) 62 (1000) 805 904 224?14 18 29 227 322 47 412 77 86 672 803 960 225170 287 432 783 78 807 36 63 943 83 (3000) 97 226188 92 235 52 315 414 32 544 (1000) 753 839 227053 187 (1000) 281 87 801 (3000) 554 (1000) 76 228090 (3000) 108 (1000) 7 213 65 (3000) 247 98 673 (500) 742 913 34 229045 433 63 91 556 836 969 82

230128 95 225 764 80 926 64 231066 203?85 331 (1000) 93 461 685 767 (1000) 852 916 24 232022 36 122 95 546 90 (500) 600 29 (3000) 23 (500) 37 (500) 722 45 48 233022 (1500) 253 95 372 751 (500) 809 234114 46 45 54 255 357 75 91 443 589 710 235215 316 82 444 686 789 857 236??? 572 688 706 237028 29 44 682 716 77 238080 432 662 88 705 25 52 872 988 239045 107 61 451 84 (1000) 543 757 60 839

240018 43 106 42 352 401 (500) 826 27 241002 65 114 448 553 89 890 242056 (3000) 72 516 (1000) 719 91 800 907 (3000) 243016 (3000) 62 129 589 627 728 841 929 79 244225 (1000) 438 517 70 (1000) 52 632 54 (1000) 826 973 245061 102 247 (1000) 51 450 533 (500) 89 625 (3000) [illegible] 246??? (500) 219 [illegible] 749 977 955 247059 (500) 220 [illegible] 602 (500) 841 (3000) 9 27

Berichtigung: In der Schlußziehung vom 15. Mai ist Nr. [illegible]

12 189 828 (3000) 430 70 514 701 82 82 (1000) 878 (500) 82 948 60 78 1124 84 58 245 394 440 (500) 56 688 (3000) 742 62 801 (500) 2005 286 570 760 3600 (500) 787 (1000) 88 866 027 4021 721 29 800 5064 (1000) 403 92 528 088 708 801 989 6050 (500) 287 889 591 66 669 94 781 76 809 7033 252 871 536 (500) 53 80 609 8018 118 249 870 770 848 029 9198 412 46 038 03 755 813 21 918

10105 00 247 80 90 499 612 89 783 72 (500) 11240 858 12108 58 (500) 867 421 610 740 978 13111 58 205 12 41 (500) 801 27 74 645 48 (500) 740 (500) 924 14206 851 481 825 58 087 15318 18 644 45 47 725 (3000) 839 914 16035 95 (500) 308 611 684 729 17121 30 296 519 686 888 (3000) 080 18001 267 511 86 651 816 958 19018 49 138 830 86 594 942 86

20062 181 45 91 (1000) 202 48 407 10 735 68 842 94 21390 479 688 (500) 736 (500) 826 (1000) 961 81 22837 436 636 42 (3000) 645 747 23065 91 120 886 472 536 610 98 862 24054 (500) 278 886 489 718 38 25070 146 835 780 928 74 26548 80 682 703 936 77 27174 231 384 486 (500) 554 (3000) 70 962 28162 816 452 76 90 527 47 72 788 29192 885 462 (1000) 509 70 794 904

30022 60 164 277 880 512 617 838 099 31015 71 106 22 95 (1000) 389 417 84 540 639 712 47 843 62 (500) 907 80 40 32155 480 554 698 900 7 87 33389 466 678 95 716 77 34005 51 146 263 64 89 487 610 783 815 (500) 19 35814 (500) 70 86 527 844 967 36048 59 167 210 17 (1000) 309 18 486 572 651 56 777 963 37027 31 130 273 463 526 50 89 847 38045 617 796 803 68 989 99 39087 226 722

40188 298 499 565 69 651 026 41037 44 169 586 755 63 829 50 42114 397 478 (1000) 555 71 677 739 881 992 43102 (1000) 507 661 751 (500) 69 915 44084 173 208 463 554 99 748 866 946 45029 47 89 353 58 582 781 903 (1000) 47 46132 61 87 299 401 56 554 684 93 858 47002 52 166 85 (500) 269 610 805 79 082 98 48088 (1000) 610 824 (3000) 69 81 94 (500) 987 (1000) 49000 60 425 41 90 749 (1000) 805

50026 (500) 88 378 590 678 713 874 51243 80 329 (500) 412 517 680 88 711 904 58 69 52272 312 476 605 770 854 53211 48 59 324 85 559 603 9 858 98 (1000) 54089 164 90 202 (500) 441 620 831 988 55067 (3000) 194 (500) 276 508 606 (500) 42 60 93 806 (3000) 929 30 56155 424 517 18 736 946 57056 (500) 63 127 42 (500) 50 211 384 534 (1000) 868 905 59 58052 230 70 324 432 73 548 944 59161 64 442 516 (500) 780

60052 242 361 420 521 (500) 612 769 61028 175 (500) 878 412 (1000) 37 541 82 624 854 978 62096 148 351 82 63243 49 216 60 64 74 522 23 75 840 47 65 87 (500) 64028 45 409 514 646 39 727 84 65 (1000) 843 912 65086 284 399 421 578 635 775 (3000) 802 15 48 76 92 66019 39 124 447 75 (500) 783 818 67051 (500) 103 787 912 47 95 68842 68 463 (1000) 653 (500) 54 751 940 (500) 71 69266 844 404 504 38 (500) 746 859

70123 209 14 90 (500) 472 614 85 705 (500) 33 938 50 71009 37 (1000) 81 102 372 624 39 62 734 77 863 72031 82 183 395 411 92 525 623 54 (500) 750 95 859 74 73297 709 95 975 (15000) 76 74409 573 (500) 899 982 75002 37 102 323 97 415 611 60 779 92 860 (500) 85 (1000) 90 (500) 973 76185 228 (3000) 326 411 (5000) 26 (1000) 97 579 663 782 90 903 77157 451 547 69 (500) 640 826 (3000) 921 (500) 50 76 79 78397 (1000) 597 (1000) 688 (3000) 730 (500) 828 79104 (500) 222 92 309 (500) 767 98

80017 22 87 218 (1000) 46 (3000) 70 365 681 803 28 64 951 (3000) 81013 169 92 96 356 653 736 852 911 82035 98 (3000) 126 (500) 859 71 832 945 (500) 83144 87 873 (500) 940 84003 826 501 90 619 69 707 58 805 17 53 963 79 85095 110 69 88 (3000) 273 544 671 (500) 774 962 86016 83 301 480 48 684 777 800 908 63 87327 47 407 788 956 60 67 (500) 88048 (1000) 410 561 75 811 42 89375 403 511 648 969 (1000) 78 (3000)

90416 46 500 76 82 737 (500) 82 873 (3000) 91245 508 978 92058 182 292 300 (500) 443 790 800 93096 104 39 (500) 426 938 94041 (500) 293 838 93 414 63 95 770 823 932 95258 398 (500) 440 521 608 (500) 47 782 93 833 96018 62 82 107 210 30 256 506 605 707 (500) 97109 25 95 279 454 (1000) 719 30 882 907 68 98071 412 777 822 99058 73 289 354 98 591 800 960 (500)

100169 227 76 336 520 82 692 727 873 942 101042 351 55 62 95 (500) 472 718 (3000) 20 913 102034 157 260 354 431 (3000) 44 611 67 (500) 78 904 90 103186 93 (3000) 327 71 419 858 104066 152 215 (3000) 43 (500) 359 448 521 632 902 7 105066 (1000) 69 392 762 106020 27 34 824 41 (1000) 477 564 755 812 20 29 962 107025 30 55 233 54 659 108106 17 79 218 371 555 86 693 722 814 927 42 (3000) 109071 121 (500) 207 (1000) 16 44 301 34 419

110153 55 (1000) 562 695 946 (1000) 70 111019 102 217 327 (500) 38 96 481 502 (500) 112000 16 30 274 469 665 883 87 113155 221 411 32 529 75 655 71 831 43 937 67 86 114274 354 (3000) 493 508 23 31 811 925 115176 256 316 92 626 742 89 836 50 74 116049 333 62 514 735 (1000) 866 903 (500) 117126 53 630 755 91 923 (500) 118121 209 342 (500) 481 871 937 (3000) 119231 40 476 540 (500) 651 871 983

120304 591 34 682 121036 159 403 59 (500) 568 87 745 804 66 122317 18 420 21 655 701 54 879 92 940 89 123229 69 72 304 68 81 124044 (500) 74 98 251 96 399 477 503 62 77 91 96 (3000) 779 809 125063 216 26 47 351 474 519 47 666 720 890 (1000) 953 126032 (3000) 103 44 250 88 395 499 614 718 74 934 64 127600 940 (500) 128055 227 77 396 (500) 440 514 48 (3000) 69 706 (500) 13 (3000) 46 (3000) 93 828 43 997 (600) 129004 78 813 30 36

130098 462 34 515 845 51 (1000) 88 913 131071 437 50 61 (1000) 94 599 725 889 (500) 940 85 (500) 132023 (1000) 26 149 244 96 520 955 62 (3000) 133295 399 473 (500) 604 44 724 134126 88 410 27 585 (500) 603 135197 276 (500) 334 (1000) 419 795 929 136204 59 (500) 463 88 511 31 699 780 878 904 137246 483 501 26 42 652 844 903 138184 422 59 577 745 50 139149 550

140340 52 473 92 833 920 (500) 32 141108 87 (3000) 91 378 878 997 142046 176 235 57 78 353 (1000) 438 641 46 777 143066 182 236 301 401 76 623 821 42 993 144011 60 96 169 259 313 69 425 (1000) 554 82 (1000) 815 963 145069 10 350 672 146206 (3000) 462 598 746 908 25 70 147093 255 361 485 521 677 (500) 774 815 25 148031 49 103 469 778 814 953 149249 483 638 (1000) 42 802 (500)

150072 (500) 92 177 284 (3000) 400 42 151219 (500) 390 444 95 (3000) 849 976 152439 534 675 97 725 74 805 (3000) 963 69 154092 157 529 633 49 739 (3000) 45 155180 (1000) 205 347 417 41 531 669 756 809 (3000) 156052 202 11 398 484 675 (500) 776 (500) 857 924 157135 206 46 67 256 513 851 939 158178 99 334 50 58 502 8 (1000) 804 15 72 974 159637 684 89 805

160106 25 782 84 805 161063 73 376 83 697 162264 320 22 74 82 468 572 623 163015 23 81 240 621 901 164040 52 136 228 357 96 690 (500) 684 165021 25 388 539 605 713 819 37 (1000) 166207 355 471 513 38 683 167459 92 (500) 583 716 52 (500) 962 168049 87 98 517 918 169018 441 606 49 81 808

170024 45 83 (500) 115 16 306 11 443 46 67 84 790 903 79 171163 65 494 524 914 63 172049 79 222 51 685 845 908 173104 274 438 78 (500) 605 31 (500) 64 724 886 174030 205 56 365 412 63 66 558 74 736 53 (3000) 98 804 963 175114 21 (1000) 311 790 176403 12 576 (500) 82 92 651 973 98 177448 537 (500) 59 178010 103 256 468 69 81 (3000) 99 713 918 (500) 97 179092 256 86 385 431 592 730 53 83 88 956 64 66

180102 9 27 267 455 539 (500) 59 73 931 181025 88 116 442 59 550 622 (1000) 731 867 47 (1000) 182040 52 211 386 88 433 (1000) 625 852 183233 350 67 73 486 529 654 969 72 184125 347 514 89 655 (500) 185105 292 803 63 (3000) 67 186022 44 72 205 78 493 644 (3000) 989 187212 (3000) 55 71 333 (1000) 85 728 38 910 188183 276 87 368 (500) 86 94 526 84 612 44 49 707 894 (5000) 189032 487 510 802 31 65 83 (500) 933 52 89

190?48 (3000) 62 177 98 375 79 402 60 89 677 191021 202 49 (1000) 516 46 47 53 (3000) 641 816 998 (3000) 192177 81 239 313 48 65 (1000) 93 432 84 509 90 792 820 905 14 (500) 51 193023 (1000) 183 243 66 415 94 97 780 89 906 194007 82 394 (500) 600 (10000) 15 935 (500) 59 195204 68 302 545 652 829 964 196195 265 364 468 595 602 833 58 940 (500) 197116 73 390 416 (1000) 67 652 76 864 965 (500) 198229 435 52 544 841 199033 77 78 279 386 648 721 (3000) 351

200013 184 97 484 639 805 201096 389 663 77 889 (1000) 202273 515 51 661 827 (500) 927 91 203065 170 (3000) 223 345 77 547 (5000) 672 820 60 (1000) 79 912 (1000) 33 204900 36 41 490 546 614 954 205337 442 (500) 75 920 34 206038 855 207101 (500) 15 (1000) 25 35 77 78 313 45 70 679 783 97 802 76 208141 72 246 527 (500) 41 690 (3000) 376 209644 50 148 63 215 23 366 (500) 754 (500) 889 950

210061 194 298 400 524 46 91 605 735 879 901 211011 69 406 15 52 725 865 212254 (500) 308 (500) 39 469 (500) 807 915 213096 165 224 57 (1000) 323 493 559 619 73 78 720 79 214070 135 450 85 (3000) 591 632 69 90 911 (500) 87 92 215290 309 28 519 636 216058 81 114 341 79 479 713 44 850 (500) 914 217107 (1000) 13 51 247 53 526 43 623 982 98 218066 202 54 (3000) 411 695 886 963 219082 105 23 314 77 94 443 50 693 791 966

220131 75 (500) 415 644 81 915 (500) 221074 295 598 (500) 623 39 53 56 718 222063 130 215 67 328 (500) 55 (500) 75 685 710 835 223062 91 197 (1000) 217 25 421 97 510 52 92 693 718 224274 91 309 429 62 526 917 225008 125 346 85 516 98 680 226171 78 493 (1000) 530 607 758 (30000) 98 227501 607 48 789 943 228025 145 310 435 501 80 615 750 849 72 229091 134 207 363 713 842 918 30

230089 219 (500) 405 37 (1000) 504 71 (500) 699 744 855 929 231072 (3000) 163 250 (1000) 68 362 432 590 757 819 (1000) 232006 118 610 49 97 794 859 233134 48 642 80 737 60 68 950 95 234324 405 7 46 506 (3000) 662 782 992 235054 65 504 737 72 97 98 839 (1000) 943 236218 332 495 740 237233 46 331 90 546 64 689 238201 388 90 517 89 (500) 615 731 91 853 (1000) 239270 87 (500) 99 303 518 25 634 97 707

240328 414 30 241063 100 233 352 51 643 705 242041 (500) 354 567 891 243149 292 334 406 526 27 (1000) 630 790 871 (500) 88 930 244180 278 456 625 82 733 805 912 245185 217 310 473 572 36 723 (3000) 918 46 246076 (500) 107 336 46 88 247090 303 506 20 72 639 703 29 (1000) 50 88 904 87 (500) 91

Billige Portemonnaies und Zigarren-Etuis

Lederwaren, im Schaufenster beschädigt, zu ganz billigen Preisen

Buchhandlung Volksstimme

Jakobstraße 49.

Wasche mit LUHNS wäscht am besten

Standesamt.

Magdeburg-Altstadt, 15. Mai.

Aufgebote: Lehrer Otto Gustav Friedrich Hesse in Jersleben mit Marie Sophie Auguste Kühne in Kade. Fabrikarb. Johann Giec in Greppin mit Ida Speck hier. Metalldreher Walter Gotthardt hier mit Emma Wallstab in Gr.-Ottersleben. Büfettier Adolf Max Adalbert Wendrich hier mit Emma Julius in Altbrandsleben. Schlosser Karl Ziem mit Berta Försterling hier. Feuerwehrmann Gustav Leps mit Luise Ferx. Kutscher Albert Kanngießer mit Luise Fischer. Kunstmaler Max Friedr. Szoun mit Agnes Kozlowsky in Altona. Tischler Reinh. Stummer mit Lina König. Diener der kath. apost. Gemeinde Robert Hoppe in Stendal mit Anna Michaelis hier.

Vom 16. Mai.

Aufgebote: Arb. Friedrich Brose mit Berta Jänecke geb. Schaper. Bohrturm-Maschinenheizer Heinrich Hermann Bäse in Gerstungen mit Minna Emma Dettmer in Hillersleben. Hilfsheizer August Ferdin. Asche hier mit Anna Rohrmann in Oschersleben. Kaufm. Emil Felix Hesse hier mit Friederike Auguste Dilz in Güsten. Postassistent Friedr. Eggeling hier mit Berta Meyer in Völpke. Kaufmann Christel Georg Heinrich Neukranz hier mit Anna Elisabeth Werner in Wilsleben. Feuerversich.-Inspektor Paul Joseph Lux hier mit Anna Therese Friederike Volckmar in Halle a. S. Arbeiter Paul Ad. Nielebock hier mit Emma Friederike Volbert in Lostau.

Geburten: Robert, S. des Arb. Robert Schmidt. Alfred, S. des Tapez. Gustav Ludwig. Gustav, S. des Arb. Gustav Hiller. Frida, T. des Arb. Otto Vogel. Gertrud, T. des Arb. August Ebert. Hilde, T. des Kapellmeisters Franz Naumann. Hans, S. des Arb. Chr. Meusing. Paul, S. des Kellners Paul Kosowsky.

Todesfälle: Wwe. Marie Rinke geb Boekel, 79 J. 5 M. 8 T. Anna geb. Hoffmeister, Ehefrau des Maurers Christ. Mollberg, 57 J 10 M. 12 T. Arb. Gottl. Schiller 44 J. 9 M. 25 T. Annaliese, T. des Schmelzers Wilhelm Trapp, 2 T. Ruben. S. des Postschaffners Friedrich Rzeznitzek, 2 T.

Sudenburg, 16. Mai.

Geburten: Hilda, T. des Eisendreh. Ernst Rosenthal. Wilhelm, S. des Arb. Ernst Martin. Horst S. des Kellners Hermann Kolbe.

Todesfälle: Arbeiter Herm. Biller, 40 J. 7 M. Luise Meyer geb. Möbes, 44 J. 1 T. Paul, S. des Arb. Maximilian Knacke, 10 M. 11 T. Ww. Lange, Franziska geb. Jacobi, 59 J. 10 M.

Buckau, 16. Mai.

Aufgebote: Former Max Schröder mit Klara Säuberlich Arbeiter Albert Langwagen mit Minna Prante.

Geburten: Fritz, S. des Werkstattschreibers Max Michelmann. Erich, S. des Hilfsbremsers Franz Walther. Karl, S. des Kernmachers Joseph Fischer.

Todesfälle: Johanna, T. des Arbeiters Leopold Redlich, 2 M. Porzellandreher Karl Schwarzer, 54 J. 5 M. 12 T.

Neustadt, 16. Mai.

Aufgebot: Schneider Emil Otto Rich. Schlehahn mit Elisabeth Minna Sabine Schicke.

Eheschließung: Schlosser Oskar Michelmann mit Dorothee Klautzsch.

Geburten: Irmgard, T. des Lehrers August Hille. Rudolf, S. des Arb. Herm. Simon. Hermann, S. des Arb. Herm. Froese. Gustav, S. des Arb. Gust. Scheidt. Gustav, S. des Arb. Paul Dobertin.

Todesfälle: Ehefrau des Lehrers Gust. Schmidt, Emilie geb. Haase, 41 J. 9 M. 17 T. Gertrud, T. des Arb. Wilh. Rost, 3 M. 26 T.

Fermersleben.

Aufgebote: Privatm. Johann Andreas August Gottfried Tiede hier mit Emilie Luise Baumann in Neuhaldensleben.

Geburten: Anna Martha Minna Frida, T. des Tischlers Hermann Melcher. Emma Anna Lucie, T. des Tischlers Otto Bech. Walter, S. unehel. Waldemar Wilh. und Adolf Friedrich, Zwillingsf. des Schirrmanns Franz Landgräber. Minna Luise, T. des Fabrikarbeiters Ernst Dähne. Charlotte Selma, T. des Schlossers Otto Schreiber. Frida, T. des Maurers Karl Luther.

Todesfälle: Otto Paul, S. des Fabrikarbeiters Karl Hahn, 1 M. Else Margarete, T. des Maschinenschlossers Oskar Rißmeier, 4 J. Bohrist Friedrich Wilhelm Gottfried Trensch, 55 J. Kaufmann Hermann Elste, 29 J.

Salbke.

Eheschließung: Tischler Karl Otto Schulze mit Therese Marie Schlede.

Geburten: Paul Walter, S. des Schlossers Friedrich Lüderitz. Elfriede Ilse Gertrud, unehelich. Georg Ferdinand Walter, S. des Tischlers Wilh. Müller. Paul Ernst, S. des Bahnarb. Karl Sillbing. Margarete Else, T. des Arb. Andr. Rohde.

Todesfälle: Landwirt Aug. Liebe, 64 J. 7 M. 12 T. Gespannführer Karl Krause, 51 J. Heinrich Willi, S. des Glasmachers Herm. Wiegel, 3 M. 3 T.

Aschersleben.

Geburten: T. des Eisenbahn-Nachtwächters Joseph Rauch. T. des Arbeiters Wilhelm Schnabel. T. des Kaufm. Willi Faatz.

Todesfälle: Pens. Schuldiener Wilh. Zeidler, 76 J. 6 M. 16 T. Meta Emma, T. des Maschinenwärters Albert Heide, 1 J. 13 T.

Burg, 16. Mai.

Geburten: S. des Ackerbürgers Emil Hoppe. S. des Gärtners Paul Pallas. S. unehelich. T. des Ackerbürgers Gustav Müller.

Todesfälle: Erna, T. des Schuhmachers Albert Ebert, 6 J. Ehefrau des Arb. Wilhelm Pfeffer, Emilie geb. Witzoreck, 74 J. Kurt, S. des Bäckermstrs. Richard Schell, 5 M.

Halberstadt.

Vom 11. bis 14. Mai.

Aufgebote: Kutscher Otto Büttner mit Martha Müller. Schneider Wilhelm Ohlemann in Langenstein mit Ida Friederike Hansbrandt hier. Heizer Hermann Basta mit Martha Lippold.

Eheschließungen: Kutscher Viktor Hartung mit Anna Köhler. Arbeiter August Heinemann mit Karoline Suchy. Handschuhmacher Wilhelm Kurzrock mit Antonia Mayer. Oberingenieur Walter Neubert mit Magdalene Jürries. Arbeiter Julius Sawall mit Magdalena Hyzy.

Geburten: S. des Arbeiters Friedrich Strümpel. S. des Privatmanns August Hausbrandt. T. des Schneiders Wilhelm Kassel. S. des Maurers Emil Illemann. S. des Tischlers Artur Reichel. S. des Straßenbahnwagenf. Otto Voigt. S. des Kaufmanns Oskar Woldag. T. des Malers Paul Ohlemann. S. des Bierfahrers Karl Menge.

Totgeburt: S. des Arbeiters Alwin Liebau.

Todesfälle: Arbeiter Karl Neumann, 18 J. Kurt, S. des Privatmanns August Hausbrandt, 2 T. Luise Elbe, 42 J. Hermann, S. des Bahnarbeiters Karl Schrader, 2 M. Martha, T. des Klempners Ernst Haase, 10 J. Ehefrau des Vorschmieds Otto Bröker, Wilhelmine geb. Diedrich, 54 J. Meta, T. des Zimmermanns Max Schütze, 20 T. Dachdecker Heinrich Fischer, 54 J.

Schönebeck.

Aufgebote: Buchhalter Gustav Friedrich Giesecke in Zittau mit Julie Klara Dora Emma Liening in Wittenberg. Arb. Karl Flemming in Freiheit mit Wilhelmine Anna Schmidt hier. Bankier Philipp Schmulewicz hier mit Selma Dahlberg in Nieder-Marsberg.

Eheschließungen: Tapezier u. Dekorat. Willi Gotzel mit Therese Schmidt. Müller Adolf Schatt mit Alma Sucker geb. Reinecke. Schlosser Heinrich Rösener mit Therese Schmohl. Maurer Alfred Gähme mit Berta Geseler.

Geburten: Walli, T. des Fabrikarbeiters Hermann Fabian. Kurt, S. des Schneiders Otto Heine.

Todesfälle: Anna Laurich, 16 J. Ehefrau Friederike Ullrich geb. Sandau, 60 J. Gertrud, T. unehelich, 3 M. Weber Eduard Schiebeck, 36 J.